

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis für den Monat 1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen ober deren Raum 40 Pfg. für vollzeilige und gemischtschriftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Vor fünfundsanzig Jahren.

In den Stürmen der Dresdener Tagung hat kaum einer gedacht, was damals fast vor fünfundsanzig Jahren gewesen war. In die Höhe des Parteitag, auf den 16. und 17. September, fiel der fünfundsanzigste Gedenktag der ersten Lesung des Socialistengesetzes. Man hätte in Dresden daran denken sollen, daß gerade vor einem Vierteljahrhundert der Hammer erhoben ward, der die Einheit und Einigkeit der socialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschlands für alle Zeit geschnitten hat.

Im Späthommer des Jahres 1878 reisten unter der Bluthige einer tollen Demagogie die ersten Früchte Bismarckscher Politik. Gleich nach dem Attentat des Schwachkopfs Robiling war der Reichstag davon gejagt worden und eine terroristische Wahlhege hob an. Die Vorgänge der damaligen Zeit, der weiße Schrecken, die Suche der Majestätsbeleidigungs-Prozesse, die brutale Wahlmache jener Attentatswahlen sind im „Vorwärts“ geschildert worden, als die Partei im neuen Kampfe stand, ehe ihr noch der glänzende Dreimillionensteg erblickt war. Damals ist erzählt worden, daß die Partei im Jahre 1878 mit neun Mandaten in den Reichstag des Socialistengesetzes, drei weniger als in seinem Vorgänger, eingezogen war. Damals wußte man noch nicht, daß neunmal neun Vertreter unserer Partei in den neuen Reichstag einzeln würden.

Im Jahre 1878 fielen die parlamentarischen Sommerferien im Deutschen Reich recht kurz aus. Schon am 9. September wurde der Reichstag einberufen; Bismarck konnte es nicht mehr erwarten, diese neue Volksvertretung zu seinen Füßen, die nationalliberalen Volkstribune im laubigen Joch zu sehen. Der Stellvertreter des Kanzlers, Graf Stolberg-Wernigerode, verließ die Thronrede. Ihr einziges Thema war das Socialistengesetz.

„Die verbündeten Regierungen“... hieß es da, „sind nach wie vor der Ansicht, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, um der weiteren Ausbreitung des eingebrachten Uebels Einhalt zu thun... Sie geben sich der Hoffnung hin, daß, wenn erst der öffentlichen Ausbreitung der unheilvollen Bewegung ein Ziel gesetzt ist, die Zurückführung der Irregeleiteten auf den richtigen Weg gelingen wird.“

Die Zahl der „Irregeleiteten“ betrug damals, soweit wahlberechtigte Männer in Betracht kamen, 487 000. Sie hat sich unter der Herrschaft des Socialistengesetzes vervierfacht und im Laufe der letzten 25 Jahre verdreifacht. Es war das lächerlichste Fiasko, das je erlebt worden ist.

Heute staunt man, wenn man das plumpe Ding von 29 Paragraphen betrachtet, mit dessen Hilfe man das erwachende Volk in die Kinderstube zurückzuführen wollte. Das Socialistengesetz ist nichts als eine ungeschickte Umschreibung des schönen Gedankens: Ich, der Staat, will nicht, daß es Socialdemokraten geben soll. In einer Zeit, die die Gesetze der politischen Entwicklung besser begreifen wird als die unsere oder gar das politische Barbaren-Zeitalter nach 1871 sie begriffen hat, wird die bürgerlichen Gesellschaftsdoktoren jener Zeit neben die Affensetzmediziner und die Geistesstrebenden der vergangenen Jahrhunderte stellen. Der größte Staatsmann der bürgerlichen Gesellschaft glaubte wirklich, daß man alles verbieten könne, was einem nicht paßt und unbecommt ist. Die Socialdemokratie wurde aber durch die Vorlage, die man dem Reichstage unterbreitete, einfach verboten: Vereine, Versammlungen, Zeitungen, alles unterlag dem Verbot der hohen Obrigkeit. Wer verbotenen Vereinen oder Versammlungen Unterkunft gewährte, sollte mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden, wer verbotene Zeitungen verbreitete, mit einem halben Jahre. Buchhändler, Gastwirte usw., die nicht mit der peinlichsten Sorgfalt vorgehen, waren überdies mit dem Verbot, der Vernichtung ihrer Existenz bedroht. Keinerlei Beschwerde kam anschließende Wirkung zu. Außerdem waren die Regierungen berechtigt, für bestimmte „bedrohliche“ Bezirke die Versammlungs- und Versammlungsfreiheit nicht bloß durch teilweisen Eingriff, sondern ganz allgemein dahin zu korrigieren, daß Versammlungen nicht ohne vorherige Genehmigung stattfinden durften und die öffentliche Verbreitung von Druckschriften verboten wurde.

Ein Ausweisungsgesetz sollte ganz allgemein bestehen gegen Personen, die sich die Förderung „socialdemokratischer, socialistischer, kommunistischer, auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen“ zum Geschäft machten. Aus Bezirken, die unter Ausnahmestellung gestellt waren, sollte jeder ausgewiesen werden können, von dem eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist.“

Der große Quaker Bismarck wußte freilich im Grunde seines Herzens genau, was er von diesem Maßwerk zu halten hatte. Während er es verteidigte und durch seine Ministerkommissare verteidigen ließ, hatte er wenige Wochen zuvor in einem Brief an Niedemann deutlich genug durchblicken lassen, daß das Gesetz seinen Schutz Pulver wert sei. „Die Vorlage, so wie sie jetzt ist“, schrieb er am 15. August, „wird praktisch dem Socialismus nicht Schaden thun, zu seiner Unschädlichmachung keineswegs ausreichen.“ Dem Säularenmenschen schwebte damals der geniale Gedanke vor, „den gesetzlich als Socialdemokraten erweislichen Staatsbürgern das Wahlrecht und die Wahlfähigkeit und den Genuß der Privilegien der Reichstags-Mitglieder“ zu nehmen. Eine wahre Tollhansidee, vielleicht nur ausgeprengt, um die Schmach der unabweislichen Blamage abzuwenden! Wissen wir doch heute, daß es sich bei Bismarck damals um ganz andre Dinge gehandelt hat, als um die Belämpfung der Socialdemokraten. Das blühende Schrot Roblings hat er nur als Anlaß für die Entschlüsse jener Jollundes gebraucht. Und wie er in früheren Jahren es „ucht, ja mitunter sogar verstanden hatte, socialdemokratisch

gerichtete Köpfe seinen Zwecken nutzbar zu machen, so lag ihm nichts daran, jetzt mit dem Kürassierstiefel auf den Leib der Partei zu treten, um zu seinem Ziele zu gelangen. Die kleineren Polizeigeister haben das Socialistengesetz insoweit für ein ehrliches Werk gehalten, als sie glaubten, daß es wirklich keinem andern als dem ausgesprochenen Zweck diene. Ihr Herr und Meister hat es allezeit besser gewußt.

Der Entwurf des Socialistengesetzes traf die bürgerlichen Parteien in der denkbar klüglichen geistigen Verfassung. Was nicht konservativ war und darum das neue Polizeigesetz mit Jubel begrüßte, war vom Terrorismus der Attentatshege so verschüchtert und verängstet, daß keine von ihnen eine eigentlich grundsätzliche Opposition wagte. Die Rationalliberalen hatten ihren Unfall schon gleich nach dem Schrotschuß angemeldet; das Centrum, der „Reichsfeind“, glaubte gesetzlicher Neubestimmungen zur Bekämpfung des Unglaubens nicht entbehren zu können, und die Fortschrittspartei — man thut Unrecht, von einem geistigen Verfall des bürgerlichen Freiheits zu reden, er ist niemals weniger jämmerlich gewesen als er es heute ist. Man debattierte zwei Tage lang in der Fraktion, um schließlich zu dem Ergebnis zu kommen, daß es entschieden abgelehnt wurde, dem Socialistengesetz gegenüber eine rein negative Stellung einzunehmen. Es ging nicht an, die Vorlage einfach zu belächeln, ohne Gegenentwürfe zu erstatten, die die Socialistenführung aus dem verhältnismäßig noch immer ehrlichen Gebiet des Ausnahme-Rechts auf den tendenziös zum Zwecke vorbereiteten Boden des „gemeinen Rechts“ hinüberzuschmuggeln. Das glaubte man der „Volksstimmung“ schuldig zu sein.

Später hat Weber in der Debatte gesagt, die Socialdemokraten mühten beinahe für das Gesetz stimmen, so nützlich sei es ihnen. Und damit hat er recht behalten, nicht bloß in dem Sinne, in dem er es meinte: daß nämlich die Polizeihetze die Vegetierung der Partei sich nur förderlich erweisen würde. Der große Vorteil des Socialistengesetzes lag darin, daß es den Klassengegensatz zum Klassen brachte, daß es alle bürgerlichen Elemente mit Peitschenhieben unter die Schutzherrschaft der Junker trieb und selbst die fortgeschrittensten Teile der bürgerlichen Parteien zwang, sich volkshässig zu kompromittieren.

Die Bekämpfung der Socialdemokratie, die Befähigung des bedrohten heiligen Eigentums vor der revolutionären Expropriation und der Schutz des kapitalistischen Entbehrungslohns vor socialistischen „Verhimpfungen“ — das alles war nur der Speck, mit dem man Räufe fing.

In der Falle blieb der bürgerliche Liberalismus.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober.

Berliner Verkehrsfragen.

Die städtische Verkehrsdeputation beschäftigte sich Dienstag unter Vorsteh des Oberbürgermeisters in einer mehrstündigen Diskussion mit dem Projekt der Untertunnelung des Opernplatzes und daran anschließend mit dem Bau der von der Deputation in Aussicht genommenen Straßenbahnlinien.

Belanglich haben Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung schon vor längerer Zeit beschlossen, das Straßenbahnnetz durch den Bau und Betrieb neuer städtischer Linien auszudehnen, um dem an vielen Punkten der Stadt hervortretenden Verkehrsbedarf zu genügen.

Im Verfolg dieses Beschlusses hat die Verkehrsdeputation einen eine größere Anzahl von Linien umfassenden Plan dem Polizeipräsidenten eingereicht, aber nur zwei im Norden der Stadt geplante Linien genehmigt erhalten. Die Deputation beschloß mit diesen Linien den Anfang für das städtische Bahnnetz zu machen und ersuchte den Magistrat, die Genehmigung der beiden städtischen Kolonnen zum Bau und Betrieb der Linien herbeizuführen.

Inzwischen war die Deputation auch der Bearbeitung des von dem Polizeipräsidenten angeregten Projektes der Untertunnelung des Opernplatzes nähergetreten. Die von dem Stadtbaurat Krause ausgearbeiteten Pläne wurden der Deputation vorgelegt, und vor einigen Monaten beschloß die Deputation, dem Magistrat vorzuschlagen, den Bau des Tunnels auszuführen unter der Voraussetzung, daß die den Tunnel für ihre Linien mitbenutzenden Straßenbahn-Gesellschaften sich an der Verzinsung und Amortisation des aufzuwendenden Kapitals je nach der Benutzung des Tunnels beteiligen, und die Konzessionsbehörde der Stadt neben der Genehmigung des Tunnels auch noch eine weitere Linie durch die Markgrafenstraße genehmigt. Der Magistrat beschloß, die bei ihm beantragte Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung wegen Inangriffnahme der beiden nördlichen im Niveau der Straße liegenden Linien in seinem Kollegium nicht eher zur Entscheidung zu bringen, bis zugleich auch über das Projekt der Untertunnelung des Opernplatzes entschieden werden könne. Die von der Verkehrsdeputation mit dem Polizeipräsidenten über das Opernplatz-Projekt geführten Verhandlungen erfuhr ein Gelingen durch den bisher nicht bekannt gewordenen Umstand, daß die Verzinsung bezw. der Neubau des Opernhäuses geplant wird, und daß der Minister entschieden, es sei dem Projekt der Untertunnelung des Opernplatzes seitens der Staatsbehörde erst dann näher zu treten, wenn die Opernhausfrage entschieden wäre, weil von dem Umfang dieses Baues und der Wahl des Bauplatzes die Trace des Tunnels abhängig gemacht werden müsse.

Auf Anfragen über den Stand der Opernhaus-Angelegenheit bei der Königl. Intendantur, wurde der Bescheid erteilt, daß bestimmte Angaben nicht gemacht werden können, da die Sache sich noch in den ersten Vorbereitungsstadien befindet.

Wie in der Verkehrsdeputation mitgeteilt wurde, sei der Architekt Benzmer in Wiesbaden für den Bau in Aussicht genommen und er sucht worden, zu dem Zweck der Vorbereitungen nach Berlin überzusiedeln. Herr Benzmer habe jedoch erklärt, ohne eine feste finanzielle Position zu erhalten, läme er nicht nach Berlin. Hierauf ist Herr Benzmer zum Professor für Ornamentik an der Polytechnischen Hochschule in Charlottenburg ernannt worden und bearbeitet nun im Nebenamt den Neubau des Opernhäuses.

Ob sich die Pläne für diesen Bau realisieren — es würde hierzu einer sehr erheblichen Geldbewilligung des Landtages (vielleicht nimmt man auch diese Summe aus dem Erlös des Botanischen Gartens) bedürfen — läßt sich natürlich nicht übersehen. Das eine sieht fest, daß die Befriedigung eines unabwendbaren Verkehrsbedürfnisses auf lange Zeit hinausgeschoben wird, wenn, wie es gesehen ist, die unterirdische Durchquerung des Opernplatzes, durch welche, ohne den Straßenverkehr an diesem Platz zu lästigen, eine Verbindung des Südens mit dem Norden der Stadt ermöglicht wird, so lange vertagt wird, bis die Pläne für den Neubau des Opernhäuses fertiggestellt und die nötigen Mittel bewilligt sind.

Die Verkehrsdeputation hat nach eingehender Diskussion einstimmig beschlossen, unbeschadet der ihr durch die Opernhauspläne in den Weg getretenen Hindernisse den Magistrat zu ersuchen, einen Beschluß der Gemeindebehörden herbeizuführen, wodurch die Deputation ermächtigt wird, auf Grund des von ihr ausgearbeiteten Projekts mit dem Polizeipräsidenten und den in Frage kommenden Straßenbahn-Gesellschaften über die Untertunnelung des Opernplatzes und die Errichtung der zum Straßenbahnbetriebe notwendigen Anlagen in Verhandlung zu treten und die für Herstellung der Anlage notwendigen Mittel — etwa 2¼ Millionen Mark inklusive des Terrain-erwerbs — zu bewilligen.

Die Deputation war bei diesem Beschluß geleitet von der Ansicht, daß es Aufgabe und Pflicht der Stadt sei, dem immer mehr anschwellenden Verkehrsbedürfnis Rechnung zu tragen. Die städtischen Körperschaften müssen zeigen, daß sie den Willen haben, diese hervorragende Aufgabe einer Großstadt zu erfüllen, und nicht geneigt sind, die Verantwortung dafür zu übernehmen, wenn ihre Thätigkeit auf diesem Gebiet durch außerhalb der städtischen Interessen liegende Pläne und Verhältnisse lahm gelegt wird.

Auch die Beratung des von dem Magistrat noch nicht entschiedenen Baues der nördlichen Straßenbahnlinien führte zu einem einmütigen Beschluß der aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten bestehenden Verkehrsdeputation. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst einen Gemeindevorschluß über den von der Deputation beantragten Bau städtischer Straßenbahnen herbeizuführen.

Die Diskussion ergab volles Einverständnis darüber, daß beide Fragen unabhängig von einander zu bearbeiten seien. Der Anfang mit dem Bau städtischer Linien müsse endlich einmal gemacht werden. Der Verkehr verlangt gebieterisch, daß der Verschleppungs-politik ein Ende bereitet wird. Wenn man im Magistrat und einem Teil der Stadtverordneten-Versammlung nicht geneigt sei, Straßenbahnen in städtischer Regie zu bauen und zu betreiben, so solle man das offen bekennen, aber nicht durch Verschleppung der Entscheidung das Verkehrsnetz auf das schwerste schädigen. Der jetzige Zustand ist in jeder Beziehung unhaltbar, und die Deputation könne verlangen, daß ihre mühsamen und zeitraubenden Arbeiten endlich einmal durch ein Votum der städtischen Kollegien praktisch verwertbar werden.

Es ist zu hoffen, daß diese Verhandlungen und die sich daran knüpfenden Beschlüsse dazu beitragen werden, ein schnelleres Tempo in den Entscheidungen des Magistrats herbeizuführen. In den öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung werden die Ansätze gegen die Uebernahme des Verkehrswezens in städtische Regie leichter zu überwinden sein.

Neben diesen wichtigen Gegenständen der Tagesordnung beschäftigte sich die Deputation noch mit einer Reihe anderer Punkte. Wir heben daraus hervor, daß der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn auf Anlage einer neuen Abfahrtsstelle in der Mittelpromenade der Schönhauser Allee wiederholt abgelehnt wurde, weil das Bedürfnis hierzu nicht als so dringend erachtet werden kann, um die Promenade dafür herzugeben.

Ein Antrag eines Hausbesizers, den Zehnpfennig-Tarif nach den Vororten aufzuheben, weil dadurch die Leute veranlaßt werden, die Vororte aufzusuchen und dort zu wohnen, wurde abgelehnt.

Die Beschäftigung der Schwebebahn in Ebersfeld durch die Mitglieder der Deputation, die sich an der neulichen Reise nicht beteiligt haben, wurde beschlossen.

Der Entwurf einer Schleifenanlage, welche die Große Berliner Straßenbahn Engelauer — Köpnicer Brücke — Mariannenauer — Zwillingg- und Schillingbrücke anlegen will, wurde wieder abgelehnt, weil die Gesellschaft weder die Kosten der hierdurch wahrscheinlich notwendig werdenden Verbreiterung der Köpnicer Brücke übernehmen, noch der Stadt das Mitbenutzungsrecht auf diesen Linien gewähren will.

Sächsischer Landtagswahl.

Am Montag fanden in einem Drittel der sächsischen Landtags-Wahlkreise die Wahlen der dritten Wählerklasse statt. Es liegen darüber bisher nur diese Nachrichten vor:

In der 3. Abteilung des 1. Landtags-Wahlkreises Dresden-Alttadt beteiligten sich von 9638 stimmberechtigten Wählern insgesamt 8500. Es waren 160 Wahlmänner zu wählen. Sämtliche gewählte Wahlmänner mit Ausnahme des 16. Wahlbezirks, wo keiner der aufgestellten Wahlmänner absolute Stimmenmehrheit erreicht hat und infolgedessen eine auf den 8. Oktober anberaumte Nachwahl vorgenommen werden muß, gehören der socialdemokratischen Partei an.

Im 4. Wahlkreise Dresden-Neustadt beteiligten sich an der Wahl von 141 Wahlmännern von 11 883 stimmberechtigten Wählern insgesamt 4952. Die gewählten Wahlmänner sind auch hier sämtlich Angehörige der sozialdemokratischen Partei. Wahlmänner haben im 2. und 5. Bezirk stattgefunden.

Im 24. ländlichen Wahlkreise Dresden-Neustadt-Land wurden ebenfalls die Wahlmänner der Sozialdemokratie gewählt.

Aus Leipzig wird gemeldet:

Bei der Wahl der Wahlmänner für den Landtag erhielten in Leipzig in der dritten Abteilung die Sozialdemokraten die Majorität.

Die Schuldsünden an den Soldaten-Mißhandlungen

sind — die Sozialdemokraten! Bis in dieser erhabenen Entscheidung ist die Renegatenmache des Herrn Mar Lorenz geblieben. Die „Post“ druckt aus der „Antisoc. Korresp.“ des Lorenz diese halluzinatorische Fabel ab:

„Andererseits kann das Unteroffiziercorps auch nicht von dem Geist, mit dem das Volk durch die Sozialdemokratie verhetzt wird, ganz unberührt bleiben. Der Unteroffizier fühlt sich durch die Sozialdemokratie geschmäht, in seiner Berufsarbeit geschändet, ja sogar — zum Beispiel durch die bekannten Demagogischen Reden im Reichstag — in seiner Existenz bedroht. Und dieser Unteroffizier, der in der Sozialdemokratie seinen Todfeind sehen muß, wittert nun auch — und in vielen Fällen mit Recht — in jedem großstädtischen Rekruten einen „Genossen“. So treten von vornherein zwischen den Unteroffizieren und den Rekruten nicht Vertrauen, Zuneigung und der Geist militärischer Kameradschaft und Interessengemeinschaft, sondern Argwohn, Furcht, Haß. Und das nimmt natürlich beiden Parteien die Sicherheit der Position, die Ruhe des Gemüts, das gesunde und naive Gefühl für Recht und Unrecht und die Kraft der Herzen. Es kommt ruhig zugegeben werden, daß in der Armee immer gewisse Ausschreitungen vorgekommen sind. Das ist bei einer so ungeheuren Massenansammlung von Männern derer Lebensgewohnheiten und geringer Bildungstufe ganz selbstverständlich und hat gar nicht viel auf sich. Daß aber solche Ausschreitungen jetzt hier und da alles Maß überschreiten und geradezu ein krankhaftes Gepräge an sich tragen, das liegt in erster Linie daran, daß das Dasein und Wirken der Sozialdemokratie wie ein Stein auf dem Leben unseres Volkes liegt, daß es den verächtlichen Versuchungen die Freiheit zur natürlichen Bewegung eingeschränkt hat, daß es überall Sorge, Furcht und Unsicherheit geschaffen und allenthalben den Boden untergraben hat, so daß niemand mehr sicher zu stehen vermag.“

Und Herr Lorenz, nachdem er so die Zurechenbarkeit der Sozialdemokratie demütiert, demütiert zugleich den andern Feind, der das deutsche Volk bedrängt. Das ist die Regierung, die schwache, kraftlose Regierung. Der neurasienische Jüngling ruft nach der starken Regierung:

„Daß ein Weibel von der Tribüne des Reichstages aus als „berechtigter Vertreter“ des deutschen Volkes der Armee seine jämmerlichen Anklagen entgegenbringt und die Vertreter der Regierung oft in leidenschaftliche und schwächliche Verteidigerstellung drängen darf, ist ein Beweis gegen die Sozialdemokratie zum Ungunsten der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat sich selbst schon als eine mitherrschende Macht in unserm öffentlichen Leben fühlbar gemacht, daß durch sie die Begriffe von Freiheit und Vaterland, Recht und Unrecht verwirrt sind, und daß die Regierung nicht die Kraft hat und offenbar nicht die Macht in sich fühlt, dem verwirrten Volke zu zeigen, wer denn eigentlich Herr im Staat und Reich ist — das ist die eigentliche und letzte Ursache, aus der gewisse Korruptionsscheinungen auch in der Armee herzufließen sind. Wenn unter dem Druck der Sozialdemokratie alles ins Wanken gerät und niemand mehr sich sicher fühlt, dann kann auch die Armee nicht gesund und kräftig bestehen bleiben. Es handelt sich bei den hier und da geradezu krankhaft ungeheuerlichen Soldatenmißhandlungen letzten Grades gar nicht um das verbrecherische Vorgehen einzelner, wofür diese als Individuen allein für sich verantwortlich sind, sondern es handelt sich um Zeiterscheinungen, um sociale Krankheitserscheinungen, denen unter Volk unterliegt, weil die sozialdemokratische Pest unaufgehalten durchs Land zieht.“

Natürlich ist alles blinde Unwissenheit, was da der Lorenz schwätzt. Gerade die Sozialdemokratie hat niemals den Unteroffizierstand in seiner Gesamtheit angegriffen, vielmehr die Mißhandlungen aus allgemeinen sozialen Ursachen sowie aus dem militärischen System erklärt.

Ebenso unsinnig ist die Voraussetzung des Lorenz-Geschimpfes, daß ein besonders gespanntes Verhältnis zwischen Sozialdemokraten, die in die Armee treten, und den Unteroffizieren bestehe und daß aus diesem gespannten Verhältnis die Mißhandlungen sich herleiten. Das Gegenteil ist richtig. Soldaten, die den Unteroffizieren als Sozialdemokraten betam sind, bleiben meist schon um dieser Eigenschaft willen vor brutaler Behandlung geschützt und Mißhandlungen werden gegenüber solchen Rekruten verübt, von denen Unteroffiziere, die zu Hoffnungen neigen, annehmen, daß sie widerstandslos alles zu ertragen bereit sind.

Und die Höhe des blühenden Wohlstands erreicht der Lorenz, indem er die Regierung schmätzt, nicht weil sie das Militärwesen, das die Mißhandlungen verursacht, nicht ändert, sondern weil sie die Sozialdemokratie, die eifrigste Beschädigerin der Soldatenmißhandlungen, nicht niederschlägt.

Selbst die „Post“ äußert einige Bedenken gegen die Beweisführung ihres Spezialisten für Sozialistenbelämpfung. Vielleicht wird bald den Scharfmachern selbst übel vor den Diensten dieses famosen Anaben Lorenz.

„Früchte der sozialistischen Aufbebung.“

Aus Naunheim wird uns von v. d. R. geschrieben: Sie haben die halboffene Unterstellung des Scharfmacher-Generals von Boguslawski, als ob in den Ausschreitungen der vom Heidelberger Kriegsgericht mit so exorbitant hohen Strafen belegten Grenadiere die „Früchte der sozialdemokratischen Aufbebung“ zu erblicken seien, bereits mit guten Gründen allgemeiner Natur zurückgewiesen. Aber auch beim Forschen nach den speciellen persönlichen Verhältnissen der Verurteilten zeigt es sich, wie sehr der Schneidige Herr Militär beim Versuch, für die Reichshaupter Straftat nach Ursachen zu suchen, die den Militarismus zu entzupfen geeignet sind, daneben gehauert hat. Wenn es nämlich irgendwo im Reiche eine Gegend gibt, wo von einer sozialdemokratischen Aufbebung keine Rede sein kann, so ist dies in der Heimat der in Heidelberg verurteilten „Reuter“ der Fall. Sie stammen nämlich ausnahmslos aus recht ländlichen Bezirken, die seither bei allen Wahlen fast einmütig konservativ oder liberal gewählt haben, und in welche die sozialistische Propaganda bisher sich auch nicht im mindesten Eingang zu verschaffen vermochte. Bei der jüngsten Reichstagswahl gab der eine der dabei in Betracht kommenden Wahlkreise bei über 24 000 Berechtigten ganz 270 sozialistische Stimmen ab, speciell der darin liegende Geburtsort des einen Verurteilten ist in der kurzen Liste der Gemeinden mit sozialistischen Stimmen überhaupt nicht verzeichnet. Ein sozialdemokratischer Redner vermahnte dort, da seiner Partei hartnäckig alle Lokale abgetrieben wurden, noch niemals zum Worte zu kommen, und auch seiner Parteipresse verweigerte die konservativ-liberal-Ordnungsmächte bisher in der ganzen Gegend den Eingang. Kechnlich verhält es sich mit den übrigen in Betracht kommenden Orten, lauter Landgemeinden, so daß schlechterdings nicht einzusehen ist, in welcher Weise die bis zu ihrer Militärzeit in ihrem patriotisch-fremden Bauerndorf verlebten Bürgern mit dem „Gift“ der sozialdemokratischen „Aufbebung“ infiziert worden sein

solten. Der Herr General wird also wohl oder übel auf dieses jadenheime Argument bei seiner Scharfmacherei gegen die Sozialdemokratie verzichten und sich nach andern umsehen müssen. Wir empfehlen ihm dabei die interessante Thatsache zur Beachtung, daß bei dem hier in Frage stehenden Grenadierregiment Nr. 110 auch noch nicht ein einziger Straffall von der Art des Heidelberger vorkam, bei dem es sich um Mannschaften handelte, die in der sozialdemokratischen Hochburg Naunheim geboren und aufgewachsen sind, obwohl Naunheim ein starkes Kontingent zu dem Ersatz jenes Regiments zu stellen pflegt. Im Gegenteil: es sind und schon eine ganze Anzahl Offiziere von Vorgesetzten über Naunheimer Mannschaften zu Ehren gekommen, die sie als tüchtige Soldaten schätzten, denen nichts ferner liegt, als Reue oder gar Meuterei gegen ihre Vorgesetzten. Ein Sozialdemokrat, der zur Fahne einrückt, weiß eben, daß es Wahnsinn wäre, sich gegen das bestehende System der auf dyaltonischen Strafordnungen aufgebauten Disziplin aufzulegen; er verachtet auch jede sozialistische Propaganda in der Kaserne, und wäre es auch nur aus dem Grunde, weil er weiß, daß das die Herren Vorgesetzten mit ihren verbalen und realen Mannschafsmißhandlungen weit gründlicher bezorgen.

Die Kanalfrage erhebt immer lecher ihren Kopf. Jetzt meldet der „Gann. Anz.“, der Oberpräsident von Hannover Dr. Wenzel sowie Stadtdirektor Exmann seien nach Berlin gereist, um in Anbetracht der Kanalvorlage mit den leitenden Stellen zu konferieren. Die Mittelkanal-Vorlage werde unbedingt dem Landtage zu gehen und in unterrichteten Kreisen sei man jetzt überzeugt, daß die Zeitungspartikel, wonach der Kaiser der Kanalvorlage unumkehrbar gegenüberstehe, den Monarchen veranlaßt haben, die Kanalfrage wieder aufzuwerfen. Man besorge zwar, daß die Frage vor der Regelung der schlesischen Hochwasser-Kalamität zurücktreten werde, doch hoffe man, daß dieselbe alsdann sofort zur Verhandlung gelangen wird, da der Kaiser eine baldige Erledigung der Angelegenheit beabsichtigt. Bei den Konferenzen in Berlin handele es sich darum, ob Stadt und Provinz Hannover noch geneigt seien, die vor mehreren Jahren in Aussicht gestellten Garantien zu erfüllen. Außer den genannten Herren befinden sich auch die Oberpräsidenten von Westfalen und Hessen-Nassau wegen der Verhandlungen in Berlin.

Wir glauben an den Kanal nicht eher, als bis er gebaut ist. Immerhin wird den Konservativen die Aufrollung der Frage gar nicht so unangenehm sein. Sie können auf diese Weise bei den Landtagswahlen als Vertreter einer aufrechten, charaktervollen Opposition parodieren.

Liberaler Antisemitismus. Bei den Zwischenzeiten unter den Freisinnigen wegen der Kandidatur des Herrn Dr. A. Bernstein im Landtags-Wahlkreise Teltow-Charlottenburg sind auch Vorgänge bei der letzten Reichstagswahl in Torgau-Liebenwerda zur Sprache gebracht worden. Bei dieser Gelegenheit teilte Herr Ewald Conrad, Schriftführer des freisinnigen Wahlvereins in Torgau, diese interessante Episode freisinniger Rassenhegemonie mit:

Am 29. September 1890, nachdem wir Herrn Dr. Bernstein zum Kandidaten nominiert hatten, erdient Herr Abgeordneter Viktor Kopsch bei uns und suchte uns von der Kandidatur Bernsteins abzubringen. Als er sah, daß wir uns nicht abbringen ließen, sagte er schließlich:

„Ihr werdet doch den Bernstein nicht wählen, der ist ja ein Jude.“

Und als wir erwiderten, daß das uns auch egal wäre, daß Bernstein übrigens überhaupt kein Jude sei, sagte Herr Kopsch: „Na, er ist ja doch immerhin ein getaufter Jude.“

Wir waren damals sehr entrüstet über Herrn Kopsch, wollten aber im Interesse der Sache schweigen. Nach dem hinterlistigen Ueberfall der „Freisinnigen Zeitung“ gegen Dr. Bernstein aber scheint es uns notwendig, offen zu sagen, wie es eigentlich bei unsrer Parteileitung steht.“

Ein deutsch-sozialer Parteitag hat unter dem Vorsitz Liebermann v. Sonnenbergs in Hamburg stattgefunden. Aus den belanglosen Verhandlungen ist hervorzuheben, daß die Herren den lebhaften Wunsch ausdrückten, aus der nationalsozialen Konkurrenz auch ein Teil für sich zu kapern.

Der „Gelsenkirchener Wahlkrawall“ gelangte am Sonnabend vor dem Essener Schwurgericht zur Verhandlung.

Angelagt sind der 29jährige Bergmann Anton Dohmann aus Gelsenkirchen, der 29jährige Bergmann Ernst Türl ebendort und der 29jährige Bergmann Lorenz Dollmann ebendort. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, sich an einer öffentlichen Zusammenkunft beteiligt zu haben, bei welcher Beamten, welche zur Vollstreckung von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen sind, in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes mit vereinten Kräften durch Gewalt und durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand geleistet wurde. Türl soll sich beteiligt haben als Häufelührer. Am Abend des 25. Juni d. J., dem Tage der Reichstags-Wahl, hatte sich, so führt die Anklage aus, in Gelsenkirchen auf dem freien Platz vor der Bismarckhalle eine wohl tausendköpfige Menge, meist halb-wildige Wurschen, angeammelt. Es wurde gelärmt und geschrien, auch fiel hin und wieder aus der Menge ein Steinwurf gegen die Polizeibeamten. Der Polizeikommissar Merrens und der Polizeiwachmeister Abramowski forderten die Menge wiederholt zum Auseinandergehen auf, als Antwort erfolgte Schreien und Johlen. Es kam dann zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit den Polizeibeamten.

Die Angeklagten bestritten die Behauptungen der Anklage. Trotz des Einspruchs des Verteidigers stellte der Staatsanwalt die Frage nach der Parteizugehörigkeit der Angeklagten. Dohmann bekannte sich als Centrumsmann, Türl als nationalliberal, Dollmann lehnte eine Antwort ab.

Die Geschwornen bejahten bezüglich des Angeklagten Dohmann nur die Frage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt unter Verletzung von milderen Umständen. Der Angeklagte Türl wurde des Landfriedensbruchs für schuldig befunden, die Frage nach der Häufelührerschaft wurde verneint. Der Angeklagte Dollmann wurde für nichtschuldig erklärt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Dohmann das höchstzulässige Strafmaß von zwei Jahren Gefängnis, gegen Türl zehn Monate Gefängnis und Freisprechung des Angeklagten Dollmann.

Das Urteil lautete gegen Dohmann auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Türl erhielt 7 Monate Gefängnis. Bei ihm wurden ebenfalls zwei Monate angerechnet. Dollmann wurde freigesprochen.

Saalfeld, 6. Oktober. Als endgültiges Resultat der Meiningener Landtagswahl ergibt sich die Wahl von sieben Sozialdemokraten. In den gestern als gewählt gemeldeten kommt hinzu Genosse Waltermeyer aus dem Wahlkreise Lehefen.

Majoritätsbelästigung. Halle, 5. Oktober. (Fig. Ver.) Ein Majoritätsbelästigungs-Prozess, der durch einen böhmisches Demagogenstreich zu Stande gekommen war, beschäftigte heute in mehrstündiger Sitzung die Strafkammer. Angeklagt war der Arbeiter Emil Hoffmann aus Dolau, ein unehelicher Familienvater, der früher und kürzlich gelegentlich des Kaiserbesuches den Hildebrandtschen Geleuten gegenüber, bei denen er zur Miete wohnte, schwerbelästigende Äußerungen in Beziehung auf den Kaiser gethan haben sollte. Hoffmann erklärte in der Verhandlung, die wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung hinter verschlossenen Thüren geführt wurde, die Hildebrandtschen Geleuten, die in ganz Dolau in seinem guten Ruf standen, hätten ihn aus Rache demütiert. Er habe in Beziehung auf den Kaiser keine Andeutung gemacht, die auf eine Gewaltthatigkeit gerichtet gewesen wäre. Er, Angeklagter, werde gegen Hildebrandtsches Verneidungsverfahren beantragen; denn er habe 14 Tage unschuldig in Haft gesessen. Durch die umfangreiche Weisungsaufnahme erdient das staatsanwaltschaftliche Verneidungsverfahren

in einem wahrlich nicht schönen Licht. Der Staatsanwalt hielt jedoch die Anklage anrecht und beantragte gegen den Angeklagten das exorbitante Strafmaß von 3 Jahren Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten aber mit der Begründung, den Hildebrandtschen Geleuten habe kein Glauben beigelegt werden können, frei. — Welche Qual der Angeklagte vor der Urteilsverkündung auszuhalten hat, kann nur der Beurteiler, der der Verhandlung beigewohnt hat, —

Ausland.

Balfour als Führer.

London, 4. Oktober. (Fig. Ver.)

Lezten Donnerstag und Freitag hielten die Konservativen ihren Parteitag in Sheffield ab. Der Hauptredner war der Premierminister Mr. R. B. Balfour, der die in seinem Manifest Insular Free Trade niedergelegten Leitsätze in einer längeren Rede entwickelte. Er bewegte sich sorgfältig innerhalb der dort gezogenen Grenzen, ohne sich auf nur ein Haarsbreite der imperialistischen Tarifpolitik Chamberlains zu nähern. Man weiß auch heute nichts mehr, als daß Mr. Balfour das Parlament auffordern will, dem Kabinett die Möglichkeit zu geben, mit dem Auslande kommerziell zu unterhandeln. Das Gerede der Rede Balfours besteht aus folgenden Sätzen: „Wegen feindsichtiger Tarife erklärt man nicht den Krieg. Tarifangriffe können nur durch Tarife beantwortet werden. England ist nicht im Stande, die Großmächte zu veranlassen, ihre Schutzpolitik aufzugeben; ebenso wenig die Kolonien, die einmal ergriffenen Zollmaßregeln zu beseitigen. Nur durch unsere Penetration und unsere Selbsttäuschung haben wir uns der Macht bedient, kommerziell zu unterhandeln. Für die daraus resultierenden Uebel habe ich kein Heilmittel, sondern ein Linderungsmittel. Die Großmächte werden uns gerechter behandeln, wenn wir ein Mittel haben, sie zur Gerechtigkeit zu zwingen. Was im Jahre 1846 gut war, ist im Jahre 1903 schädlich geworden. Ich verlange von meinem Volke, die Idee aufzugeben, daß die Zollpolitik nur des Risikos wegen gemacht wird. Eine Verbesserung der Nahrungsmittel liegt außerhalb der praktischen Politik. So lange ich Parteiführer bin, werde ich die Partei führen.“

Dieses Programm enthält noch wenig Bestimmtes. Dennoch ist es von großer Bedeutung für England geworden. Die Spaltung der konservativen Partei ist größtenteils beendet. Die agrarischen Zollpolitiker verzichteten vorläufig auf den Lebensmittelsatz, die konservativen Freihändler gaben ihre Disposition gegen Balfour auf. Als Ausdruck dieses Kompromisses wurde folgende Resolution angenommen: „Der Kongress ist der Ansicht, daß die Änderungen, die in den letzten fünfzig Jahren im Wirtschaftsleben vorgegangen sind, eine Ueberprüfung der bisherigen Zollpolitik notwendig machen. Wir danken dem Premierminister für die Untersuchung, die er darüber anstellte, und billigen die Politik, die England die Freiheit wiedergeben soll, mit dem Auslande kommerziell zu unterhandeln.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Lord Hugh Cecil, der Sohn des verstorbenen Lord Salisbury, und Mr. Winston Churchill, Sohn Lord Randolph Churchills, enthielten sich der Abstimmung, da sie der Ansicht sind, daß eine Verletzung des Freihandels die englischen Arbeiter zu Sozialdemokraten machen werde.

Balfours vorsichtige Unbestimmtheit hat die konservativen Elemente wieder zusammengebracht. Und da er nunmehr auf eine kompakte Mehrheit im Parlamente rechnen darf, so ist die Annahme gestattet, daß er in der nächsten Session mit positiven Vorschlägen hervortreten wird. Sein fester Entschluß, seinen Aufgaben als Parteiführer gerecht zu werden, deutet darauf hin, daß er an eine Parlamentsauflösung nicht denkt. Er wird möglicherweise die konservative Mehrheit benutzen, schon in nächster Zeit mit dem Freihandel endgültig zu brechen.

Österreich-Ungarn.

Zur ungarischen Kabinettskrise. Budapest, 6. Oktober. Das „Ungar. Telegr.“ meldet aus Wien: Kaiser Franz Joseph empfing heute vormittag 9 Uhr den Grafen Khuen-Hedervorn, welcher die Geschäfte des Ministerpräsidenten bis zur formellen Enthebung von seinem Posten weiterführt, und Briefe den ehemaligen Ministerpräsidenten v. Szell nach Wien, um dessen Anschauungen über die Lage zu hören, ehe die Kabinettsbildung in Angriff genommen wird. Der Kaiser wird sich in den nächsten Tagen nach Budapest begeben. Graf Khuen-Hedervorn kehrt nachmittags nach Budapest zurück.

Frankreich.

Der Wiederbeginn der Schulen hat in diesen Tagen stattgefunden. Die Meritellen behaupteten, daß ca. 80 000 Kinder auf der Straße bleiben müßten, weil für sie in den Laienschulen kein Raum vorhanden sei. Demgegenüber stellt die „Petite République“ fest, daß die Laienschulen überall genügend Raum gewöhren; so seien allein in Marseille über 6000 Kinder mehr in den Laienschulen untergebracht worden.

Italien.

Rom, den 4. Oktober. Nach der Niederlage der Eisenbahner der Nordbahn von Mailand geht die Gesellschaft in drateller Weise gegen das Personal, besonders das der höheren Stellungen, vor. Ein Opfer dieser Maßregelungen ist der 33jährige stellvertretende Stationsvorsteher Paratelli in Como, der sich in der Nacht vom 2. Oktober mit seinen zwei Kindern das Leben nahm. Er war nach 19jährigem Dienste von der Bahngesellschaft entlassen worden. Aus Verzweiflung darüber beschloß er, mit seinen acht- und fünfjährigen Söhnen in den Tod zu gehen. Er veranlaßte seine Frau, nach Mailand zu fahren, bereitete den Kindern ein kleines Fest mit Wein, Kuchen und Geschenken und tötete sich dann mit ihnen durch Kohlengas. In seinem letzten Briefe giebt er die Verfolgung der Nordbahn als Grund seiner That an.

Die „republikanische Partei“ hielt am 4. und 5. Oktober in Forlì ihren sechsten Jahreskongreß ab. Die Zahl der beitragenden Mitglieder stieg von 21 960 im Jahre 1902 auf 25 847 im Jahre 1903 (1901 waren es 18 681). Es hat also eine stetige Steigerung stattgefunden. — Die Partei verfaßt über 37 periodisch erscheinende Blätter, von denen 2 täglich, 32 wöchentlich und 3 halbmonatlich erscheinen. In der Kammer ist die Partei durch 10 Deputierte vertreten.

Die anarchistische Zeitung „L'Agitazione“ wurde konfisziert wegen eines Artikels: „Die anarchistischen Sozialisten und die Ankunft des Jaren.“

Niederlande.

Vom Venezuela-Schiedsgericht. Im weiteren Verlaufe der Dienstsitzung des Schiedsgerichtshofes setzte McWeigh sein Plaidoyer fort. Er erinnerte an die Alabama-Angelegenheit, die der Angelegenheit betreffend das englische Schiff im Dienste der Aufständischen analog gewesen sei, worüber Venezuela Klage geführt habe und in der England sich mit einem schiedsgerichtlichen Verfahren einverstanden erklärt habe. In der jetzt vorliegenden Angelegenheit aber hätten England und seine Verbündeten, anstatt sie auf gutem Wege zu regeln, ein Ultimatum an Venezuela gerichtet, innerhalb 24 Stunden 350 000 Dollar zu zahlen und die Reklamationen zu regeln, die aus dem Bürgerkriege, aus der den Deutschen Gläubigern für das Schiffskaus gewährten Garantie und aus der den Eisenbahn-Gesellschaften gewährten Garantie entstanden seien. McWeigh sprach sich dann absprechend über die Interventionen zu Gunsten von Privatinteressen aus, für welche die venezolanischen Gerichte zuständig gewesen wären, und suchte nachzuweisen, wie wichtig es für Amerika sei, zu wissen, wann eine europäische Intervention gerechtfertigt sei. Die Blockade-Mächte hätten kein Recht auf Vorzugsbehandlung, und den Vorschlag Venezuelas angenommen hätten, daß die übrigen Forderungen nach dem Grundsatz absoluter Gleichberechtigung geregelt werden würden. Nach dem inter-

nationalen Rechte seien alle Völker bis zum Beweise des Gegenteils gleichberechtigt. Die Völkermächte seien, da sie ihre Macht mißbraucht hätten, ohne von Venezuela zu verlangen, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, des Rechtes auf Vorzugsbehandlung verlustig gegangen. Der Schiedsgerichtshof sei ein Gericht des Friedens, nicht des Krieges. — Hierauf wurden die Sitzungen bis zum 4. November vertagt, an welchem Tage die Plaidoyers der Delegierten der Parteien beginnen, und zwar nach der alphabetischen Reihenfolge der englischen Namen der von ihnen vertretenen Länder. —

Rußland.

Ein Geheimlaß des russischen Kriegsministers.

Die soeben erschienene Nummer „Osvobodzenie“ veröffentlicht einen geheimen Erlaß des russischen Kriegsministers, der am 8. September d. J. an die höchsten Militärbehörden gerichtet ist. In diesem Erlaß heißt es:

„Der Minister hat erfahren, daß die Militärbeamten, die im Hofort Ihrer Exzellenz dienen, sich nicht nur verbotene russische Schriften zu lesen erlauben, sondern sogar in den Räumen von Offizierskasinos diese Schriften an andere Leute zu übergeben sich erdreisten. Die Offiziere handeln augenscheinlich so, weil sie überzeugt sind, daß sie sich in den Kasinos nicht unter der Aufsicht der Polizei, die ihre Zusammenkünfte zu überwachen kein Recht hat, befinden.“

Solche Zügellosigkeit kann nicht weiter geduldet werden, darum empfiehlt der Minister Ihrer Exzellenz folgendes: 1. Alle selbstständigen Kommandos auf die Frivolität einer solchen Handlungsweise aufmerksam zu machen. Der Minister ist überzeugt, daß die Herren Offiziere keine weitere Erklärung darüber verlangen werden. 2. Die Kommandos werden für die Wahl der Offiziere, die die Verwaltung der Kasinos leiten und die mit der Beaufsichtigung der Offiziersversammlungen betraut sind, falls die sittlichen Eigenschaften dieser Offiziere nicht genügend sein sollten, verantwortlich gemacht. 3. Die Offiziere, die diese Versammlungen beaufsichtigen, dürfen nicht, wie es bisher geschah, sich mit lässigen und wie es sogar oft vorkommt, nur einige Minuten dauernden Weisungen begnügen, sondern sie müssen sorgfältig, in der Gemeinschaft mit dem Kasinoverwalter, auf das Betragen der Herren Militärbeamten achten.

Dabei hält es der Minister für notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß die Liebergabe und folglich die Verbreitung von der Zensur verbotener Schriften schon an und für sich ein Verbrechen ist, wenn aber diese Verbreitung in den Räumen von Offizierskasinos geschieht, so kann es als nichts anders als ein besonders schweres, die Ehre und die Würde des ganzen Kriegesportis verletzendes Verbrechen angesehen werden.“

Die Redaktion des „Osvobodzenie“ bemerkt dazu, daß da die Gendarmen, Spigel und Schupsteine keinen Zutritt zu den Offizierskasinos haben, der Kriegsminister mit seinem Erlaß einige Offiziere, ohne daß sie ihre Uniform wechseln, als Gendarmen, Spigel und Schupsteine verwenden wolle.

Besonders charakteristisch für die oppositionellen Anschauungen, die im russischen Heere und hauptsächlich in russischen Offizierskreisen sich immer mehr verbreiten, ist der Umstand, daß dieser geheime Erlaß des Kriegsministers, dessen Abschrift er seinen gewöhnlichen Konzeptschreibern nicht anvertraut hat, noch früher auf den Redaktionsstisch des „Osvobodzenie“ gelangte, als in die Hände der Generale, an die er adressiert war!

Amerika.

Wieder etwas von Castro. Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ telegraphiert: Präsident Castro treibt unter strengsten Maßregeln die Rölle in Cindab Volstar ein, die schon von den Juristen erhoben worden sind. Die Kaufleute weigern sich, die Rölle nochmals zu zahlen. Der Deutsche Sprid erhält die Aufforderung zur Nachzahlung, die verweigert wurde, worauf Castro eine Ladung Rumm, die für ihn ankam, verstreuen ließ, zur Deckung der angeblichen Schuld. Sprid ist um etwa 100 000 \$ geschädigt. Die venezolanischen Kaufleute, welche die Zahlung verweigern, werden gefangen gesetzt. —

Landtagswahl.

Konservative Wahlernunterung. Die „Post“ ruft zur Rüstung für die Landtagswahlen:

„Bei der strengen Disziplin und der vortrefflichen Organisation der Sozialdemokratie muß erwartet werden, daß sie, soweit sie daran ein Interesse hat, ihre Anhänger vollständig zu der Wahl heranziehen wird. Bisher ist die Teilnahme an den Urwahlen eine überaus schwache gewesen. Dies gilt namentlich auch von der dritten Wahlabteilung, welche für die sozialdemokratischen Wahlen am meisten in Frage kommt. Hier hat man sich nur zu häufig, um den Wählern Zeit und Unbequemlichkeiten zu ersparen, in solchen Fällen, in denen der Ausgang der Wahl von vornherein festzustehen schien, damit begnügt, wenige Wähler zur Wahl abzuordnen, um überhaupt nur eine formal gültige Wahl zu Stande zu bringen. Sollte man es bei den nächsten Urwahlen bei diesem Verfahren bewenden lassen, so könnte man nur zu oft erleben, daß die Sozialdemokraten selbst da, wo sie nur eine schwache Minderheit darstellen, als Sieger aus den Urwahlen hervorgehen. Es wird daher, und zwar auch in denjenigen Kreisen, in welchen die Sozialdemokratie nur schwach vertreten ist, bei den bevorstehenden Wahlen in ungleich sorgfamerer Weise als bisher Bedacht darauf zu nehmen sein, daß die Urwähler, welche den staatsrechtlich geltenden Parteien angehören, oder wenigstens für deren Kandidaten zu stimmen bereit sind, vollständig an der Wahl teilnehmen. Das kann namentlich auf dem flachen Lande nur durch sorgfältige Organisation des kleinen Wahlbezirktes vor und am Tage der Urwahlen geschehen. Die Einsicht der Wahlkreise, die Feststellung derjenigen Urwähler, auf deren Beteiligung an der Wahl Wert zu legen ist, bilden die unerlässliche Grundlage wirksamer Ausführung des kleinen Wahlbezirktes. Einrichtungen, welche geeignet sind, säumige Wähler noch in letzter Stunde zur Teilnahme zu veranlassen, dürfen ebensowenig vernachlässigt werden. Argum, es ist somit für die bevorstehenden Landtagswahlen mindestens ebenso viel Wert auf eine bis ins kleinste durchgeführte Wahlorganisation zu legen wie bei den Reichstagswahlen, und es werden die Wahlen, welche uns von den Urwahlen noch trennen, zur Vervollständigung und Ergänzung dieser Organisation auf das sorgsamste auszunutzen sein.“

Es zeigt sich, daß das Eintreten der Sozialdemokratie in die preussischen Wahlen diesen fauligen Sumpf sofort in Bewegung bringt. —

Die freisinnigen Kompromisse. Die „Vossische Zeitung“ führt als einen besonders wichtigen Erfolg des freisinnigen Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie an, daß in einzelnen Wahlkreisen, in denen die Nationalliberalen bisher mit den Konservativen gemeinsame Sache gemacht hätten, jetzt Nationalliberalen und Freisinnige zusammengingen — ein Erfolg der Wichterschen Politik gegenüber der Barthischen Theorie, ein unerwartetes Mißgeschick für die Sozialdemokratie. Nun haben wir aber bereits vor länger als Jahresfrist den Freisinnigen solche „Erfolge“ in Aussicht gestellt.

In Nr. 212 des „Vorwärts“ von 1902 heißt es: „Wo bisher Nationalliberalen im Besitz sind, werden die Freisinnigen vermutlich vorziehen, mit diesen zu partieren; wenn sie es erfolgreich thun, werden sie es dem Ansturm der Sozialdemokraten verdanken.“

Denselben Gedankengang entwickelte Genosse Krons jetzt in Breslau; nur fügte er hinzu („Vorwärts“ vom 30. September 1903): „Uebrigens werden voraussichtlich auch die vereinigten Freisinnigen und Nationalliberalen noch von den sozialdemokratischen Wahlmännern abhängig sein. Also auch in jenen Kreisen müssen die vereinigten Liberalen sich darauf einrichten, eventuell für einen Sozialdemokraten stimmen zu können.“

Die „Vossische Zeitung“ verrät wenig politische Einsicht, wenn sie sich über Professor Delbrück's gutgemeinten Rat, ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie von Fall zu Fall im Auge zu behalten, lustig zu machen verüßt. Wenn der Freisinn fürchtet, bei einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie Stimmen nach rechts zu verlieren, so gilt das gleiche bei den Nationalliberalen, wenn sie mit dem Freisinn partieren. In allen Schichten der Bourgeoisie zeigt sich die Bereitschaft nach rechts zu schwenken. Uns scheinen aber die Führer die größere Einsicht zu besitzen, die diesen schwankenden Elementen nicht nachlaufen, sondern versuchen, dem entschlossenen Teil ihrer Anhängerschaft die Parole „Augen links!“ zu geben. Das ist der einzige Weg, der den Liberalismus nicht direkt ins Grab führt, sondern ihm ermöglicht, noch an seiner historischen Aufgabe, Beseitigung des Feudalismus und des Polizeistaates, wenigstens in Gemeinschaft mit der sozialistischen Arbeiterschaft mitzuarbeiten.

Im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise wurden von den Freisinnigen endgültig die Herren Rosenow und Juid als Kandidaten aufgestellt. Herr Schöler verzichtete „im Interesse der Einigkeit der Partei“ auf die Kandidatur.

Dagegen geht im Wahlkreise Teltow-Charlottenburg der Streit unter den Freisinnigen fort. Der geschäftsführende Ausschuss der Freisinnigen Volkspartei wendet sich von neuem gegen Dr. A. Bernstein, mit dem man „jede fernere Verhandlung und Verbindung“ ablehnt. Dagegen halten zahlreiche freisinnige Vertrauensmänner des Kreises an der Kandidatur Bernstein fest. Eugen Richter und Dr. Müller-Sagan wenden sich als Wähler des Kreises Teltow in einer besonderen Erklärung gegen Bernstein; sie seien „als Urwähler außer Stande, solchen Wahlmännern ihre Stimme zu geben, die sich verpflichten würden, Dr. Bernstein zu wählen“.

In Frankfurt a. O. Lebus gehen Freisinnige und Nationalliberalen zusammen; für erstere kandidiert Reichstagsabgeordneter Hell-Brandenburg, für letztere Landgerichts-Präsident Mathis in Frankfurt. —

In Breslau haben die freisinnigen Volksparteiler jedes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten abgelehnt. Als Kandidat wurde Professor Doornann proklamiert, der nun sicher durchfallen wird, wenn die Freisinnigen bei ihrer „Taktik“ bleiben.

Halle, 5. Oktober. Unentwegt freisinnig zeigten sich heute wieder die liberalen Stadtverordneten, die einen arbeiterfreundlichen Antrag unserer Parteigenossen, den Beginn des Wahltermins zur Landtagswahl um 5 Uhr nachmittags anzusetzen, ablehnten. Morgens 1/10 Uhr soll gewählt werden.

Aus der bürgerlichen Presse.

Zu unseren geizigen Citaten seien noch zwei hinzugefügt, mit denen, sofern nichts Wichtigeres hervortritt, diese Wiebergabe bürgerlichen Unverständnisses in sozialdemokratischen Fragen beendigt sein soll.

Die „Deutsche Zeitung“ des Dr. Friedrich Lange ist zwar nicht politisch einflussreich, aber ihre Ausführungen über „die Revisionisten in der hohlen Gasse“ sind derart grotesk, daß sie ein besonderes Beispiel dafür bieten, wie wenig und Sozialdemokraten an dem lobenden oder tadelnden Urteil unserer Gegner gelegen sein kann. Darum sei auch daraus einiges wiedergegeben. Das Blatt freut sich außerordentlich über die Niederlage des Revisionismus und bedauert nur, daß sie nicht noch vernichtender ausgefallen sei:

„Uns war es erwünscht, wenn aus dem Rücken Webers als Parteiführers tödliche Pfeile nach rechts hin flogen. Denn als das Bedenkliche nach dem ungeheuren Aufschwollen der Zahl bei der Sozialdemokratie erschien und immer die von dem revisionistischen Flügel aus betriebene Umkleidung mit Kulturhaus und Atmosphäre freien Geistes- und Ammenlebens; am bedenklichsten erschien uns gemäß den Lehren der französischen Revolution die geistige Bräutchenbildung nach der bürgerlichen Welt hinüber, die Willensverweigerung und allmähliche Auflösung des Staatsgedankens aller Fassung durch diese Verbindung. Darum freuten wir uns des teils direkten, teils indirekten Verbots der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, die den Zulauf der Intellektuellen hemmen oder die Korruption der Feindongemüht im sozialdemokratischen Lager im Gefolge haben mußte; wir freuten uns des Boykotts gegen die „Zukunft“, freuten uns der Gewissensfindung, der Aufriechtung von Jader und Gekserhut; aber der Zellauf fehlte. Jetzt aber hat der gereizte Jorn und die verleierte Eitelkeit des Herausgebers der „Zukunft“, die jahrelang auch zu einer allmählichen Anochen-erweichung der wohlwollenden und zum Bizarren neigenden bürgerlichen Kreise mitgeholfen hatte, überraschend einen Teil-Erfolg auch in dieser Beziehung herbeigeführt.“

Göhre fällt, Braun fällt, Heine fällt — dies Ergebnis wenigstens scheint schon jetzt festzustehen. Uns ist es recht. Die Vorklitterung des Geistes, die vom sozialdemokratischen Standpunkt ja auch richtig ist, ist uns vom klar und bewirkt antisozialdemokratischen Standpunkt aus auch so erwünscht. Es verliert ein Stück falscher Nimbus. Der Zulauf der Gebildeten wird stoden. Zu deutlich hat sich die Materialität der philosophisch-ökonomischen Materialisten offenbart. Zu häufig hat sich ihre Gottähnlichkeit im Spiegel gezeigt. . . .

Da nicht jede wenig der Trost, daß Webel in der Parteipresse sehr stark angegriffen wird; denn in der Presse sitzen eben naturgemäß überall die Intellektuellen. Klar aber ist doch schon, daß in Süddeutschland zwar nur ein Drittel ungenügend für Webel, zwei Drittel dagegen für Vollmar-Mohr-Ehrhart, daß aber in Norddeutschland und Sachsen hundertfach sieben Achtel für Webel und den Radikalismus sind. Die Revision gegen den Revisionismus wird — das dürfen wir jetzt hoffen — auch weiter fortgeschritten, wofern Webel bei Kraft und Jahren bleibt.

Diese Klärung und Scheidung ist aufs freudigste zu begrüßen. Wir fürchten schon, daß der Revisionismus zu wenig geschmäht aus der „hohlen Gasse“ herauskommen und daß seine geistige Ueberlegenheit trotz seiner charakterlosen Schwäche ihm doch schon in kurzer Zeit die Herrschaft in die Hände spielen werde. Diese Gefahr ist jetzt zurückgedrängt. Seit Dresden stehen wir ohne eines Verdienstes wie unter einem Glasdöner. Woge die Parze den Boden, der jetzt von der Spindel läuft, recht lange fortspinnen! Und mögen ihre beiden Schwestern, die Kadefis und die Atropos, mit der Schere in der Hand in einen ausgedehnten Winterschlaf verfallen!“

In den „Preussischen Jahrbüchern“ sucht Professor Delbrück noch einem höheren Mittel, die Sozialdemokratie zu belämpfen. Er schlägt vor:

„Man muß von weit her und mit bewußter Absicht einen Augenblick vorbereiten und herbeiführen, wo eine große nationale Frage aufgeworfen und mit dieser Parole wie im Jahre 1887 bei den Kartellwahlen die Sozialdemokratie wieder aus einer großen Anzahl ihrer Stipe herausgeworfen werden kann; und um das zu ermöglichen, muß gleichzeitig durch Entgegenkommen jede berechtigte Forderung, die diese Partei vertritt, gehoben und aus dem Wege geräumt werden.“

Also wissen nun die Herren Staatsmänner, wie sie die Sache anzufangen haben. Leider aber sind die Herrschaft „großen nationalen Fragen“ ganz andersartig als sie der Herr Professor im Interesse des Klassenstaates heraufbeschwören möchte, und leider hat das deutsche Volk nicht vergessen, daß Kartellwahlen Reaktionswahlen sind; und hätte das Volk es vergessen, so folgte auf 1887 — der Februar von 1890.

Ueber unsern Parteitag schreibt Professor Delbrück in der lebenswürdigen Absicht, neuen Mist unter uns zu säen:

„Welche von ihnen hat nun bei dem ungeheuren Gezänk gestimmt? Webel und die radikale Partei haben auf der ganzen Linie

gestimmt, die Revisionisten haben sich demütiglich unterwerfen müssen, rufen allenthalben die Scharfmacherblätter, und mit ihnen in halber Harmonie Herr Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung“.

Mit Verlaub, ungelehrt wird ein Schuß draus. Woher kam denn der ganze ungeheure Lärm? War es wirklich bloß Litteratengeganz und die unbezähmbare Leidenschaft des alten Herrn Webel? Herr Webel hat sich sein Temperament nicht erst neuerdings angeeignet. Weshalb ist er denn auf früheren Parteitagungen nicht so wild geworden? Um solcher Lappalien willen, wie ein paar Artikel in bürgerlichen Blättern oder einen Vicepräsidenten soll eine Partei von drei Millionen Wählern außer Rand und Band geraten sein? O nein, die Sache liegt viel tiefer, und es ist ja auch deutlich genug ausgesprochen worden, was die Quelle all der Aufregung ist. Herr Webel hat sich klar gemacht, daß die Neuwahlen dem revisionistischen Flügel in der Fraktion die Oberhand gegeben haben, und er hat eine letzte verzweifelte Anstrengung gemacht, unter Heranziehung und Aufschauung aller erreichbaren Materials den Fortgang der Bewegung in dieser Richtung zu unterdrücken. In der Fraktion hatte er schon keine Aussicht mehr dazu, deshalb mußte es auf dem Parteitag geschehen, wo er die Leidenschaften aufregen konnte, und sei es auch um den Preis der moralischen Auspeitschung der eignen Partei.

Was hat er nun um diesen an Selbstmord grenzenden Preis erreicht? Volkmar und Genossen haben ihm denselben Streich gespielt, den sie seit Herbst im Jahre 1891 auf jedem Parteitag vollführt haben; sie haben der Resolution, die er eingebracht hat, eine Auslegung gegeben, die auch für ihre Ideen Raum läßt, und haben dann selber dafür gestimmt. Webel, Singer und Kautsky aber haben sich nicht getraut, eine Resolution vorzuschlagen, die die andre Gruppe schlechterdings nicht hätte annehmen können, und das bedeutet, daß sie die Geschlagenen sind. Es gibt eine Liebe, die wie Hoch aussieht, und es giebt Niederlagen, die wie Siege aussehen; ein solcher Sieg ist der Sieg der Radikalen in Dresden. Die ungeheure und vergebliche Anstrengung, die sie gemacht haben, zeigt nur um so mehr, daß ihre Kräfte nicht weiter reichen, daß die Revisionisten thätig sind, wenn auch noch nicht in Masse, bereits die Stärkeren sind. Nicht einmal, daß das Hauptorgan der Partei, der „Vorwärts“, in seinem Sinne redigiert wird, hat Herr Webel durchsetzen können, und in demselben Augenblick, wo er jedes Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken verhorresziert, hat er selber einer Konferenz vorgelesen, die Bestimmungen traf über das Zusammengehen bei den Landtagswahlen.“

Die Bemerkung über das Verhältnis Webers zum „Vorwärts“ giebt einen klaffischen Beleg für die kurzichtig tendenziöse Betrachtungsweise gewisser bürgerlicher Politiker. Verfolgte der Herr Professor nicht die bewußte Tendenz, Zwiespalt in unreife Reihen zu tragen, so müßte er erkennen, daß der „Vorwärts“ bei aller Selbstständigkeit seines Urteils über einzelne Parteifaktionen und ihre Formen, in allen wesentlichen Parteifragen auf demselben Boden steht wie Webel.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokraten im Gefängnis. Dem Arbeitersekretär Limberg in Hietzsch, der sich durch seine gewerkschaftliche Verbürgung eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen zugezogen hat, ist die Selbstbeschäftigung verweigert worden. Er muß Haarnadeln einrollen und darf sich mit dem Gedanken trösten, daß er noch keinen Regier umgebracht und keinen Wankstümpel getrieben hat.

Vom Genossen Legien erhalten wir folgende Zuschrift: In Nr. 23 des „Vorwärts“ wird mitgeteilt: „Die Leitung des Oberschlesischen Arbeitersekretariats ist jetzt in die Hände des Genossen Julius Bruhns übergegangen.“ Diese Mitteilung muß den Anschein erwecken, als sei in der Leitung des Arbeitersekretariats wiederum eine Aenderung eingetreten. Das ist nicht der Fall. Nachdem Genosse Winter als Arbeitersekretär am 1. Juli d. J. ausgedient, wurde das Sekretariat von Weitzen nach Kattowitz verlegt und Genosse Ciommer als Sekretär gewählt. Das Sekretariat untersteht der Kontrolle einer Kommission, die von der Gewerkschaftskonferenz für Ober-Schlesien am 13. September d. J. in Cawicem (Galizien) gewählt wurde. Die Adresse des Sekretariats ist: J. Ciommer, Kattowitz D.-Schl., Rathausstr. 6.

Genosse Bruhns ist, wie mir von Genossen in Ober-Schlesien mitgeteilt wurde, als Parteisekretär eingesetzt und wird seinen Wohnsitz voraussichtlich in Weitzen nehmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Der verantwortliche Redakteur.** Im Verein Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzergesellen wurde mitgeteilt, daß der Vereinsvorstand in einer an das sächsische Oberlandesgericht gerichteten Eingabe um die Freilassung des zusammen mit den drei sozialdemokratischen Redakteuren wegen Majestätsbeleidigung durch die Presse verhafteten Redakteurs der „Muldenthaler Volkszeitung“, der Mitglied des Vereins ist, ersucht habe. Es wurde dabei betont, daß ein Redakteur für den Inhalt einer Zeitungsnacht nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Ersuchen sei aber abgelehnt worden.

Das Verfahren gegen den Redakteur ist nur erklärlich aus vollständiger Unkenntnis von der Art der Herstellung einer Zeitung.

Aus Industrie und Handel.

Der Kurdrückgang unserer Reichsanleihen, den wir gerade vor einem Monat an dieser Stelle auf seine Ursachen zurückzuführen versuchten, steht noch immer im Vordergrund der Diskussion, obwohl seit der damaligen Erörterung der Kurdrückgang ausgeblüht hat und sogar einer kleinen Aufbesserung gewichen ist. Im besonderen sind es die Organe des sogenannten mobilen und des immobilien Kapitals, die sich gegenseitig in den Haaren liegen: die „Kreuz-Zeitung“ als Vertreterin agrarischer Interessen und die „Verl. Renesse Nachr.“ als Vertreterin der Großindustrie in den Städten. Die „Kreuz-Zeitung“ hatte nämlich den Wunsch ausgesprochen, daß um den Kurdrückgang der Staatspapiere zu verhindern und an seine Stelle eine gewisse Stabilität zu setzen, die Sparlaffen veranlaßt werden sollten. Ihre Gelder mehr in Staatspapieren als in städtischen Hypotheken anzulegen. Demgegenüber betonten die „Verl. Renesse Nachr.“ und ihrer Ansicht nach mit Recht, daß durch Anlage größerer Summen von Sparlaffen in Staatspapieren den mittleren Kreditnehmenden der seither bezogene Sparlaffenkredit entzogen und verteuert werden würde, ohne daß diesen Kreisen dafür ein gleichwertiger und gleich billiger Ersatz geboten würde.

Bei dieser Diskussion ist dann auch die größere und geringere Sicherheit von Hypotheken und Staatspapieren in hochkritischen Zeiten lebhaft erörtert worden. Eine solche Erörterung muß notwendig akademisch bleiben, so lange nicht von bestimmten Fällen gesprochen wird; allgemein kann man jedoch zugeben und anerkennen, daß Staatspapiere auch in höchst kritischen Situationen des wirtschaftlichen und politischen Lebens mehr Kredit behalten werden als Hypotheken, erstens weil hinter den Staatspapieren ein großer Organismus steht, der auch in anderen Beziehungen für einen gewissen Kredit stets Sorge zu tragen haben wird, und zweitens weil dieser öffentliche Organismus auf seine Sicherheit hin weit besser und offensichtlicher zu kontrollieren ist als ein Privatkapital.

Wie die Dinge heute liegen, kann die Frage, ob Sparlaffen den größten Teil oder auch nur einen einseitig großen Teil ihres Geldes in Wertpapieren anzulegen sollen, schon um deswillen gar nicht in ernsthafterer Erwägung gezogen werden, weil eine solche Verpflichtung vielfach die Existenz der Sparlaffen untergraben würde. Die Gründe für diese Behauptung sind höchst einfach. Zunächst ist als bekannt vorauszusetzen, daß auch die Keinen Sparer die an sich durchaus berechnete Tendenz haben, ihre Gelder möglichst hoch verzinst zu bekommen; sollen diese Keinen Sparer also der Spekulation nicht geradezu in die Arme ge-

trieden werden, müssen auch die Sparlaffen dieser Tendenz Rechnung tragen, weil sie sonst eben keine nennenswerten Einlagen, mit denen sich arbeiten läßt, bekommen. So ist es dahin gekommen, daß, wie die neueste amtliche Sparlaffenstatistik erweist, die meisten Sparlaffen ihren Einlegern 2 1/2 Proz. oder darüber gewähren. Dies wäre aber nicht möglich, wenn die Sparlaffen ihre Gelder vorwiegend in Staatspapieren verzinslich anlegen sollten. Unsere 3 1/2-prozentigen Anleihen verzinsen sich gegenwärtig mit 3,44 Proz., die 5-prozentigen mit 3,34 Proz. Berücksichtigt man nun die Verwaltungs- und andern Unkosten der Sparlaffen, so ist klar, daß diese staatspapierliche Verzinsung nicht ausreichen würde, um den Spargeldbesitzern 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100 Proz. Zins zu gewähren. Es bliebe den Sparlaffen nur übrig, ihren den Einlegern gewährten Zinsfuß herabzusetzen, und die Einleger würden in Massen ihr Geld der Spekulation oder mindestens weniger sicheren Papieren und Anlagen zuwenden, ein Zustand, der volkswirtschaftlich nicht zu wünschen ist.

Der Weg, die Sparlaffen zur Anlegung größerer Teile der ihnen zuzurechnenden Kapitalien in Staatspapieren zu zwingen, ist demnach ein verkehrter. Es giebt aber viel einfachere und absolut sichere Mittel, den Kurs der Reichsanleihen auf einem vernünftigen Höhepunkt zu erhalten; zunächst das Bestreben, daß jedem Privatmanne zur Erhöhung seines Credits empfohlen wird; möglichst wenig Schulden zu machen! Dazu müßte freilich das Deutsche Reich eine ganz andre Politik einschlagen, die den Reuten der „Kreuz- und Ztg.“ allerdings ebensowenig wie denen der „Berl. Neueste Nachrichten“ gefallen würde.

Arbeitslohnstatistik im Saarbrücker Revier. Die Handelskammer in Saarbrücken hat den Beschluß gefaßt, eine getrennte Untersuchung über die Löhne der gelernten und ungelernen erwachsenen männlichen Arbeiter anzustellen und das Ergebnis im nächsten Jahresbericht zu veröffentlichen. Durch eine solche Statistik würde sich, wie es heißt, nachweisen lassen, daß die Löhne der ersten Kategorie eine ganz andre Steigerung erfahren haben, als die der letzteren; es würde dadurch möglich sein, zahlenmäßig nachzuweisen, daß der gelernte Industrie-Arbeiter Löhne bezieht, die mit denen des ungelernen Arbeiters gar keinen Vergleich zulassen. Die Kammer ist der Ansicht, daß aus der Klasse der Industrie-Arbeiter ein neuer Mittelstand im Entstehen begriffen, zum Teil sogar bereits vorhanden sei. Ferner will die Kammer eine Darstellung der Wohlfahrteinrichtungen des Saargebietes im nächsten Jahresbericht geben.

Eine gute, zuverlässige Lohnstatistik des Saarbrücker Reviers wäre in Anbetracht der Mangelhaftigkeit der wenigen deutschen Lohnstatistischen Versuche von entschiedenem Wert; nur zweifeln wir daran, daß die Saarbrücker Handelskammer etwas Besseres leisten wird, als andre industrielle Korporationen und Fachvereinigungen. Die obige Ankündigung zeigt, daß man bereits weiß, was die Statistik beweisen wird und muß; und es ist kaum zweifelhaft, daß man bei den Lohnaufnahmen in der Weise verfahren wird, daß das gewünschte Resultat herauskommt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streik und Aussperrung der Metallarbeiter

haben so gut wie keine Aenderung in der Situation erfahren. Das *Preß-Bureau*, das der Rühnenmänner-Verband in seiner letzten geheimen Sitzung gegründet hat, scheint zwar schon fleißig an der Arbeit zu sein und verbreitet eifrig die Mär, daß jetzt rund 9000 Arbeiter weniger in den Fabriken arbeiten als vor vier Wochen, aber vielleicht bringt die Kontrollkommission, welche im Auftrage der Rühnenmänner die Betriebe kontrollieren soll, demnächst Zahlen, welche den auf dem Bureau des Metallarbeiter-Verbandes bekannten näher kommen.

Es scheint, als habe noch manch anderer Fabrikant gedacht wie Herr *Pintsch*, der erklärte, daß es sein Gefühl nicht zulasse, Arbeiter auf die Straße zu werfen, die 20 Jahre und länger in seinem Betriebe beschäftigt gewesen wären. Das „*Post!*“, das in der Versammlung am Sonnabend fiel, als der Vorsitzende diese Erklärung verlas, ehrt Herrn *Pintsch*, zeigt aber auch, daß man mit solchen Gefühlen nicht in einen Rühnenmänner-Verband gehört.

Wie wir hören, beabsichtigen die Herren, sich Einsicht in das Protokoll des Gewerbegerichts zu verschaffen, durch welches etwa 40 Firmen des Vergleichs mit ihren Arbeitern abgeschlossen. Die menschenfreundliche Absicht der Herren besteht darin, diesen Firmen den Abzug abzuschneiden, speziell selbst ihnen etwaige Specialartikel nicht abzunehmen. Öffentlich gelingt das saubere Pländchen nicht und man enthält den Herrschaften als Unbeteiligten das Protokoll vor.

Die streikenden *Gärtler* hatten sich gestern vormittag wiederum sehr zahlreich im Gewerkschaftshause versammelt. *Wiesenthal*, der über den Stand der Bewegung sprach, wies zunächst darauf hin, daß die Einigkeit der Arbeitgeber jetzt bedenklich in die Länge gegangen ist. Nach der Versammlung, die sie am Sonnabend abgehalten haben, getrauen sie sich offenbar nicht mehr, der Welt zu verkünden, daß sie diese oder jene Beschlüsse einstimmig gefaßt hätten. Eigentümlich ist es, wie die Revisionskommission der Arbeitgeber vorgeht, die die Aufgabe hat, die Durchführung der Aussperrung zu überwachen. Sie geht es einfach nicht, wenn bei den großen einflussreichen Herren, die angeblich alles ausgespart haben, noch ein Rehnelt der Arbeiter und mehr thätig sind. Wie sollte auch die Kommission hier streng vorgehen können, wo doch andre Fabrikanten überhaupt nicht ausgespart haben und auch die Konventionalstrafe nicht zahlen! Wie richtig übrigens die ganze Situation von Anfang an in den Streifen der Metallarbeiter beurteilt wurde, beweist der Umstand, daß der Redner, *Wiesenthal*, mit einem Fabrikanten um 10 M. darauf gewettet hat, daß der Kommerzienrat *Pintsch* nicht aussperren würde. Er hat bekanntlich die Wette gewonnen, trotzdem noch am Mittwoch vor der Aussperrung in einem Circular der Arbeitgeber erklärt worden war, daß *Pintsch* unter allen Umständen aussperren werde, widrigenfalls aber die ganze Schärfe der Beschlüsse zu kosten bekäme. Dies ist bekanntlich auch eine leere Drohung geblieben. Daß unter diesen Umständen keine Einigkeit unter den Arbeitgebern herrscht, ja nicht einmal Einigkeit in ihrem Vorhabe, ist nicht zu verwundern. Den kleinen Unternehmern muß es selbstverständlich immer mehr klar werden, daß das ganze Treiben der Scharfmacher darauf hinausläuft, sie, die minder kapitalstärkigen Firmen, zu vernichten. Thatsächlich ist es denn auch nicht mehr die Masse der Arbeitgeber, sondern die wenigen Scharfmacher und die Angestellten des Fabrikantenverbandes, die einen ehrlichen und dauernden Frieden mit den Arbeitern nicht wollen, die an dem streitigen Zustand oder an einer völligen Unterdrückung der Arbeiterschaft ein Interesse zu haben glauben. Höchst wahrscheinlich wird sich die Masse der Arbeitgeber nicht lange mehr von diesen Herren nachsagen lassen und es bald einsehen, daß nichts andres übrig bleibt und es das beste ist, einen Vertrag mit der großen Arbeiterorganisation zu schließen, wodurch eine ungestörte Produktion gesichert wird. Denn für jeden Einsichtigen muß nun doch klar geworden sein, daß die Gürtler und Drücker niemals zu Kreuze kriechen und sich den Nachtgeleiten der Herren unterwerfen. Der Referent kritisierte sodann scharf die höchst überflüssige große Machtentfaltung der Polizei gegenüber den Streikposten und forderte die Streikenden auf, sich in keine Weise an der Ausübung ihres Rechts, an der Erfüllung ihrer Pflicht als Streikposten hindern zu lassen. Das Verhalten der Streikenden war bisher so und wird auch in Zukunft so sein, daß Polizei in ihrer Nähe überflüssig ist, ebenso überflüssig, wie das große Polizei-Aufgebot bei der Schlosser-Versammlung am Sonntag war.

In der Diskussion wurde wieder mal ein kraffer Fall polizeilicher Belästigung eines Streikpostens mitgeteilt. Der Mann, der im

Gangflur stehend ruhig seines Amtes waltete, wurde vom Schuhmann, nachdem dieser vom Arbeitgeber auf ihn aufmerksam gemacht worden war, am Arm gepackt und auf die Straße gejerrt, dann zur Wache befördert, wo der Wachtmeister ihm erklärte, daß wenn er, der Wachtmeister, als Schuhmann mit ihm zu thun gehabt hätte, er hätte ihm — er sprach den Satz nicht ganz aus. — In diesen Fall anknüpfend, machte *Wiesenthal* darauf aufmerksam, daß man stets, wenn einem derartige unrechtmäßige Behandlung zu teil wird, sich die Nummer des betreffenden Beamten merken soll, um klagbar gegen ihn vorzugehen. Des weiteren wurde von einem Diskussionsredner mitgeteilt, daß auch der Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter sich mit den Aussperrten solidarisch erklärt habe. In einer Versammlung vom Sonntag habe er beschlossen, daß jedes Mitglied eine wöchentliche Strafsteuer von 1 M. zahlen soll, was wöchentlich 36000 M. ergeben werde zur Unterstützung der streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter. Da für die ca. 100 Streikenden und Aussperrten des Gewerbevereins nur ein kleiner Teil davon gebraucht werde, solle das übrige für die im Metallarbeiter-Verband organisierten dieser Organisation überwiesen werden. — Wenn das sich als richtig erweist und durchgeführt wird, wäre es zweifellos einer der originellsten und von den Rühnenmännern jedenfalls nicht erwarteter Erfolge des Scharfmacher-Verbandes.

Die *Formen- und Gießerei-Arbeiter* nahmen am Montag im Gewerkschaftshause in einer stark besuchten Versammlung den Situationsbericht über den gegenwärtigen Stand des Drücker- und Gürtlerstreiks sowie der Aussperrung entgegen. *Cohen* schilderte in einem längeren Referat die Ursachen und den bisherigen Verlauf der ganzen Bewegung, wie sie in der Presse bereits bekannt gegeben sind. Sei dieser Kampf schon für die gesamten Metallarbeiter von eminenter Bedeutung, so für die Metallformer noch im besonderen. Gerade diese Branche werde jetzt erheblich in Mitleidenschaft gezogen, weil infolge des Streiks und der Aussperrung bei den in Betracht kommenden Firmen nicht mehr genügend Arbeiter vorhanden seien, die den von den Formen gelieferten Guß verarbeiten könnten. Deshalb hätten sie dem Kampfe auch das größte Interesse entgegenzubringen, da ein Teil von ihnen bereits wegen Mangel an Arbeit entlassen worden sei, abgesehen von denjenigen, die gleich anfangs mit ausgespart wurden. Bekanntlich haben ja auch eine Anzahl Gießereimeister auf Veranlassung der Scharfmacher der Abteilung II des Rühnenmänner-Verbandes mehrere Sitzungen abgehalten, um zu beschließen, an alle Firmen, die bereits bewilligt haben, keinen Guß mehr zu liefern. Ein praktisches Resultat haben diese Sitzungen indessen nicht gezeigt, weil auch hier die Firma *Pintsch* von vornherein von der Ausführung eines etwaigen Beschlusses sich wieder selbst „dispensierte“. Ob auch die Eisenformer noch in den Kampf hineingezogen würden, siehe noch dahin. Zwar habe verlaudet, daß auch die *Groß-Eisenindustrie* der Abteilung I des Rühnenmänner-Verbandes zu einer allgemeinen Aussperrung bezwungen werden sollten, doch lasse sich vorläufig noch nicht einsehen, welches Interesse diese Kategorie an einer Schließung ihrer Betriebe haben könnte, da sich bisher der größte Teil der Fabrikanten von der Abteilung II an der Aussperrung nicht beteiligt hat. Immerhin gelte es, die Augen offen zu halten und vor allem den Kampffonds zu stärken, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Mit einer begeisterten Sympathieumgebung für die Streikenden und Aussperrten schloß die Versammlung.

Die Metallarbeiter der Firma *Hein, Lehmann u. Co.* in Reinickendorf hatten, soweit sie im Konstruktionsbau beschäftigt waren, am Mittwoch voriger Woche in der Stärke von 88 Mann die fernere Ableistung der Ueberstunden verweigert, nachdem eine Kommission aus ihren Reihen, die wegen Aufhebung der Ueberstunden bei der Direktion vorstellig geworden war, abgewiesen wurde. Daraus erhielten die 88 Mann am nächsten Tage ihre Entlassung. Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes, des Gewerbevereins und des Schmiede-Verbandes verhandelten hierauf mit dem Betriebsleiter wegen Wiedereinstellung der Leute, und dieser versprach auch, 40-50 der Entlassenen wieder einzustellen und ferner dafür zu sorgen, daß den übrigen der Arbeitsnachweis in der Dresdenerstraße nicht gesperrt würde. Doch beide Versprechen wurden nicht gehalten. Vielmehr hatte die Betriebsleitung in *Danzig* 52 Metallarbeiter anwerben lassen, ohne ihnen auf ihre diesbezügliche Frage Mitteilung von den Differenzen in der Fabrik zu machen. Da auch wirklich 21 dieser Leute angingen, so glaubte die Betriebsleitung jedenfalls auch die übrigen 31 zur Annahme der Arbeit bewegen zu können, und hat wohl deshalb ihr Versprechen den Entlassenen gegenüber nicht eingelöst. Letzteren gelang es nun aber, die importierten Danziger bis auf drei zur Einstellung der Arbeit und zur Abfahrt nach der Heimat zu überreden. Bevor letzteres jedoch geschah, gab die den Verbandsvertretern Vollmacht, die ihnen gegen Schuldlosen ausgehängten Geldbeträge in Höhe von ca. 1500 M. für Reise- und Zebrungs-Spesen von der Firma eventuell im Klagewege wieder einzufordern. Die Klage wird demnächst eingereicht werden und hoffen die Kläger auf Erfolg, weil in einem ähnlichen Falle kürzlich eine Firma verurteilt worden ist.

Das Ende des Streiks der Omnibus-Angestellten.

Wie in einem großen Teile der gestrigen Auflage unsterblich schon kurz mitgeteilt wurde, ist der Streik der Omnibus-Angestellten in der vorgestrigen Nachversammlung der Ausständigen für beendet erklärt worden. Ursprünglich war noch geplant, zu dieser Versammlung auch die bei der Gesellschaft thätigen Arbeitswilligen einzuladen, um ihnen sachlich das Verwerfliche ihrer Handlungsweise vor Augen zu führen und sie gleichsam in letzter Stunde noch zu bewegen, mit den Streikenden gemeinsame Sache zu machen. Die Direktion hatte jedoch, wie die Streikkommission mitteilte, jenen Leuten mit Entlassung gedroht, falls sie die Versammlung besuchen würden; infolgedessen war denn auch niemand von ihnen erschienen. Vor den stark geladeten Reihen der Ausständigen wies *Werner* nun auf die Inadäquatheit einer Weiterführung des Streiks hin. Trotz guten Zusammenhalts der Streikenden und der unverkennbaren Sympathie, die ihnen seitens des Publikums entgegengebracht wurde, sei es der Direktion gelungen, genügend Streikbrecher anzuzubringen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Zugewandte Arbeitslose, Obdachlose aus den Asyls und entlassene Reservisten, alles Leute, die meistens noch gar kein Verständnis von der Bedeutung solcher Lohnkämpfe haben, hätten sich in Masse der Gesellschaft als Arbeitswillige angeboten, ohne daß es den meisten von ihnen zum Bewußtsein gekommen sein mag, wie schwer sie sich an den Streikenden vergingen. Da unter diesen Umständen auch bereits eine beträchtliche Zahl der in den Ausstand Getretenen die Arbeit wieder aufgenommen hatten, so sei auf einen Erfolg leider nicht mehr zu hoffen. — In der Diskussion rügten mehrere Streikende besonders das schmachvolle Verhalten derjenigen ihrer früheren Kollegen, die anfangs immer gelagert hätten, so wie bisher könne es unmöglich weiter gehen. Gerade diese seien es gewesen, die sich zu einem Streik geraten hätten; als aber der Streik beschlossen war, haben sie sich seine Zurückgezogenen und nicht mitgemacht, lediglich um sich bei der Gesellschaft in Günst zu setzen. Für solche Leute könne ein ehrlicher Arbeiter nur Verachtung haben. Um aber keine falsche Meinung nach außen hin aufkommen zu lassen, erklärten diese Redner unter dem allseitigen Beifall der Anwesenden: Nicht die leitenden Personen des Handels- und Verkehrsarbeiter-Verbandes hätten sich an die Omnibus-Angestellten herangedrängt und sie in den Streik „gehört“, sondern umgekehrt, die Angestellten hätten die Verbandsleitung aufgesucht und diese bezwungen, den Kampf um ihre gerechte Sache zu führen. Die Verbandsleitung könne deshalb auch nicht der geringste Vorwurf an dem Verhalten des Streiks treffen. Der negative Verlauf des Streiks sei auch keineswegs geeignet, die letzten Ausständigen nutzlos zu machen, denn was sie bei der Omnibus-Gesellschaft verloren hätten, würden sie selbst bei dem schlechtesten Arbeitgeber wiederfinden, auch anderwärts werde noch Brot gebaden. Angenommen wurde sodann folgende Resolution: „Die versammelten ausständigen Schaffner, Kutscher und Stallkute der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft er-

klären, nachdem ein Teil ihrer Kollegen die Arbeit bei der Gesellschaft wieder aufgenommen und ein anderer großer Teil bereits anderweitig Arbeit gefunden hat, den Streik hiermit für beendet. Die Versammelten sprechen allen denjenigen, die ihnen in dem ihnen aufgezwungenen gerechten Kampfe ihre Sympathie durch Nichtbenutzung der Omnibusen in hohem Maße bezeugt haben, ihren Dank aus und hoffen, daß das Publikum der Gesellschaft auch fernerhin fähig läßt, daß einem Unternehmen, welches angeblich nur durch größte Ausnutzung seiner Angestellten betriebsfähig ist, jede Ergänzungsbeschäftigung abgesprochen werden muß.“

Achtung, Schuhmacher! In der Filzschuh-Fabrik von *Jakobs, Elisabeth-Platz 5/6*, haben sämtliche *Zwicker* und *Zwickerinnen* wegen Differenzen über die Arbeitsteilung die Arbeit niedergelegt. — Zugug ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung der Schuhmacher Berlins.

Der Streik der in der *Ofenindustrie* beschäftigten *Töpfer, Hüßarbeiter, Kutscher* und *Maschinen* in *Westen i. M.* dauert unverändert fort. Die Fabrikanten scheinen es auf eine Nachtprobe ankommen zu lassen. Im Ausstand befinden sich immer noch 800 Töpfer, 800 Hüßarbeiter, 130 Kutscher und 38 Maschinenisten. Streikbrecher sind fast keine zu verzeichnen. — Die besser gelieferte Gesellschaft am Orte proklamiert den Klassenkampfstandpunkt und stellt sich in mißverständlicher Auffassung derselben auf die Seite des Fabrikanten-tums. So versuchte sich ein Lehrer bei der Firma *Lübke u. Co.* als *Maschinenist*; der Kaufmann *Johil* interessiert sich besonders für den Import von Streikbrechern. Die Herren *Lehmann* werden sicher nicht verfehlen, diesen Herren nach Beendigung des Streiks die gebührende Behandlung zu teil werden zu lassen.

Die Arbeiter, besonders auf den Bauten usw., werden gebeten, den Zugug von *Wetten* fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Kohlenarbeiter in *Hamburg*, welche, wie schon gemeldet, die Arbeit eingestellt haben, sind eine Mitgliedschaft des Verbandes der *Ofenarbeiter*, dürfen aber nicht verwechselt werden mit den *Kohlen-Schauerleuten*, die die großen *Kohlendampfer* löschen. Die *Kohlenarbeiter* sind zumeist an Land, dann auf den *Schuten* der *Floete* und der *Äster* und mit dem Füllen der *Dunker* der *Seedampfer* mit Heizmaterial beschäftigt. Sie hatten vor einiger Zeit verschiedene Forderungen an die Arbeitgeber gestellt, darunter die auf Erhöhung der *Accordhöhe* um eine *Meinigkeit* und des *Tagelohns* von 4 Mark auf 4,50 Mark. Der Vorstand des *Kohlenhändler-Vereins* verhandelte darauf mit der *Lohnkommission* und gelang zu einer Erhöhung des *Tagelohns* um 80 Pf. zu. Es wäre sicher zu einer Einigung gekommen, hätte nicht die Versammlung der *Kohlenhändler* diese Zugeständnisse wieder zurückgenommen und jede weitere Verhandlung abgelehnt. Dadurch haben sich die Arbeiter zum Streik gezwungen. Sie haben sämtliche andre Forderungen fallen lassen und verlangen jetzt nur noch die Erhöhung des *Tagelohns* auf 4,50 Mark. In den Streik eingetreten sind etwa 600 Mann. Bewilligt haben sofort 11 Geschäfte mit etwa 80 Arbeitern. Da es gerade die Zeit ist, in der man sich mit den *Winterkohlen* versorgt, ist die Lage der Arbeiter recht günstig, zumal dieselben sehr gut, nahezu vollständig, organisiert sind. — Die Firma *A. B. Heitmann*, *Berlin*, versucht Streikbrecher für *Hamburg* anzuwerben. Es wird ersucht, jeden Zugug fernzuhalten.

Ausland.

Der Ausstand der *Textilarbeiter* in *Armentières* und in *Hallonin* greift immer mehr um sich. Es streiken bereits 25 000 Arbeiter. Man befürchtet, daß sich auch die Arbeiter in *Lille* und andren *Industriestädten* dem Ausstand anschließen werden, wodurch die Zahl der Ausständigen auf mehr als 50 000 Arbeiter anwachsen würde. Ursache des Streiks ist, daß die Fabrikanten die endgültige Einführung des gesetzlichen *Zechnstundentages*, die nach dem *Willemandischen Gesetz* im April nächsten Jahres stattzufinden hat, zu einer *Lohnkürzung* ausnützen wollten. Die Arbeiter sind natürlich nicht gewillt, sich dies stillschweigend gefallen zu lassen und so kam es zu einem *Streik*, der schließlich zum Streik führte. Es scheint heinahe, als hätten die Arbeitgeber den Streik, der ja im Frühjahr unter solchen Umständen unvermeidlich war, schon jetzt *provokiert*, um die Arbeiter mit Hilfe von *Arbeitswilligen* niederzuzwingen, die jetzt ja noch viel leichter zu haben sind, als nach Durchführung des Gesetzes, das ja naturgemäß das Angebot von *Arbeitskräften* verringern muß. Gelänge der Plan, dann würde das Gesetz, das dem *Wohle* der *Arbeiter* dienen soll, ins *Gegenteil* umschlagen und das *Glück* in der *Arbeiter*schaft vermehren, deren Löhne natürlich schon heute keine übermäßigen sind. — Was jetzt ist es den *Ausständigen* gelungen, sämtliche *Fabriken* in *Armentières* und *Hallonin* zum *Stillstand* zu bringen; auch in zwei *Ororten* von *Lille*, *Voos* und *Canteler* haben sie in mehreren *Fabriken* die *Niederlegung* der *Arbeit* herbeigeführt. — Der *Befehlshaber* der *Truppen* hat sehr vernünftigerweise einen *Tagesbefehl* erlassen, worin die *Soldaten* zur *Rachsicht* und *Ueberlegung* aufgefordert werden, um *ernste Konflikte* mit den *Wührgenossen* zu vermeiden.

Aus der Frauenbewegung.

Weisensee. Der Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn *Garz*, *König-Chaussee 65*, seine Mitgliederversammlung ab. Vortrag von *Frau Dr. Zeppler* über: Die Frauen in der modernen Litteratur. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Versammlungen.

Die Genossen des zweiten Wahlkreises setzten gestern abend die Debatte über den Parteitag fort. Die Versammlung, welche in der *Bodraner* tagte, war ungemein stark besucht. Als *Bebel* den Saal betrat wurde er mit *Beifall* und *Hochrufen* begrüßt. *Bebel* als erster Redner trat der in der *Partei* und *Partei*versammlungen hervorgetretenen Meinung entgegen, daß der *Dresdener Parteitag* vorwiegend *persönliches* *Gezänk* gebracht und für die *Partei* nichts geleistet habe. Redner ist der Ansicht, daß der Parteitag in hohem Maße den Interessen der *Partei* gedient habe. Die zur *Lattil* angenommene *Resolution* habe der *Partei* eine sichere *Richtschnur* gegeben und sei geeignet, die *revisionistische* *Lattil*, die trotz aller *Ablehnungen* vorhanden sei, zu *hindern*. Die *persönlichen* *Erörterungen*, deren *Ergebnis* in *Ausficht* stehe, würden uns nicht *hindern*, *praktische* *Arbeit*, zunächst die *Agitation* zu den *preussischen* *Landtagswahlen* mit *aller* *Kraft* zu *betreiben*. (*Lebhafter* *Beifall*.) Der zweite Redner, *Werkhard*, verteidigte sich kurz gegen die in *letzter* *Zeit* in der *Presse* und *Versammlungen* gegen ihn erfolgten *Angriffe*. *Silberschmidt* befuhrwortete eine *straffere* *Organisation* der *Partei*. Am 11 Uhr nahm *Richard Fischer* das Wort. Er ist in der *Beurteilung* des *Parteitages* mit *Bebel* einverstanden. Die *heftigen* *Debatten* waren nicht nötig. Einen *Revisionismus*, wie ihn *Bebel* sehe, gebe es nicht. *Bezüglich* der *Hardenschen* *Entschlüsse* glaube Redner, esse nicht andre *Beispiele* vorliegen, den *angegriffenen* *Partei*genossen mehr wie *Harden*. Bei *Schluss* der *Redaktion* war die *Versammlung* noch nicht geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Braunschweig, 8. Oktober. (W. T. V.) Laut amtlicher Mitteilung sind in der Woche vom 27. September bis 3. Oktober im Herzogtum Braunschweig folgende Typhusfälle angemeldet worden: In Stadt Braunschweig 6 (gegen 1 in der Vorwoche), Kreis Helmstedt 3 (gegen 2), Kreis Wolfenbüttel 2 (gegen 0), Kreis Ganderheim 2 (gegen 2), Kreis Holzminden 2 (gegen 1) und Kreis Blankenburg 0 (gegen 7 in der Vorwoche).

Stimmen zum Parteitage.

In ihren Betrachtungen zum Parteitage führt die „Gleichheit“ aus, daß sie eine weniger persönliche Art der Auseinandersetzung gewünscht hätte, die Schuld trägt jedoch jene, die „weiche“ an Stelle des Versuches zur sachlichen Rechtfertigung ihrer Auffassung und Haltung den lässlichen Ueberfall gegen die Person Mehlhorns setzten.

Wir bedauern es tief, daß das gekennzeichnete Vorgehen einzelner den Parteitag zum Tummelplatz eines Thuns erwidrigte, das mit seinem Drum und Dran an die Gepflogenheiten von Kaffeekränzchen, schnüffelnden Detektivs und schlechter Komödianten erinnert. Unserm Bedauern steht jedoch ein Trost gegenüber. Was sich da spreizte, war nicht Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch der Socialdemokratie. Nur Elemente, in deren Seele der socialistische Gedanke nicht zu fruchtbarstem Leben ausgegangen ist, die der große, läuternde Hauch unsres Parteieins nicht berührt hat, nur der Socialdemokratie Wesensfremde; konnten ohne Empfindung für die Würde des Parteitages, für Verantwortlichkeit gegenüber den Massen, die in der socialistischen Bewegung mehr erbliden als ihre politische Interessenvertretung, ihre Erzieherin zu einem höheren Lebensinhalte, ihre persönliche Angelegenheit derart über die Sache der Partei stellen, wie es die Genossen Bernhardt und Heinrich Braun gethan.

Nachdem dann zur Frage der Taktik ausgeführt ist, daß die Abstimmung Klarheit gebracht habe über das Kräfteverhältnis zwischen den Anhängern der alten revolutionär-proletarischen und denen der revisionistischen Taktik und daß in der Abstimmung der Wille der erdrückenden Mehrzahl der Parteigenossen zum Ausdruck gekommen sei, heißt es:

„Dafür spricht sinnenfällig das eine. Die Debatte über die Taktik ist dem Parteitag nicht durch die Erörterungen und Wünsche einiger Theoretiker, durch die Hundstagsstimmung heißsporniger Temperamente aufgezwungen worden, sie ist aus dem Bedürfnis der Massen nach Klärung und Einheit hervorgegangen. Das aber sind sachliche Momente, die unsrer Ansicht nach weit bestimmender, bindender wirken werden als der Wortlaut der angenommenen Resolution, als der Wortlaut irgend einer noch so fein formulierten Resolution. Wir bedauern deshalb aufs lebhafteste, daß in den Auseinandersetzungen über die strittige Frage nicht mehr, weit mehr Redner zu Worte gekommen sind. Vor allem aber jene Genossen, deren Name oft nicht über den Baumkreis der Heimat hinausdringt, die aber in treuer organisatorischer und agitatorischer Kleinarbeit die wichtigsten tragenden Kräfte, die unerschütterliche Stärke unsrer Partei sind. So hoch wir die Ausführungen unsrer ersten Führer einschätzen, so wertvolles sie brachten: wir gäben gern einen Teil von ihnen für ein Dutzend Neben-„unbekannter“ Genossen hin.

Aber noch ein andres haben wir an den Verhandlungen auszuweisen. Daß die Frage der Taktik bloß im Hinblick auf die parlamentarische Aktion der Partei erörtert wurde, nicht aber auch im Zusammenhang mit ihrer wesentlichsten subjektiven Vorbedingung: der Erweckung und Erziehung des proletarischen, des revolutionären Klassenbewußtseins der werthbärgigen Massen. Uns bedünkt, daß in dieser Beziehung das rauche und gewaltige Anschwellen der Socialdemokratie zur Dreimillionenpartei und wenn auch nicht neue, so doch gewachsene und dringende Aufgaben stellt, zu deren Lösung die Mittel und Wege überprüft werden sollten. Der Ausdehnung des socialistischen Gedankens in die Breite muß seine Vertiefung und Befestigung entsprechen. Nur dadurch schaffen wir sichere Bürgschaft für eine Taktik, welche unbeschadet von Veränderungen im einzelnen ihrem ganzen Wesen nach der praktische Ausdruck unsrer grundsätzlichen Auffassung der geschichtlichen Entwicklung bleibt. Es gilt der Tendenz entgegenzuwirken — sie wird durch unsre politischen Verhältnisse, in erster Linie durch den Kampf zur Abwehr der bössartigen Reaktion ausgelöst —, die socialistische Bewegung zur einseitigen politischen Bewegung und diese wiederum ihrerseits zur engen parlamentarischen Aktion zusammenschürmpfen zu machen. Es gilt den Socialismus als eine festgeschlossene, einheitliche Lebens- und Weltanschauung im Bewußtsein der Massen und jedes einzelnen zur schöpferischen Entfaltung zu bringen. Wir begrüßen es gewiß freudig, daß der Parteitag die Parole gegeben: Vorwärts zur politischen Arbeit, zum politischen Kampfe auf Grund der allen siegesgesicherten Taktik! Wir hätten jedoch gewünscht, daß sie durch die Lösung ergänzt worden wäre: Vorwärts zur Erziehung der Massen, vorwärts zur Selbsterziehung durch den Socialismus und für den Socialismus in der Organisation, in der Werkstatt, in der Familie! Gerade das Um und Auf der Beratungen des Parteitages ist unsrer Meinung nach ein Beweis dafür, daß diese Lösung Rot thut.“

In verschiedenen Parteiblättern finden sich noch Betrachtungen, die an das Nachspiel zum Parteitage anknüpfen und die zum Teil nicht minder stark persönlich sind, wie die fortbauenden Auseinandersetzungen, gegen die sie sich wenden. So wird in der „Mainzer Volkszeitung“ gesagt:

„Die Jubel, Stadthagen, Adoff Hoffmann und andre haben es offen ausgesprochen, daß sie einzelnen Genossen den Stuhl vor die Thüre setzen wollen und der ganze radikale Genosse Meister hat in einer Versammlung in Hannover erklärt, daß er es gern sehen würde, wenn gewisse Leute die Thür von draußen schließen würden. Diese Genossen haben nur ausgesprochen, was eine ganze Reihe anderer radikaler Genossen gedacht hat. Die letzteren haben nur nicht den Mut gehabt, offen zu sagen, was sie denken. Wir meinen, daß den Leuten, nachdem sie auch nach Schluß des Parteitages ihr parteischädigendes Treiben fortsetzen, einmal energisch die Wahrheit gesagt werden muß. Wir wollen niemand ausgegeschlossen wissen, im Gegenteil, wir freuen uns über jeden, der Schulter an Schulter mit uns für socialistische Ideale kämpft. Aber was zu viel ist, ist zu viel. Kein Genosse, der sich „radikal“ nennt, hat deshalb einen Freibrief, in persönlichen, perfiden Angriffen gegen sogenannte revisionistische Genossen vom Leber zu ziehen. Und das ist geschehen gegen die Genossen Braun, Göhre, Braun und Heime, die dabei die höchsten Vertrauensstellen bekleiden, die die Partei zu vergeben hat.“

Stadthagen wird in dem Blatte aufgefordert zu gehen, wenn er mit Braun nicht in der Fraktion zusammenhängen möge.

Der „Volksfreund“ in Karlsruhe veröffentlicht einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem es heißt:

„Keinem der vielangekündigten „Revisionisten“ konnte eine Principienverletzung nachgewiesen werden. In der Praxis arbeiteten wir alle so einträchtig zusammen, wie je zuvor. Am 16. Juni haben wir einen Wahlkampf ausgefochten, wie er glänzender von keiner Partei und von keinem Proletariat der Welt jemals geführt wurde. Wie ein eherner Fels standen wir da; geschlossen wie ein Mann traten wir dem Feind gegenüber. Ein herrlicher Sieg war die Frucht unsrer Mühen und Opfer. Und nun dieses Schauspiel des Jammers! Die Gespensterfurcht, der Eigensinn und das überspannte Selbstbewußtsein einzelner Führer haben es nach einem solchen Sieg dahin gebracht, daß in unsren Reihen der Bruderzwist ausgebrochen ist. Und mit jedem Tage wird's jetzt ärger! In unsrem Centralorgan wimmelt es täglich von Erklärungen, in welchen die angesehensten Führer unsrer Partei sich gegenseitig herunterreißen und verächtlichen.“

Genossen! Nun ist die Reihe an Euch! Ihr seid zwar Mitschuldige, denn nur durch den Personenkultus, durch die Hyazintheerei gegenüber den Führern konnte es so weit kommen. Thut jetzt Eure Pflicht, es ist allerhöchste Zeit. Ruft den Führern zu: Bis hierher und nicht weiter!

Arbeiter! Genossen! Jetzt gilt es zu zeigen, daß man es ehrlich mit der Partei meint. Doch die Fahne, um die wir uns immer scharten, wenn es gegen den Feind ging!

Diesmal gilt's, die Führer auf ihre Posten zu rufen. Nur jetzt nicht zaghaft, nicht verdrücklich sein. Weg mit allem Personenkultus,

der bei und nicht schöner ist wie bei unsren Gegnern und auch nicht weniger gefährlich!

Im „Anhalter Volksblatt“ sucht Pons die Ursache der häßlichen Streitigkeiten in Eigenschaften, die leider sehr vielen Schriftstellern, besonders aber denen, die an hervorragender Stelle „glänzen“, anhaften: sie sind vielfach eitel bis zur Selbsterblendung, erschreckt auf das Ansehen und die Geltung von Berufskollegen, wie nur je eine Frau auf die Schönheit einer andern. Mit der Sucht nach Geldverdienst verbindet sich bei ihnen eine Herrschsucht, ein Streben nach Ausübung persönlicher Einflusses, das die Sachlichkeit, das reine Streben für die Sache nur zu leicht erstickt. Es geht den Schriftstellern, besonders denen, die in Claqueen zusammenleben, ganz ähnlich wie den Schauspielern, unter denen belammtlich auch keiner dem andern einen Erfolg gönnt. Es ist wahrhaft beschämend und niederdrückend, was für kleinliche Seelen und häßliche Charaktere insolge dieses persönlichen Streites um den größten Einfluß aus Räumern werden, die berufen sind, im Kampfe der Menschheit für eine höhere Kultur, für die größten und erhabensten Grundsätze einzutreten.“

In der „Leipziger Volkszeitung“ finden wir einen aus der „Allenburg Volkszeitung“ übernommenen, —ok— gekennzeichneten Artikel, in dem gesagt wird, daß Heinrich Braun sofort fliegen müßte und daß Bernhardt das Schiedsgericht vertweigert werden müßte.

In demselben Blatte wird eine A. S. gezeichnete Zuschrift abgedruckt von einem Mitgliede der socialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der es heißt:

„Die Intimen Hardens, einflussreiche Parteigenossen, die durch das unerschütterliche Vertrauen der Arbeiter an die Spitze der Bewegung gestellt, denen man zur Wahrung ihrer vitalen Interessen die höchsten Ehrenämter übertrug, haben es mit ihrer Partei-Ehre vereinbaren können, die Partei dem Gespött und Gezeiß der bürgerlichen Welt zu überliefern, haben den Parteitag, die höchste und heiligste Instanz der Partei, auf das schamloseste mißbraucht. Der Parteitag ist belogen worden!

Werden die Intimen hieraus die Konsequenzen ziehen?“

Im „Stettiner Volksboten“ werden „Hardens neueste Entfaltungen“ besprochen und darin der Standpunkt vertreten, daß sie gar nichts Unerhörtes bedeuten. Aus dem Verkehr mit Hardens sei niemand ein Wortwurf zu machen und die von Hardens über Heime und Braun mitgetheilten Dinge seien für diese durchaus nicht ehrenrührig.

Gegenüber der Darstellung Hardens, daß er von den socialdemokratischen Teilnehmer der „Donnerstags-Gesellschaft“ bei Volkmar unwohl und mit Bewunderung bewirkt worden sei, veröffentlicht W. Bloß im „Hamburger Echo“ eine Erklärung, daß er als Teilnehmer an diesen Gesellschaften den Hardens nie unwohl und mit Bewunderung bewirkt, auch nie Gefälligkeiten von ihm erbittet habe.

Aus den Parteiversammlungen ist zu berichten: Die Genossen in Gera nahmen folgende Resolution an:

„Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den auf dem Parteitag in Dresden gefaßten Beschlüssen einverstanden und begrüßt es mit Freuden, daß der Parteitag mit erdrückender Mehrheit die revisionistischen Bestrebungen abgewiesen und beschlossen hat, an der bisherigen bewährten Taktik festzuhalten. Die Parteiversammlung fordert die Erlebigung persönlicher Anklagen außerhalb der Parteitage durch die Instanzen der Partei und eine Klarstellung der von Hardens gegen Heime, Göhre, Braun und Bernhardt erhobenen Anklagen durch die Parteiorgane und erwartet, daß die letzteren energisch diejenigen Konsequenzen herbeiführen werden, die sich aus der Sache ergeben.“

Die in Lüneburg beschlossene Resolution lautet:

„Die Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie hofft, daß die energische Willensäußerung des Parteitages, an unsrer bewährten Taktik festhalten zu wollen, dazu beitragen wird, alle Versuche fernzuhalten, die Einheit der Partei zu stören. Sie erwartet ferner, daß nach den unliebsamen, aber notwendigen Auseinandersetzungen auf dem Parteitage für die nächsten Parteitage der Boden gewonnen ist, um die so notwendigen praktischen Arbeiten für die Interessen des Proletariats erspriehlich fördern zu können.“

In Halberstadt wurde beschlossen:

„Die Parteiversammlung bedauert, daß auf dem Parteitage zu Dresden die persönlichen Auseinandersetzungen der nützlichen Arbeit zu viel Zeit geraubt haben; und daß die Führer sich nicht auf der Höhe der Situation befunden haben, die durch den Dreimillionensieg des 16. Juni geschaffen worden war. Sie erwartet von dem Parteivorstande, daß er Mittel und Wege zu finden wissen wird, die der unwürdigen Beschimpfung von Reichstags-Abgeordneten untereinander, wie sie noch nach dem Dresdener Parteitag in Versammlungen und Zeitungen fortgesetzt werden, endlich ein Ende machen.“

In Wittenberge berichtete E. Fischer-Berlin VI. folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heutige öffentliche Parteiversammlung in der Centralhalle erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Rebel auf dem Parteitage gegenüber dem Revisionismus und der Vicepräsidenten-Stelle vollkommen einverstanden. Sie verwirft auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen in der Partei, sie erklärt sich mit den Ausführungen des des Referenten einverstanden und hofft, daß die Partei nicht von ihrer selbstbewährten Praxis abweichen werde.“

Die Parteiversammlung des Wahlkreises Strahburg-Land nahm nach längerer Diskussion folgende Resolution an: Die am 8. Oktober in Schillingheim tagende Parteiversammlung des Wahlkreises Strahburg-Land begrüßt die auf dem Parteitag in Dresden endgültig erfolgte Feststellung der Thatsache, daß sogenannte „revisionistische“ Bestrebungen, wie sie durch die Resolution Bebel-Kautsky-Singer verurteilt werden, innerhalb der Partei nicht bestehen. Sie hofft zuversichtlich, daß nunmehr diese Frage von den Debatten unsrer Parteitage verschwindet, und von allen Parteigenossen mit erneutem Eifer an der Erfüllung derjenigen Aufgaben mitgewirkt wird, die der Befreiungskampf des Proletariats stellt.

Die Parteiversammlung bedauert, daß auf dem Parteitag viel kostbare Zeit mit persönlichen Streitereien hingebracht wurde, erwartet aber, daß die auf einzelnen Parteigenossen lastenden Verdachtsmomente von den zuständigen Instanzen aufs gründlichste geprüft und eventuell alle im Interesse der Partei erforderlichen Konsequenzen gezogen werden. Sollten die auf dem Parteitage stattgehabten persönlichen Debatten einen Meinungsprozeß zur Folge haben, der für eine günstige Partei-Entwicklung unentbehrlich wäre, so hält die Parteiversammlung die auf dem Parteitage für andre Arbeiten verloren gegangene Zeit für nicht zu teuer erlanzt.

In der Versammlung in Vegesack vertrat der Delegierte des 18. hannoverschen Kreises, Ebert-Wremen, in der Mitarbeiterfrage den Standpunkt des Parteivorstandes. In der Frage der Taktik hielt er die heftigen und weitgehenden Auseinandersetzungen nicht für nötig. In der persönlichen Verthätigung dürfe man keinen Revisionismus erblicken. Diskussion fand nicht statt und Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Im socialdemokratischen Verein in B e i g führte der Delegierte Leopoldi aus, daß er gewünscht hätte, der Parteivorstand hätte die Genossen, die an bürgerlichen Blättern arbeiteten, erst einmal vorgenommen, ehe die Aktion in der Öffentlichkeit gemacht wurde. Auch die Debatte über den Revisionismus wäre nicht nötig gewesen, die Annahme einer Resolution hätte genügt. In der Debatte stimmten sämtliche Redner dem Referenten zu. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Einsverständniserklärung mit den Beschlüssen des Parteitages ist zu entnehmen aus den Berichten über die Versammlungen in Großenhain, Löbau, Reigersdorf und Raguhn.

In einer Reihe von Partei-Orten konnten die Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt werden. Wir werden erst dann über sie berichten, wenn sie zu Ende sind.

In der Sonntagsnummer ist aus Versehen die in Hannover beschlossene Resolution als in Braunschweig angenommen bezeichnet worden. Aus dem Umstande, daß Meister als der Antragsteller bezeichnet ist, dürften die Leser wohl ersehen haben, daß es sich um Hannover und nicht um Braunschweig handelt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste!

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Gewerkschaften! Vereine! etc. Der Ausschuss zur Veranstaltung von Volksaufführungen veranstaltet am Freitag, den 9. Oktober 1903, in der Philharmonie, Bernburgerstr. 22/23, sein 51. Konzert, zu welchem Billets a 40 Pf. mit der Aufschrift „Nur für Arbeiter!“ ausgegeben werden.

Da hierdurch die Arbeiterschaft in den Glauben versetzt werden kann, daß die Philharmonie jetzt frei sei, so teilen wir hierdurch mit, daß obiges Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. nicht zur Verfügung steht, und eruchen, das Konzert nicht zu besuchen und die angebotenen Billets zurückzuweisen.

Der Ortsverein Berliner Straßenreiniger (Kirch-Dumder) feiert in diesem Jahre sein Stiftungsfest am Sonntag, den 11. Oktober 1903, in den Concordia-Kesseln, Andreasstr. 64, welches Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. nicht zur Verfügung steht.

Da größtenteils die Billets in Arbeiterkreisen abgesetzt werden, so nehmen wir selbstverständlich an, daß man die angebotenen Billets zurückweist und das Vergnügen streng meidet. Die Lokalkommission.

Bierter Wahlkreis, Südost. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet bei Graumann, Raunynstraße 27, eine öffentliche Urwähler-Versammlung statt.

Rixdorf. Die Urwählerlisten für unsren Ort liegen drei Tage lang am Freitag, den 9. Oktober d. J., am Sonntag, den 10. Oktober d. J. von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr und am Sonntag, den 11. Oktober d. J., von mittags 12 Uhr bis nachmittags 5 Uhr in der Turnhalle Erlstraße 26/28 — Eingang zwischen dem Schulhause und dem Feuerwehrgebäude — öffentlich zur Einsicht aus.

Die Genossen werden ersucht, sich zu vergewissern, ob sie in die Listen eingetragen sind.

In Wilmersdorf liegen heute die Urwählerlisten zu den Landtagswahlen zuletzt im Rathause, Brandenburgischestr. 2, Zimmer 25 aus. Die Listen sind in den Stunden von 9 bis 1 Uhr vormittags und 4—7 Uhr nachmittags einzusehen. Versäume keiner seine Pflicht.

Stralsund. Heute liegt die Wählerliste zu den Landtagswahlen zuletzt im Gemeindebureau aus. Parteigenossen, seht die Listen nach.

Pankow. In letzter Stunde wird bekannt gemacht, daß die Listen in unsrem Ort auch am 5., 6. und 7. d. M. ausliegen, also heute nur noch einzusehen sind. Genossen, benutz die einzige Gelegenheit. Die Listen sind einzusehen von 8—3 Uhr.

Dalldorf. Bei den kommenden Landtagswahlen wird Dalldorf in folgende drei Bezirke eingeteilt: Parkigwalde, Iren-Anstalt, alte Dorf- und die Mittelstraße. Die Wählerliste liegt heute zuletzt aus. Es ist Pflicht der Parteigenossen, die Liste nachzusehen.

Weidmannsdorf. Die Urwählerlisten für die Landtagswahl liegen heute noch im Gemeindebureau in Lübars öffentlich zur Einsichtnahme aus. Pflicht eines jeden ist es, sich zu überzeugen, ob er eingetragen ist.

Spandau! Achtung, Landtagswähler! Die Urwählerlisten zu der bevorstehenden Abgeordnetenwahl liegen heute, morgen und übermorgen täglich in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 8 bis 6 Uhr nachmittags im Stadthause, Potsdamerstraße 14, 1 Treppe, Zimmer 29, zu jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Listen müssen innerhalb dieser Auslegungsfrist schriftlich oder mündlich bei dem Magistrat angebracht werden!

Parteigenossen! Niemand versäume, die Wählerliste einzusehen; wer dies aus Mangel an Zeit nicht selbst thun kann, der übertrage die Listeneinsicht einem der in dem Flugblatt am Sonntag bekannt gemachten Genossen!

Brix. Am 8. Oktober ist die Generalversammlung des Wahlkreises bei Kloss, Chausseestr. 58/59. Auf der Tagesordnung steht Bericht und Neuwahl des Vorstandes.

Lokales.

Ein Epilog zur Wagner-Feier.

Die prunkvollen Wagner-Feste mit ihrer zahlungskräftigen Begleitung sind zu Ende. Die Militärcapellen, die bei den Veranstaltungen des Herrn Reichner mitwirkten, spielen wieder in Lokalitäten auf, und auch der Herr Kommerzienrat geht wieder seinen Alltagsgeschäften nach. Es ist mühselig, alle Tage nach Orden anzulaufen! Der Schluß der von der Schützenstraße aus dirigierten Meißeltage soll ja übrigens mit dem Unglück des vorhergegangenen Programms gar nicht harmonisiert haben: Eine vortreffliche Ausführung der unergleichlich schönen „Meisterfinger“ in neuer würdiger Ausstattung. Allerdings auch nur für den großen Geldbeutel.

Jetzt, wo wieder Ruhe herrscht, kann am Ende auch Wagner selber zum Worte kommen. Wie alle großen Dichter, war auch er Prophet; und schon in der Zeit frühen männlichen Daseins hat er deutlich den heutigen Trubel im Geiste geseht. Ja, er sah noch viel weiter...

Bald nach den Dresdener Waiagen, die auch ihn, den Varrickendämpfer, ins Exil führten, verlinbete er seine Offenbarung „Die Kunst und die Revolution“. Es ist ein kleines Büchlein, dessen man sich heute nicht gern erinnert. Aber das Bild des Meisters erschiene skizziert, wenn nicht diese Striche hinzukämen. Richard Wagner schrieb im Jahre 1849 über das Geschlecht seiner fünfzigsten Denkmalschifter:

„Wir sehen, daß die Kunst, statt sich von immerhin respektablen Herren, wie die geistige Kirche und geistreiche Fürsten es waren, zu befreien, einer viel schlimmeren Herrin mit Haut und Haar sich verlaufte: der Industrie.“

... (Mercurius) dieser verachtete Gott, rächte sich aber an den hochmütigen Admern und warf sich statt ihrer zum Herrn der Welt aus; denn könnest sein Haupt mit dem Heiligenscheine christlicher Beweise, schmückt seine Brust mit den feuerlosen Abzeichen abgestorbener feudalistischer Ritterorden, so hab' ihr ihn, den Gott der modernen Welt, den heilig-hochadeligen Gott der fünf Prozent, den Gebieter und Bestürmer unsrer heutigen — Kunst...“

Das ist die Kunst, wie sie jetzt die ganze civilisierte Welt erfüllt! Ihr wirkliches Wesen ist die Industrie, ihr moralischer Zweck der Gelderwerb, ihr ästhetisches Vorgeben die Unterhaltung der Belangwilligen.

Ihren Lieblingsort hat sie im Theater aufgeschlagen, gerade wie die griechische Kunst zu ihrer Blütezeit, und sie hat ein Recht auf das Theater, weil sie der Ausdruck des gültigen öffentlichen Lebens unserer Gegenwart ist. Unfer moderne theatralische Kunst verfinstert den herrschenden Geist unseres öffentlichen Lebens, sie drückt ihn in einer alltäglichen Verbreitung aus wie nie eine andere Kunst, denn sie bereitet ihre Feste Abend für Abend fast in jeder Stadt Europas. Somit bezeichnet sie, als ungemein verbreitete dramatische Kunst, dem Anschein nach die Wille unserer Kultur, wie die griechische Tragödie den Höhepunkt des griechischen Geistes bezeichnete; aber diese ist die Wille der Fäulnis einer hohen, seelenlosen, naturwidrigen Ordnung der menschlichen Dinge und Verhältnisse.

In den weiten Räumen des griechischen Amphitheaters wohnte das ganze griechische Volk den Vorstellungen bei, in unsern vornehmen Theatern schaukeln nur der vermögende Teil desselben. Seine Kunstwerkzeuge zog der Grieche aus den Ergebnissen höchster gemeinschaftlicher Bildung, wie aus denen tiefer sozialer Barbarei.

Kein billig Denkender wird verkennen, daß Richard Wagner in seinem Porträt das Geschlecht der Zeichner sprechend ähnlich getroffen hat. Er schildert Kunst, Künstler und Kunstnämchen, wie sie in der kapitalistischen Gesellschaft aussehen, aussehen müssen; und daß er in diesem Spiegel auch den Tragen seiner kapitalistischen Verehrer nicht schmückend, ist hart, aber gerecht. Doch hinweg von diesen Tragen. Wagner hat im Geiste nicht nur die Gegenwart gesehen, sondern auch die leuchtende Zukunft. Als Sozialist zeigt er uns zunächst die Wandlung und dann das allbeachtende Walten der Kunst in der kommenden, sozialistischen Gesellschaft:

Zur Zeit ihrer Blüte war die Kunst bei den Griechen konservativ, weil sie dem öffentlichen Bewußtsein als ein gültiger und entsprechender Ausdruck vorhanden war; bei uns ist die echte Kunst revolutionär, weil sie nur im Gegensatz zur gültigen Allgemeinheit existiert.

Nur die große Menschheitsrevolution, deren Beginn die griechische Tragödie einst zermurmerte, kann auch dies Kunstwerk und gewinnen, denn nur die Revolution kann aus ihrem tiefsten Grunde das von neuem und schöner, edler, allgemeiner gebären, was sie dem konservativen Geiste einer früheren Periode schöner — aber beschränkter Bildung entlich und verschlang.

Aus dem entehrenden Sklavenjoch des allgemeinen Handwerkerturns mit seiner bleichen Geldseele wollen wir uns zum freien künstlerischen Menschentum mit seiner strahlenden Weltseele aufschwingen; aus mühsam beladenen Tagelöhnern der Industrie wollen wir alle zu schönen, starken Menschen werden, denen die Welt gehörte als ein ewig unterlegbarer Quell höchsten künstlerischen Gemüths.

Was uns als der Zweck des Lebens erscheint, dafür erziehen wir unsre Kinder. In Krieg und Jagd war der Germane, zu Entschlossenheit und Demut der aufrichtige Christ, zum industriellen Erwerbe, selbst durch Kunst und Wissenschaft, wird der moderne Staatsunterthan erzogen. Ist unsern künftigen freien Menschen der Gewinn des Lebensunterhaltes nicht mehr der Zweck des Lebens, sondern ist durch einen thätig gewordenen neuen Glauben, oder besser: Wissen, der Gewinn des Lebensunterhaltes gegen eine ihm entsprechende natürliche Thätigkeit und außer allem Zweifel gesetzt, kurz — ist die Industrie nicht mehr unsre Herrin, sondern unsre Dienerin, so werden wir den Zweck des Lebens in die Freude am Leben setzen und zu dem wirklichen Genuße dieser Freude unsre Kinder durch Erziehung fähig und thätig zu machen streben! Die Erziehung, von der Übung der Kraft, von der Pflege der körperlichen Schönheit ausgehend, wird schon aus ungehörter Liebe zu dem Kinde und aus Freude am Gedeihen seiner Schönheit eine rein künstlerische werden und jeder Mensch wird in irgend einem Bezuge in Wahrheit Künstler sein. Die Verschönerung der natürlichen Reigungen wird die mannigfachen Künste und in ihnen die mannigfachen Richtungen zu einem ungeahnten Reichtum ausbilden; und wie das Wissen aller Menschen endlich in dem einen thätigen Wissen des freien, einzigen Menschentums seinen religiösen Ausdruck finden wird, so werden alle diese reich entwickelten Künste ihre verständnisreichsten Vereinigungspunkte im Drama, in der herrlichen Menschheitstragödie finden. Die Tragödien werden die Feste der Menschheit sein, in ihnen wird, losgelöst von jeder Konvention und Etikette, der freie, starke und schöne Mensch die Sonnen und Schmerzen seiner Liebe feiern, würdig und erhoben das große Liebesopfer seines Todes vollziehen!

Das ist Richard Wagner in seinen eignen Worten. Dieser sozialistische Phantast und Unsätzler verdient, daß die heutige Gesellschaft ihn durch ein bössartiges Marmorstandbild und durch vierhundert Militärmusiker abschrafte. Ein Mittel bleibt aber, wie ein sonst gewiegter Geschäftsmann zu dem falschen Kalkül gelangen konnte, daß ein Richard Wagner das geeignete Objekt für Ordensergatterung sei. Der Herr möge zu diesem Zweck Wilhelm-Denkmal und Kirchenfenster stiften.

201 Kilometer in der Stunde. Die elektrischen Schnellfahrten des Siemens-Wagens, welche am Dienstag auf der Militärbahn-Strecke Marienfelde-Rosien stattfinden sollten, hatten ein zahlreiches Publikum und viele Zuschauer in Civil und Uniform angezogen; war es doch bekannt geworden, daß es heute galt, das Ziel zu nehmen, d. h. die Fahrgewindigkeit auf 200 Kilometer pro Stunde zu steigern! Die vom Potsdamer Ringbahnsteig abgehenden Frühzüge waren voll besetzt; auf Station „Papestrafe“ füllten sich die Abteile zweiter Klasse mit Offizieren der Ingenieurtruppen. Ein Teil der Fahrgäste verließ schon in Marienfelde den Zug, um der Abfahrt des Siemens-Wagens beizuwohnen oder gar — mitzufahren (diesem Vorzug genießen bekanntlich nur sehr wenige Leute, Beamte der Staatsbahnen oder der Studiengesellschaft, deren Leben und Gesundheit hoch verachtet ist, ein anderer anderer Teil fuhr bis Vichtenade, Mahlow oder Dahlwitz — die letzteren hatten jedwedes das bessere Ziel erwählt, denn bei Dahlwitz hat man den besten Ueberblick über die Bahnschleife und hier entfallen die Versuchsmotoren gerade ihre höchste Geschwindigkeit. Die Leiter der Militärbahn, Oberstleutnant v. Böhm und Major Friedrich, trafen in Marienfelde mittels des sogenannten Revisionszuges ein, der nur aus Lokomotive und einem Personenwagen besteht. Es waren ferner erschienen der Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes, Birell, Gef. Rat Dr. Schulz, die Geheimräthe Raisani, Bohner, Zimmermann und v. Borries, Reg.-Rathminister Dunninghoff u. a., von der Firma Siemens u. Halske der Direktor Dr. Berliner, die Ober-Ingenieure, Dr. ing. Reichel, Frischmuth, Schnhart und einige Ingenieure, welche die Beobachtungen im Motorwagen anstellen. Der letztere selbst wurde wieder von Herrn Dr. Reichel persönlich geführt. Bei einer Stromspannung von 14 000 Volt gelang es nun heute thatsächlich, eine Fahrgewindigkeit von 201 Kilometer pro Stunde zu erreichen. Wie nach allen Erfolgen der vorhergehenden Woche erwartet werden durfte, hat sich auch bei dieser denkwürdigen Fahrt die gesamte elektrische Einrichtung des Siemens-Wagens trotz der enormen Beanspruchungen, die das Anfahren auf der verhältnismäßig kurzen Strecke bedingt, durchaus gut bewährt, ebenso tadellos arbeitete die Fahrleitung, welche die Firma Siemens u. Halske auf Grundlage früher unternommener Versuchsfahrten eingerichtet hat. Die 23 Kilometer lange Strecke Marienfelde-Rosien wurde wiederholt in dem kurzen Zeitraum von acht Minuten (einschließlich Anfahren und Bremsen) durchfahren und die erwähnte höchste Geschwindigkeit auf der Strecke Mahlow-Dahlwitz-Rangsdorf, welche in anderthalb Minuten durchfahren ward, in einer Länge von circa 5 Kilometer erreicht. Mit der erzielten Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 175 Kilometer pro Stunde würde man die Eisenbahnfahrt

von Berlin nach Köln (577 Kilometer) in circa 3 1/2 Stunden zurücklegen können, während die schnellsten Züge jetzt 8 Stunden fahren. Allgemeine Anerkennung fand auch der vom Minister Budge zur Verfügung gestellte neue Oberbau, der, wie die Untersuchungen ergaben, trotz der hohen Fahrgewindigkeit Stand gehalten und auch die Gewähr künftiger Betriebssicherheit in ausreichendem Maße bietet.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagabend 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorschläge des Ausschusses für Petitionen. — Wahl eines Mitgliedes in die Deputation für die Markthallen mittels Stimmzettel. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob und welche rechtliche Vorschriften bestehen, wonach der Polizeipräsident von Berlin in der Lage ist, den Leitern städtischer Schulen Anweisungen über den Ausfall des Unterrichts zu erteilen. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend den Verkauf einer an der Stralauer Allee belegenen Gumparzel, — die Anlage eines Parks im Norden Berlins und den Erwerb der dazu erforderlichen Grundstücke und die Einbeziehung städtischen Grundbesitzes in das beabsichtigte Umlegungsverfahren der zwischen der Grenzallee und der Kammer Kreischauffee in der Gemarkung Altdorf belegenen Ländereien. Vorlagen betreffend die Reglements für die Fürsorge-Erziehung, die Vermietung von Geschäftsräumen im Hause Königsstr. 7 unter der Minimalrate und die Nachweisung der der öffentlichen Beleuchtung dienenden Flammen, sowie des Umfangs der Gaserzeugung und des Gasverbrauches während des Vierteljahres April-Juni 1903. Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, den Beginn der Urwahlen für den Landtag auf nachmittags 5 Uhr festzusetzen. — Vorlagen betreffend die Anwendung der durch das Staatsgesetz vom 15. April dieses Jahres festgesetzten erhöhten Durchschnittssätze des Wohnungsgeldzuschusses bei Berechnung der Pensionen und Hinterbliebenenbezüge für die Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen höheren Lehranstalten und höheren Mädchenschulen für die Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 1. April 1903, — einen Mieterschutz für den Katscheler, — den Jahresabschluss der Hauptstiftungsliste für das Etatsjahr 1902, — die Festsetzung des Etats für die Subventionsklasse für das Etatsjahr 1904, — die Bewilligung der Mittel zur Beschaffung des Inventars für die Konfektionsabteilung der städtischen höheren Lehrschule, — den Antrag zum Specialetat Nr. 23 für 1903 (Schulhospital für Männer auf dem gemieteten Grundstück zu Reinickendorf, Verlinstr. 129), — die Teilung der Bezirke der 78a., 87a. und 89a. Schul-Kommission, sowie der 133. und 188. Armen-Kommission.

Einem Kuffchen erregenden Selbstmordversuch verübte gestern nachmittags die 24 Jahre alte Roman-Schriftstellerin Anna S. Das junge Mädchen, welches in Schöneberg wohnt, unterhielt mit einem in der Kaiser Friedrichstraße anlässigen Bäckermeister ein Liebesverhältnis. In der letzten Zeit kam es, wie es heißt, durch die Schuld der S. öfters zu erregten Austritten, die dazu führten, daß der Bäckermeister sich zurückzog und die Verbindung zu lösen suchte. Wiederholt drohte Fräulein S., sich an ihrem Geliebten rächen und sich dann töten zu wollen. Gestern nachmittags begab sich die Schriftstellerin nach der Kaiser Friedrichstraße, um dem Bäckermeister hier aufzulauern. Nachdem sie etwa eine Stunde vergeblich gewartet, begab sie sich vor den Eingang des Ladens und trank aus einem Kaffchen, welches sie schon längere Zeit in der Hand gehalten hatte. Wenige Sekunden später brach die Bauernschwärze bewußlos zusammen. Auf der Installation in der Bahnhofsstraße, wohin Fräulein S. gebracht wurde, stellte der anwesende Arzt eine Kyal-Vergiftung fest. Nach Anwendung geeigneter Gegenmittel wurde die Unglückliche nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo sie schwer, jedoch nicht lebensgefährlich erkrankt daniederliegt.

Ein eigenartiger Straßenbahn-Unfall veranlaßte Montagabend die Alarmierung der Feuerwehre. Der Fährer Friedrich Reide, Gerichtstraße 26 wohnhaft, krenzte eine Hofbahn auf dem Rücken tragend, vor dem Hause Gerichtstraße 64 den Strohkamm, kurz vor dem in voller Fahrt herankommenden Straßenbahnwagen 1005 der Linie 3, Richtung R. Der Wagenführer, welcher die Gefahr rechtzeitig erlenkend, mit aller Gewalt bremsen, konnte jedoch nicht verhindern, daß R. von dem Motorwagen angefahren wurde und so unglücklich unter den Vorderpetron zu liegen kam, daß seine Befreiung nur mit größter Anstrengung möglich war. Die inzwischen herbeigerufenen Feuerwehre brauchte jedoch nicht mehr in Aktion zu treten. Der Verunglückte, welcher eine schwere Rückenverletzung sowie eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. Sein Zustand gilt als besorgnis-erregend.

Durch einen Sturz vom Bau verunglückte am Montagnachmittag der 35 Jahre alte Zimmermann August Rauguth aus der Wiesenstraße 39 auf einem Grundstück in der Holländerstraße zu Reinickendorf. Beim Ballenlegen im zweiten Stock stürzte er, wahrscheinlich infolge eines Fehltritts, in die Tiefe, zog sich einen Schädelbruch zu und wurde vom Bauherrn bewußlos mit einer Droschke nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht. Von dort mußte er mit einem kufischen Rettungswagen dem Lazaruskrankenhause zugeführt werden.

Seinen Umzug in die neue Kaserne vollzog gestern vormittags das Füsilierbataillon des Alexander-Regiments unter großen Feierlichkeiten. Unter dem Befehle seines Kommandeurs, Majors v. Uthmann trat das Bataillon mit fliegender Fahne auf dem Hofe der Kaserne an der Alexandrinenstraße, in der es seit 1897 lag, in Linie an. Der Oberst der Alexander, v. Schand, hielt eine Ansprache, die in einem dreimaligen Curra auf den Kaiser ausklang. Dann spielte die Regimentsmusik das „Ruf i denn zum Städtle hinaus“ und das Bataillon zog um 10 Uhr zum Thore des alten Heims hinaus nach der neuen Kaserne in der Alexanderstraße.

Die erste städtische Handwerkerschule veranstaltet auch chemische Kurse verbunden mit praktischen Übungen im Laboratorium in „Gewerblicher Chemie“ (anorganische Chemie, Fellechemie, Photographie). Es ist anzuraten, sich möglichst bald für den am 13. Oktober beginnenden Kursus anzumelden, da der Zuspruch ein erheblicher sein dürfte. Anmeldungen werden entgegen genommen vom 8. bis 10. Oktober von 6—8 Uhr abends im Schulhause Lindenstr. 97/98.

Das Berliner Verkehrslexikon (Verlag von Max Schönböcker, 30 Pf.) ist soeben erschienen. Dieses handliche Taschenbuch enthält eine erstaunliche Fülle von Nachrichten über die gesamten öffentlichen Einrichtungen und den Verkehr in Berlin. Ganz besonders übersichtlich ist der Berliner Eisenbahnverkehr behandelt.

Im Passage-Theater tritt jetzt eine Dome auf, die wehmütig an die Vergänglichkeit alles Irdischen mahnt. Nicht etwa durch ihre Gestalt. Denn Olga Wohlbrück ist noch dieselbe, die sie vor vier Jahren war, als sie unter Herrn v. Wolzogens Regiment überbrettelte. Aber ihre Kunst stimmt melancholisch. Wie einst im Rai der damals neuen Richtung singt sie etwas, das sie jetzt Spott- und Geißelworte nennt, das aber seinem Wesen nach sich auf den jetzt längst ausgefahrenen Geleise bewegt. Man zog aus, den Himmel zu säumen, aber das war nur für ein, zwei Jahre ein einträgliches Geschäft. Jetzt bleibt den Vachantinnen vom Ueberbrett nichts übrig als das Brett — ein Brett, wenn man da noch ein Pläthen findet! Von forscherem Geschlecht als diese Künstlerin ist Josephine Delisleur. Sie will nicht hoch hinaus; fällt aber ihr Gebiet sehr zum Amüsen der Zuhörer aus. Vier vortreffliche Sänger hören wir im Männerquartett Fingal. Unter der Schär dixer, die sich bescheiden, nur dem Auge wohlgefällig zu sein, ragt das spanische Tänzerpaar Guerra und Chivo hervor; Raud Griseida hat ihren Stunden künstlerischer Empfinden beigebracht und ein Herr Kellon zeigt sich als der starke Mann der Gegenwart. Zum Lachen reizt die Pantomime des Astor Belmont-Trio. Auch das berühmte Rotomädchen lebt noch.

Theater. Der am nächsten Sonntag, den 11. d. M., im Bürger-saale des Rathhauses stattfindende Fondichter-Abend des Schiller-Theaters (der erste in dieser Saison) ist Richard Wagner Operette „Frühlingluft“ von Josef Strauß.

Feuerbericht. Ueber ein Duzend Brände hatte die Wehr in dem letzten 24 Stunden zu beseitigen. Gegen Mitternacht wurde sie nach der Ritterstr. 56 gerufen, weil hier im dritten Stock in einem Schlafzimmer Betten, Kleidungsstücke, Möbel u. in Flammen standen. Montagabend waren in dem Postamt in der Oranienburgerstraße 35/36 Hobelspähne in Brand geraten, der aber von den Beamten noch vor Eintreffen der alarmierten Wehr abgelöscht werden konnte. Briefkasten wurden nicht beschädigt. In der Wehrstr. 8 war durch die Explosion von Benzin in der Herrmannschen Druckerei ein Brand entstanden, der indes leicht unterdrückt werden konnte. Gegen Abend wurde die Wehr nach der Neuen Köhlerstr. 1 gerufen, wo auf dem Dache ein Feuer ausgebrochen war. Alarmierungen, die außerdem im Laufe des Monats nach der Lindowstr. 8, Prinzenstr. 45, Culmstr. 15, Watzstr. 3, Müllerstraße 170/171 und noch nach einigen andern Orten erfolgten, betrafen nur ganz unbedeutende Brände.

Aus den Nachbarorten.

Die Schmaragdener Wahl vor dem Ober-Berwaltungsgericht. Bei der Gemeindevertreterwahl in Schmaragdendorf bei Berlin am 13. März 1902, wo ein Angefessener zu wählen war, fielen 107 Stimmen auf den Mechaniker Frenzel, den Kandidaten des Mietervereins, 74 Stimmen auf den Sozialdemokraten Wendt und 89 Stimmen auf Herrn Schmidt (kons.). Der Vorsitzende des Wahlvorstands, der Gemeindevorsteher, erklärte nur die 89 für Schmidt abgegebenen Stimmen für gültig. Und zwar erachtete er die für Frenzel und Wendt abgegebenen Stimmen für ungültig, weil diese nicht angelesen und nicht wählbar gewesen seien. Er fragte gar nicht die Beisitzer, deren Auffassung eine entgegengesetzte war. Der Gemeindevorsteher erklärte ferner Schmidt für gewählt, wegen die Beisitzer zu Protokoll Protest erhoben, weil ein Beschluß des Wahlvorstandes gar nicht herbeigeführt worden sei. — Gegen die Wahl Schmidts wurde Einspruch erhoben und nach dessen Verwerfung im Verwaltungsstreitverfahren gellagt. — Der Kreisaustrich erachtete das eigenmächtige Verfahren des Gemeindevorstehers für einen großen Fehler. Auch pflichtete er dem Kläger Frenzel bei, daß er als Angefessener anzusehen wäre, wenn auch das fragliche Grundstück seiner Frau gehöre, deren gesetzmäßiger Vertreter er sei. Die Wahl Schmidts wurde aus diesen Gründen für ungültig erklärt und der Bezirksauschuss bestätigte dieses Urteil. Sei Frenzel Angefessener, dann wäre eine Stichwahl zwischen ihm und Schmidt erforderlich gewesen. Gestern hat sich nun auch das Ober-Verwaltungsgericht der Vorentscheidung angegeschlossen und ausgeführt: Frenzel sei mit Recht als ein Angefessener im Sinne der Gemeinde-Ordnung vom Bezirksauschuss angesehen worden. In Betracht kämen die §§ 46 und 50, insbesondere sei der letzte Satz des § 50 entscheidend. Der Senat gehe davon aus, daß die Bestimmung auch Anwendung zu finden habe auf den Ehemann. In den gesetzlichen Vertretern gehöre auch der Ehemann mit Bezug auf seine Frau.

Im Krankenhaus wiedergefunden wurde die 25 Jahre alte Puhmacherin Mathilde Polig, die seit dem 1. d. M. mit ihrem fünfjährigen Sohn Harry verschwunden war. Sie hatte ihren Hausgenossen in der Wilmersdorferstr. 59 zu Charlottenburg von einem Liebesverhältnis mit einem Kaufmann erzählt und gellagt, daß ihr Geliebter sie jetzt in Stich lassen wolle. Am 1. d. M. verließ sie mit ihrem Knaben ihre Wohnung, ohne ihre Sachen mitzunehmen, und kehrte nicht wieder zurück. Am 3. meldete der Hausverwalter die Mieterin, die sehr zurückgezogen gelebt hatte, als vermisst bei der Polizei an. Vorgestern nachmittags erhielt er vom Revier die Nachricht, daß die Verunglückte im Moabiter Krankenhaus liege. Sie hatte nach dem Verlassen der Wohnung ihr Söhnchen unter einem Vorwand bei Bekannten untergebracht und dann auf offener Straße Gift genommen.

Gerichts-Zeitung.

Der Bückler-Prozess, der gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geh. Justizrat Garz verhandelt wurde, hat vor längerer Zeit bereits das Landgericht I beschäftigt. Unter der Anklage der Aufreizung und der Beleidigung hatten auf der Anklagebank Platz zu nehmen: 1. Graf Walter Bückler-Alcin-Tschirne, 2. der Zeitungsvorleger und Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Bruhn, 3. der Stenograph Albert Schimmelpfennig und 4. der Ober-Inspektor Hans Kirchner. Die Anklage wurde vom Staatsanwalt Mittag vertreten, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Ulrich und Simon, als Vertreter einer Anzahl als Nebenkläger zugelassener jüdischer Einwohner von Glogau war Justizrat Friedmann-Glogau zur Stelle. — Es handelte sich um eine gegen die Juden gerichtete Kampfschreie, die Graf Bückler über das Thema „Das deutsche Volk am Rande des Grabes“ am 6. Juni 1902 in den Kontordien gehalten. Die Rede wurde am 7. Juni in der Druckerei der „Staatsbürger-Zeitung“ gedruckt und durch die drei letzten Angeklagten in Berlin, durch den Angeklagten Kirchner in Glogau verbreitet. — Die neunte Strafkammer des Landgerichts I hatte seiner Zeit in den kräftigen Ausfällen gegen die Juden, die Graf Bückler mit den beleidigenden Ausdrücken in jener Rede verbrämte, eine Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten nicht erblickt, sondern angenommen, daß der Redner trotz vielfacher rednerischer Ueberreibungen, die nur bildlich gemeint seien, nur an einen Kampf mit geistigen Waffen gedacht habe. In jener Rede hatte Graf Bückler auch der bekannten Suppenvergiftungs-Geschichte gedacht und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß jener angebliche Vergiftungsversuch durch die Glogauer Juden angezettelt worden sei. Darauf bezog sich der Strafantrag der durch Justizrat Friedmann vertretenen Nebenkläger aus Glogau. Die neunte Strafkammer hatte auch in dieser Beziehung auf Freisprechung erkannt, weil sie es nicht für angängig hielt, daß, da diese Anklage sich nicht auf Beleidigung der Glogauer Juden erstreckte, die durch Justizrat Friedmann vertretenen Personen sich hier als Nebenkläger anschlossen. Gegen das ergangene Urteil hat der Staatsanwalt zunächst Revision angemeldet, diese aber wieder zurückgezogen, auf der andern Seite war von den Nebenklägern Revision eingelegt worden. Das Reichsgericht hatte diese für berechtigt anerkannt, das Urteil mit seinen thatsächlichen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung an das Landgericht II verwiesen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß jetzt nicht bloß über die Beleidigung der Glogauer Juden, sondern auch über den Anklagepunkt der Aufreizung verhandelt werden müsse; die Verteidiger standen auf entgegengelegtem Standpunkte. — Sämtliche Angeklagte befristeten sich strafbar gemacht zu haben. Graf Bückler gab zu, daß er den Druck seiner Rede als Flugblatt in 100 000 Exemplaren veranlaßt und sich dazu der Vermittelung des Angeklagten Schimmelpfennig bedient habe. Letzterer hat auch bei der Organisation des Straßenverkaufs mitgewirkt. Ein Paket des Flugblattes ist nach Klein-Tschirne gesandt und von dort aus durch den Angeklagten Kirchner in Glogau verbreitet worden. Der Angeklagte Wilhelm Bruhn befristet, daß er als Verleger der Zeitung für den Druck des in der Druckerei der Zeitung hergestellten Flugblattes verantwortlich zu machen sei und behauptete, daß er vor dem in der Zeitung veröffentlichten Justizrat, welches sich auf das Flugblatt bezog, absolut keine Kenntnis gehabt habe. Sein für das Inkretationswesen der Zeitung verantwortlicher Bruder Paul Bruhn bestätigte dies. — Staatsanwalt Mittag führte aus, daß durch das Reichsgericht das erste Urteil in seiner Totalität aufgehoben sei und das Gericht daher auch wieder zu prüfen habe, ob Aufreizung im Sinne des § 130 St.-G.-B. vorliege. Er besahe dies, weil er die Redewendungen, wie „verdreihen“, „Injige fidele Keilerei“, „Meiner Kladderbatatsch“ usw. unmöglich als

bildlich gemeinte Nebenblüten ansehen könne. Graf Büdler, der die Tendenz habe, den Haß der Christen gegen die Juden zu schüren und anzufachen, habe sicher seine an die Versammlung gerichteten Worte nicht bildlich gemeint, sondern tatsächlich beabsichtigt, die Versammelten zu Gewaltthatigkeiten gegen die Juden aufzureizen. Es liege also ideale Konkurrenz mit Verleumdung auf Grund der §§ 185 und 186 St.-G.-B. vor. Es handle sich um die größten Verleumdungen, die man einem Menschen an den Kopf werfen kann. Der Strafentwurf sei formgerecht von den Nebenklägern gestellt und letztere seien zur Antragstellung berechtigt gewesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Grafen Büdler 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis und Einziehung der betreffenden Exemplare der „Staatsbürger-Zeitung“, gegen Bruhn 150 Mark Geldstrafe event. 15 Tage Gefängnis, gegen Schimmelpfennig und Kirchner je 50 Mark event. 5 Tage Gefängnis. — Justizrat Friedmann-Glogau als Vertreter der Nebenkläger beantragte namens derselben die Verurteilung der Angeklagten, während die Rechtsanwälte Ulrich und Simons für Freisprechung plädierten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Grafen Büdler wegen wiederholter Verleumdung zu 60 M., den Angeklagten Schimmelpfennig wegen einfacher Verleumdung zu 30 M. Geldstrafe und sprach den Nebenklägern die Befugnis zu, den Tenor des Urteils in der „Staatsbürger-Zeitung“ und dem „Neuen Niederschlesischen Anzeiger“ in Glogau zu veröffentlichen. Bruhn und Kirchner wurden freigesprochen. Der Gerichtshof schloß sich bezüglich der Frage, ob § 130 St.-G.-B. vorliege, durchaus der Auffassung der Strafkammer des Landgerichts Berlin I an, daß dem Grafen Büdler die Absicht, zu Gewaltthatigkeiten aufzureizen, fern gelegen habe. Dagegen liegen Verleumdungen der Nebenkläger vor, zwar nicht in der Stelle, wo von „Glogauer Juden“ und deren Anstiftung zum Wortverfuch geredet wird — weil hier nur die Judenheit im allgemeinen herangezogen worden ist, ohne daß irgendwie auf bestimmte Persönlichkeiten hingedeutet wurde —, wohl aber in zwei Stellen, wo bestimmte individuelle Personenklassen, denen die Nebenkläger angehören, beschimpft worden sind.

Der Bräutigamsprozess Dippold. Aus Bahreuth wird berichtet: Ein trauriges Drama, das über eine Berliner Familie dieses Herzeleid gebracht hat und vor dem wohl der Psychologe wie vor einem ewigen Rätsel steht, wird am Dienstag vor dem Schwurgericht des hiesigen königlichen Landgerichts zur endgültigen Erledigung kommen. Im Januar d. J. wollte der Direktor der Deutschen Bank in Berlin, Robert Koch, mit seiner Gattin eine Erholungsreise nach dem Süden unternehmen. Um seine beiden noch sehr jugendlichen Söhne, die in Berlin ein Gymnasium besuchten, nicht ohne Aufsicht zu lassen, erließ Direktor Koch ein Zeitungsinserat, in dem er einen Hauslehrer suchte. Es meldeten sich etwa 40 Bewerber. Von diesen war ihm am besten der Student der Rechte Andreas Dippold aus Drosendorf bei Bahreuth empfohlen; dieser erhielt auch vor allen anderen den Vorzug. Direktor Koch übertrug dem jungen Mann die Erziehung und den Unterricht seiner beiden Söhne, angeblich mit der ausdrücklichen Anweisung, recht streng zu sein, sich aber jeder Mißhandlung zu enthalten. Dippold scheint jedoch eine sehr eigenwillige Auffassung von der Aufgabe eines Lehrers und Erziehers gehabt zu haben. Er unterrichtete die Knaben zunächst auf dem Herrn Direktor Koch gehörigen Gute Ballenstedt in Thüringen. Schon dort mißhandelte er oftmals die ihm zum Unterricht anvertrauten Knaben, so daß ihn Frau Direktor Koch, als sie dies erfuhr, sehr energisch zur Rede stellte und ihm im Wiederholungsfalle die sofortige Entlassung androhte. Da Dippold sich verweigerte, in Ballenstedt seine „Erziehungs- und Lehrmethode“ ungehindert zur Anwendung zu bringen, so suchte er es

zu bewirken, daß er mit den beiden Knaben nach Drosendorf übersiedeln durfte. Hier war Dippold vollkommen unbeaufsichtigt. Er behandelte die ihm anvertrauten Jünglinge in einer so grausamen Weise, verprügelte ihnen bei der geringsten Ursache heftige Stock- und Faustschläge, Fußtritte usw., daß das Dienstepersonal oftmals die Knaben laut jammern hörte. Das war aber noch nicht das schlimmste. Die Knaben wurden außerdem in geradezu unmenschlicher Weise vom frühen Morgen bis zum späten Abend geistig und körperlich überanstrengt, so daß die armen Jungen, wenn sie sich zu Tisch setzten, oftmals vor Müdigkeit nicht zu essen vermochten. Dippold ließ aber seinen jungen Pflegebefohlenen nicht einmal des Nachts die nötige Ruhe. Wenn die jungen Leute sich zu Bette legten, band er ihnen die Hände auf den Rücken und die Füße an je einen Bettsoffen fest, um sie zu „bewahren“. Es ist geradezu unglücklich, daß Dippold derartige Mißhandlungen längere Zeit ungehindert begehen konnte. Infolge dieser unmenschlichen Behandlung erkrankte schließlich der älteste der beiden Schüler, der 14jährige Heinz Koch, ein hübscher, munterer Knabe. Bankdirektor Koch, der gerade in Paris weilte, wurde sofort telegraphisch herbeigerufen, allein er fand seinen ältesten Sohn bereits als Leiche vor. Der Zimmer der Eltern war ganz furchtbar. Dippold wurde sogleich verhaftet und da über seine geistige Zurechnungsfähigkeit Zweifel aufstauten, so wurde er zur Beobachtung einer Irrenanstalt überwiesen. Es soll sich aber ergeben haben, daß Dippold vollkommen geistesgesund ist. Deshalb wurde nun die Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, auf Grund der §§ 223 und 226 des Straf-Gesetzbuchs, gegen ihn erhoben. Dippold hat sich am Dienstag des erwähnten Verbrechens wegen vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten.

Verteidiger des Angeklagten ist Rechtsanwalt Dr. Langheinrich-Bahreuth.

Wegen angeblichen Vergehens gegen § 184 des Strafgesetzbuchs fand gegen den Schriftsteller Adolf Brand, den Herausgeber der Kunstzeitschrift „Der Eigene“ zu Charlottenburg, und gegen den Verlagsbuchhändler Max Epoeh am Montag die Hauptverhandlung vor dem königl. Landgericht in Leipzig statt. Brand wird beschuldigt, in seiner Zeitschrift „Der Eigene“, die wider-natürliche Anzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts geschildert, dargestellt und verherrlicht zu haben. Und zwar wurden seine Gedichte „Naphael“, „Neue Liebe“ und „Baldfrei“ inkriminiert, ebenso eine ganze Anzahl anderer Gedichte, Aufsätze und Novellen in der Januar-, Februar-, Mai- und Juninummer seiner Zeitschrift. Das größte Verbrechen rief jedoch die Thatsache hervor, daß die königl. Staatsanwaltschaft sogar das Schillerische Gedicht „Die Freundschaft“ für unzüchtig erklärt hat und die Kunstblätter von Fidus, weil diese „einen nackten Jungen“ (den allbekanntesten Heinen Hötenspieler auf dem Hieserzweige), „eine nackte Engelsdarstellung“ (Lucifer) „und zwei nackte Männergestalten“ (zwei Genien) enthalten. Die Verteidigung wurde durch die Herren Rechtsanwälte Justizrat Broda-Leipzig und Victor Franke-Berlin vertreten. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Das Urteil wird am nächsten Montag verkündet.

Zu dem Schreiben des Vereins der Naturheilkundigen in der Angelegenheit Weinzehr erhalten wir folgende Richtigstellung: Herr Weinzehr, welchen ich in der Revisionsinstanz vertrat, hat mich ersucht, folgendes zu erwidern: Es ist richtig, daß Herr Weinzehr nicht Mitglied der Naturheilkundigen gewesen ist, jedoch hat er sich auch niemals um die Mitgliedschaft bemüht. Die Bemerkungen des Vereins der Naturheilkundigen über seine Thätigkeit, insbesondere darüber, daß er Quacksalbereien getrieben habe, sind unrichtig. In

der Gerichtsverhandlung gegen meinen Mandanten, bei welcher die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, ist nichts zu Tage getreten, was derartige Behauptungen rechtfertigt. Mein Mandant verwehrt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, gequacksalbert zu haben, er kann vielmehr zahlreiche Zeugen bringen, welche von ihm geheilt worden sind. In der Verhandlung gegen ihn ist dies auch von mehreren Zeugen bekundet worden. In dem ich hoffe, daß der „Vorwärts“ in seiner bekannten Objektivität auch den andren Teil zu Worte kommen läßt, zeichne ich ergebenst Bahn, Rechtsanwalt.

Verfammlungen.

In der Generalversammlung der „Freien Volkshöhne“, die am 30. September in den Industrie-Festhallen (Beuthstraße) stattfand, hielt Dr. Rudolf Steiner einen sehr interessanten Vortrag über die Ziele Richard Wagners. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag erstattete der Vorsitzende Dr. Conrad Schmidt den Geschäftsbericht. In dem Prozeß mit Bloch's Erben sei ein Vergleich bevorstehend. Die Kunst-Kassen seien geistert und würden voraussichtlich in den Hörsälen städtischer Schulen stattfinden. Zunächst ist ein Vorkurs, ein Dehmel- und ein Klinger-Abend in Aussicht genommen. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. Näheres wird rechtzeitig bekannt gegeben werden. Auch die Vereinsfeste, deren nächstes am 10. Oktober stattfindet, werden der Darbietung guter Musik gewidmet sein.

Der Kassierer Winkler machte ergänzende Mitteilungen. Der Stand der Kasse ist günstig — ein spezieller Bericht ist, entsprechend der geänderten Geschäftseinteilung, erst in der nächsten Versammlung zu geben. Die Einrichtung der neuen Abteilungen (15. und 16.) ist erfolgt. Der Verein zählt nun 9000 Mitglieder.

In den Bericht schloß sich eine eingehende Diskussion über statthabende oder in Frage stehende Theateraufführungen, die von dem Kunstinteresse in den Reihen der Mitglieder wieder deutlich Zeugnis gab.

Unter „Verschiedenem“ regte Dr. Jander die Gründung eines gemischten Chors aus den Reihen der Mitglieder zum Zwecke erster musikalischer Kunstpflege an. Der Vorschlag fand, namentlich im Hinblick auf das in Dresden in dieser Hinsicht Erreichte, in wesentlichen lebhaften Zustimmung und wurde dem Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Kastrup, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 1 des 7. Jahrganges unter anderem: Der Arbeitsmarkt auf deutschen und internationalen Kongressen. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Abwanderung während der Krise aus Berlin. Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: (Beförderung im Braunschweiger Bergbau, Niedrige Löhne im rheinischen Bergbau, Schichtlöhne im braunschweiger Bergbau im zweiten Quartal 1903); Baumgewerbe (Verhältnisse der Holzindustrie, Steigerung der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, Bauhäufigkeit in Ostpreußen und Rheinland-Westfalen); Graphische Gewerbe (Walter Geschäftsgang in der Buchdruckerei, Hohe Arbeitslosenziffern); Verkehr (Lage des Reedereigewerbes, Konkurrenz der Staatsbahn mit der Privatbahn); — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik. — Vorkurs. — Haushaltstoten. Konsum: Milch- und Alkoholverbrauch in Rheinland-Westfalen. — Lebensmittelpreise im September. — Verwaltung der Arbeitsnachweiser: Anschlag paritätischer Fach-Arbeitsnachweiser in Berlin. — Konferenz schweizerischer Arbeitsämter. — Lehrlingswesen. Erziehung. Fortbildung: Berufswahl für höhere weibliche Haus-tätigkeit.



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonntag

4 Tage für Lebensmittel

soweit der
Vorrath reicht.

Gemüse-Conserven.

	1/2 Dose	1/2 Dose		1/2 Dose	1/2 Dose
Pr. Stangen-Spargel extra stark	1 ⁸⁵	88 ^{Pl.}	Kaiserschoten extra fein	1 ²⁰	65 ^{Pl.}
Pr. Stangen-Spargel Diner-Spargel	1 ⁵⁵	83 ^{Pl.}	Kaiserschoten fein	1 ⁰⁵	58 ^{Pl.}
Pr. Stangen-Spargel 32/36 St.	1 ⁴⁰	75 ^{Pl.}	Junge Schoten Siebung I	85	48 ^{Pl.}
Pr. Stangen-Spargel p. 1/2 Dose	1 ²⁵	68 ^{Pl.}	Junge Schoten Siebung II	55	33 ^{Pl.}
Pr. Stangen-Spargel 40/48 St.	1 ⁶⁰	85 ^{Pl.}	Junge Schoten Siebung III	45	28 ^{Pl.}
Hannov. Stangen-Spargel p. 1/2 Dose Extra-Qual.	78	44 ^{Pl.}	Gemüse-Schoten Siebung I	38	24 ^{Pl.}
Steinpilze					

Leipziger Allerlei ^{extra} 95 55 ^{Pl.}	Leipziger Allerlei ^{la} 80 45 ^{Pl.}	Leipziger Allerlei 62 36 ^{Pl.}
--	---	---

Früchte-Conserven. Tafelfertig.

Melange Früchte	1 ⁰⁵	58 ^{Pl.}	Kirschen sauro ohne Stein	1 ⁰⁰	55 ^{Pl.}	Gemischte Marmelade in Blechmtern	
Reineclauden	85	48 ^{Pl.}	Kirschen saure mit Stein	75	43 ^{Pl.}	ca. 5 Pfd. 1 ¹⁰	ca. 10 Pfd. 2 ¹⁰
Aprikosen 1/2 Frucht	1 ³⁰	70 ^{Pl.}	Kirschen schwarz mit Stein	65	38 ^{Pl.}	Senfgurken	in Gläsern mit Glas 95 ^{Pl.}
Pfirsiche 1/2 Frucht, geschält	1 ⁴⁰	76 ^{Pl.}	Stachelbeeren	65	— ^{Pl.}	Zuckergurken	Patentverschluss Glas 1 ⁰⁰
Mirabellen	70	40 ^{Pl.}	Heidelbeeren	60	35 ^{Pl.}	Preisselbeeren	1/2 Dose 65 ^{Pl.}

Obiges Sortiment 1/2 Dosen 8⁵⁰ 1/2 Dosen 4⁶⁰ von Heidelbeeren doppelte Dose.

Fisch-Conserven.

Krabben 1/2 Dose 1 ¹⁵ 1/2 Dose 60 1/2 Dose 32 ^{Pl.}	Anchovis 1/2 Dose 60 1/2 Dose 40 ^{Pl.}	Feinster mild gesalzener Astrachan-Caviar
Sardellen p. Glas 65 ^{Pl.}	Oelsardinen p. Dose 32 45 ^{Pl.} 1/2 Dose 2 ¹⁵	1/2 Pfd. 8 ⁷⁵ 1/2 Pfd. 4 ⁵⁰ 1/2 Pfd. 2 ³⁰
Apetit Sild 1/2 Dose 50 ^{Pl.} 1/2 Dose 32 ^{Pl.}	Diplomat Sardinen feinste frz. Marke 1/2 90 1/2 1 ⁴⁵	

Ungarische Weintrauben sehr edle Gewächse p. Pfund 25^{Pl.} Italienische Weintrauben Postkiste 1⁵⁰ 1⁸⁰

Der Parteitag der schweizerischen Socialdemokratie.

Der Parteitag ist sehr zahlreich besetzt und wird nach 9 Uhr vormittags vom Genossen Reimann, dem Präsidenten der Geschäftsleitung in Biel, ohne besondere Ansprache eröffnet. Reimann wird als Präsident, Adolof Kehler in Olten als Vizepräsident, Redakteur Brandt, Huber-St. Gallen und Dr. Wyl-Genf als Sekretäre gewählt.

Greulich berichtet über die Tätigkeit der socialdemokratischen Fraktion im Nationalrat. Er bedauert, daß die Genossen in Basel den Genossen Wullschläger in die Regierung gedrängt und ihn so dem Nationalrat entzogen haben. Sodann schildert er die Schwierigkeiten der kleinen Gruppe von 7 Mann im Nationalrat und berichtet kurz die Verhältnisse der bürgerlichen Fraktionen, in denen es zum Teil wahre Nadelstiche giebt, die mit dem Bundesrat durch Duld und Dumm gehen. Der Bundesrat hat eben bei einem Hundertmillionen-Budget eine große wirtschaftliche Macht und kann mancherlei Vorteile zuwenden. Gegenüber den aus Parteireisen wiederholt erfolgten Anregungen zu Interpellationen bemerkt er, daß es bei der geschäftlichen Behandlung von solchen nicht immer wünschenswert ist, zu interpellieren und es sich empfiehlt, auch andere Gelegenheiten zum Vortrag von Wünschen, Entzügen und zur Kritik zu benutzen. Sodann zeigte er an den einzelnen Geschäften die Tätigkeit und Mitwirkung der Fraktion. Erwähnt sei daraus nur die Stellungnahme der Fraktion zu der Kanonenvorlage, die einen Kredit von rund 22 Millionen Frank für die Anschaffung von Rohrdrückmaschinen forderte. Die technische Notwendigkeit der Vorlage konnte nicht bestritten werden. Zur glatten Ablehnung derselben fehlte in der Fraktion die Einigkeit. Einig ist sie in dem größten Widerstand gegen die gegenwärtige Militärverwaltung. Die Fraktion fordert nun die Unterbreitung der Vorlage zur Volksabstimmung und da dieser Antrag abgelehnt wurde, stimmte sie und mit ihr noch weitere 15 bürgerliche Abgeordnete gegen die neuen Kanonen. Er erklärte aber, daß er in seinen alten Tagen noch die Wägen auf die Schulter nehmen und die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz gegen monarchische Angriffe verteidigen helfen würde. Im übrigen werde sich die Fraktion stets bemühen, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten.

An den beifällig aufgenommenen Bericht knüpfte sich eine sehr rege Diskussion, an der sich die Genossen Dr. med. Kraft, Oberbürger Lang, Sigg, Seidel, alle von Zürich, Zinner-Winterthur, Huber-St. Gallen, Nationalrat Dr. Brühlmann, Bern, beteiligten. Es wurde die Tätigkeit der Fraktion im großen Ganzen anerkannt, aber es fehlte auch nicht an Kritik. Namentlich waren von der Haltung der Fraktion in der Kanonenvorlage viele Redner nicht befriedigt. Es wurde mehr Entschiedenheit der Fraktion gegenüber der Militärverwaltung gefordert, insbesondere, so lange der Bundesrat Müller an deren Spitze steht, der sich als unfähig erwiesen und unter dessen Leitung die größte Korruption platzgegriffen. Die Fraktion soll keine Militärforderungen bewilligen, so lange die heutigen Zustände in der Militärverwaltung bestehen. Mehr wert als die Kanonen ist das Vertrauen in die Verwaltung, in die oberste Leitung, das heute fehlt. Notwendiger als neue Militärforderungen sind sociale Reformen, um die Massen des Volkes wehrfähig zu machen und zu erhalten und ihnen in der That ein Vaterland zu geben und lieb zu machen.

Im Schlußwort erklärt Greulich, den in der Debatte gemachten Anregungen möglichst Folge geben zu wollen, sodann wünscht er, daß recht bald die Fraktion durch neue Kräfte, namentlich durch einige Draufgänger verstärkt und verschärft werden möge. Ein Antrag Zinner, daß die Fraktion alle ihre Aktionen in ihrem Namen und nicht unter der Firma der socialpolitischen Gruppe unternehmen soll, wurde abgelehnt, nachdem Greulich erklärte, man solle hierin der Fraktion freie Hand lassen.

In Sachen der Aufstellung eines neuen Programms für die Partei wurde auf Antrag der Kommission selbst beschlossen, den Entwurf an sie wieder zurückzugeben und die Kommission selbst um 5 Mitglieder zu erweitern.

Ueber den Militarismus referierte hierauf Genosse Gustav Müller-Bern. Er beleuchtete einleitend verschiedene Symptome antimilitärischer Strömungen, so den Fall Raine, den er als unkluge Demonstration bezeichnet, da sie unsere Sache diskreditieren. Die in der vorausgegangenen Debatte aufgeworfene Frage des Proletariats, was ihn besonders an das Vaterland binden soll, ist gewiß berechtigt, aber die Freiheit und Demokratie, die unser Land bietet, sind doch Güter, die beim Untergang der Schweiz verloren gingen, während doch die ganze Taktik, alle Kämpfe unserer deutschen Genossen z. B. auf die Eringung derselben gerichtet sind. Sehr beachtenswert für die Schweiz und lehrreich bezeichnet er die Erfahrungen im Burenkrieg. Das Ziel der Kriegstätigkeit wird heute nicht erreicht, weil die stehende Heere zu viel als Vorbild benutzt werden, während bei der kurzen Dienstzeit, die wir haben, die Organisation des ganzen Militärdienstes eine andere sein muß. Es sollte die Rekrutenschule etwas verlängert, dagegen die Zeit der Waffenübung von drei auf zwei Wochen reduziert werden. Der verheiratete Wehrmann kann nicht mit gutem Mut seinen Dienst thun, wenn zu Hause die Familie in einer Notlage ist. Dagegen muß der Staat gründliche Abhilfe treffen. Ersetzt werden sollte der Waffentod durch eine einfache Waise. Bei Monarchenbesuchen soll das Truppenaufgebot unterbleiben, ein bürgerlicher Empfang statt zum Besen unser Demokratie besser. Er wandte sich sodann gegen das Manifest-Gesetz, das ein Attentat auf die Pressefreiheit ist, und er schloß: Wir wollen ein schlaf fertiges, tüchtiges Volksheer auf der Grundlage des Militärsystems, aber fort mit den militärischen Ausschüssen und nieder mit dem vorkriegsmilitärischen Scheinwesen des Militarismus! Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. (Es sei bemerkt, daß der Referent Müller beim Militär Artilleriemajor ist.) Hier trat die Mittagspause ein.

Hierauf referierte in französischer Sprache Genosse Dr. Rapin-Laufanne unter dem Beifall der Versammlung über den Militarismus. In der Diskussion nahm zuerst Lang das Wort, um gegenüber der irrigen Auffassung des Genossen Müller festzustellen, daß die Wehrpflicht von unserer Seite nicht in Frage gestellt ist. Weiter führte er aus, daß man für Militärausgaben nicht mehr als 20 Millionen Frank ausgeben und dafür eventuell einmal eine Initiative ergriffen werden sollte. Ausgaben von mehr als 1 Million sollen dem Volke zur Entscheidung vorgelegt werden. Sigg-Zürich führte aus, wenn heute die alten Vorkämpfer der Schweizerfreiheit wiederkämen, würden sie die Hände über dem Kopf zusammenschlagen über das, was aus ihrer Freiheit geworden ist und sie würden alles kurz und klein schlagen. Er will ebenfalls die Militärausgaben auf eine bestimmte Summe beschränkt und die freiwirtschaftlichen Millionen zur Hebung der Volksschule, der Volksbildung und Volkswohlfahrt verwendet haben. Deherle-Laufanne wandte sich scharf gegen das Referat Müllers; seine Thesen könnten eventuell von Obersten redigiert sein. Sigg-Genf, mit Beifall begrüßt, empfahl praktische Politik, für die die Massen gewonnen werden können, andererseits würde den Anarchisten in Genf in die Hände gearbeitet. In seinem Schlußwort wies Müller die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Der Militarismus ist keine socialistische Frage, für uns ist er heute eine opportunistische Frage, zu der wir Stellung nehmen müssen. Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen: Die socialdemokratische Partei kämpft für eine Gesellschaftsordnung, die, wie sie die Klassenverhältnisse innerhalb eines Volkes aufhebt, auch die Ursachen der feindseligen Beziehungen zwischen den Völkern beseitigt; sie erklärt sich daher als Anhängerin des internationalen Friedens, der internationalen Schiedsgerichte, der allgemeinen Abrüstung und als Gegnerin des Militarismus, solange

diese Grundsätze nicht verwirklicht sind. Unter dem Zwange des gegenwärtigen Zustandes anerkennt die socialdemokratische Partei die Notwendigkeit der Organisation der Wehrkraft des Landes. Diefelbe soll beruhen auf dem Militärsystem und auf einer Militärvorstellung, in welcher die Rechte und Pflichten des Staates und der Bürger genau festgelegt werden. Daraus ergeben sich für die socialdemokratische Partei folgende Forderungen: 1. Das eidgenössische Militärbudget darf jährlich in Friedenszeiten das Maximum von 20 Millionen Frank nicht übersteigen. 2. Sobald die außerordentlichen Ausgaben für das Militärwesen für ein Jahr den Betrag einer Million Frank übersteigen, unterliegt die Bewilligung derselben der Volksabstimmung. Diese beiden Vorschläge sind sofort auf dem Wege der Volksinitiative anzubringen. 3. Die Ausrüstung, Ausbildung und Organisation des Heeres sind unter Berücksichtigung der folgenden Grundsätze: Beschränkung der Ausbildung auf das für den Ernstfall Notwendige; Verkürzung der gesamten Dienstzeit, aber Konzentration derselben auf die ersten Jahre der Dienstpflicht; Velleidung und Ausrüstung durch den Bund und einzig nach den Anforderungen des Feldes bestimmt; gleichmäßige Erziehung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten; Abschaffung der Militärjustiz in Friedenszeit; Eintreten des Staates bei Unbemittelten für die ökonomischen Folgen des Militärdienstes; Demokratisierung des gesamten Heereswesens, aber mit ständiger Befehung der obersten Heeresleitung und der höchsten Kommandostellen (Generalstab und Divisionskommandos Lebensbedarf); Kampf gegen den Mißbrauch der in der militärischen Hierarchie jedem einzelnen Vorgesetzten verliehenen Gewalt, die thätlichen und moralischen Mißhandlungen der Soldaten, die Paradeziererei in der Ausbildung und Velleidung, alle die Auswüchse, die bei dem Begriff Militarismus zusammengefaßt werden; die Verwendung des Militärs zu Polizeidiensten bei Streiks und Auspöcherungen ist unzulässig.

Bezüglich der drei am 25. Oktober zur Volksabstimmung gelangenden eidgenössischen Referendumsvorlagen: Maulkratten-Gesetz, Wahlinitiative und Einschränkung des Kleinhandels mit alkoholischen Getränken, wurde einstimmig ihre Verwerfung beschlossen. Hierauf besprach Genosse Thieff, Redakteur der „Arbeiterstimme“, das Verhältnis der gewerkschaftlichen zur politischen Organisation. Es wurde schließlich folgende von ihm beantragte Resolution einstimmig angenommen: Der Parteitag empfiehlt den Partei-Organisationen und -Behörden, mit allen Kräften für Ausbreitung der Gewerkschafts-Organisationen zu wirken, besonders an Orten und in Bezirken, wo die Gewerkschafts-Organisation wie Parteibehörden verfaßt, für den Schutz des Vereinsrechtes einzutreten. In diesem Zweck haben das Centralkomitee der Partei, die Kantonalverbände und die Arbeiterunions mit dem Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und den Centralkomitees der Berufsverbände in Verbindung zu treten und stets miteinander Fühlung zu halten.

Der von der Arbeiterpartei des Kantons Genf gestellte Antrag: „Der Parteitag wolle sich aussprechen und Beschluß fassen über die Zweckmäßigkeit der Beteiligung der socialdemokratischen Partei an bürgerlichen Regierungen“ kam erst spät zur Verhandlung und es konnte daher auch wegen Mangel an Zeit keine grundsätzliche Auseinandersetzung darüber stattfinden. Nun zeigte aber das ganz kurze Referat des Genossen Zinner, daß für die Antragsteller die ganze Aktion mit einem totalen Zweck hatte. Weil die in Genf nicht unbedeutende Anarchistenbewegung von der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung wie von der politischen Aktion überhaupt nichts wissen will, in der Genfer Kantonsregierung aber der Socialdemokrat Thieffand sitzt, so wünschten die Genfer Genossen, daß der Parteitag sich für die Beteiligung von Socialdemokraten an bürgerlichen Regierungen ausspreche, um so ihre Position gegenüber den Anarchisten zu stärken. Von etwas höheren Gesichtspunkten besprach in der fünfminütigen Redezeit, die von Anfang an beschlossen war, der Genosse Dr. Kraft-Zürich die Frage. Er führte aus, daß es nicht unter allen Umständen zweckmäßig ist, daß Socialdemokraten sich an bürgerlichen Regierungen beteiligen, da die Stellung der Partei dadurch geschwächt werden kann. Allerdings soll man diese Beteiligung auch nicht unter allen Umständen ablehnen. Entfendet die Partei ihre besten Kräfte in die Regierungen, so werden sie hier festgehalten, vielleicht auch von ihren Ministerkollegen mit Arbeit überhäuft, so daß sie für die Partei völlig verloren sind und diese dadurch eine empfindliche Einbuße erleidet. Daher auch die Erscheinung, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht abgeneigt sind, der Socialdemokratie in den Regierungen die Spitze zu überlassen, um ihre thätigsten Führer wegzuschleimen. Ferner wies er auch auf die schwierige Situation hin, in die socialdemokratische Minister geraten, wenn sie die von den bürgerlichen Mehrheiten geschaffenen Gesetze ausführen müssen. Schließlich erklärte er sich für die Resolution der Züricher Arbeiterunion, welche lautet: „Der Parteitag empfiehlt den Genossen, alle Kräfte anzuspannen, einen größeren Einfluß auf die Legislative in Gemeinde, Kanton und Bund zu gewinnen, dagegen nicht ohne zwingende Gründe Opfer für die Eringung von Sitzen in der Exekutive zu bringen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Programmkommission wurde durch die Wahl folgender Mitglieder noch vergrößert: Greulich, Lang, Brandt und Frau Anzelt, alle in Zürich, Arbeitersekretär Sigg in Genf. Daraus wurde der Parteitag am 6 1/2 Uhr geschlossen.

Erklärungen.

Die unterzeichneten Vertrauensleute des Wahlkreises Frankfurt-Lebus erklären:

- 1. Die als Folge des Dresdener Parteitages in der Presse und in Versammlungen zum Ausdruck gekommene Verheerung der Parteigenossen zerlittet das Parteileben und ist geeignet, die bisherige Einheit der Partei zu zerstören. Wir protestieren gegen ein solches Vorgehen auf das entschiedenste und fordern die Genossen im Lande auf, sich unserem Protest anzuschließen.
 - 2. Die Beurteilung aller Fragen, in denen es sich um die Würdigkeit bestimmter Genossen zu Ehrenämtern der Partei handelt, ist Sache der Parteigenossen der betreffenden Kreise. Deshalb verurteilen die Unterzeichneten auf das schärfste das Vorgehen einzelner Parteigenossen, über den Kopf der am meisten Interessierten hinweg, ohne genügende Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, Anklagen und Richter in einer Person zu sein.
 - 3. In der Angelegenheit des Genossen Heinrich Braun wird in allerhöchster Zeit ein Schiedsgericht des Wahlkreises zusammentreten und sein Urteil auf grund alles zugänglichen Materials fällen.
- Groß-Neuendorf: Friedrich Mathes. — Manschnow: Feldmann, Feibide, Gahlen. — Müllrose: Fern Langner. — Plailow-Gusow: Wyl, Brandenburg, Fern Neumann, Gustav Palme, Ernst Berner. — Letschin: Gust. Ewald. — Golzow: Wyl, Schulz. — Neu-Hardenberg: Wilschke, Fern Wilschke, Aug. Wegert. — Neu-Langfow: Wyl, Wöjtn, Otto Ewald, Wyl, Stenz, Emil Zinner. — Fürstenwalde (Spree): Th. En. Hob. Felber, Fern Große, Wyl, Hennig, H. Anzelt, M. Kreller, Karl Köhler, Alb. Schön, G. Schulz, Paul Schulz, Fern Welland. — Frankfurt a. O. d. R.: Ed. Bauer, Ed. Bonn, E. Breichneider, Franz Döring, Emil Haber, Adolf Roth, Ernst Siekmann, Robert Haus, Adolf Hünig, Fern Heinze, Hugo Hoffmann, Otto Knoll, Karl Krüger, Max Kroll, Karl Lange, Karl Lehmann, Hugo Melner, Paul Mielsch, Emil Müller, Otto Müller, Aug. Wetz, Wyl, Peter, Aug. Schramm, Gust. Schulz, Karl Tschirke, Gust. Werner, Wilhelm Schulz, Kreisvertrauensmann, Richter 24.

Herr Harden wiederholt im „Vorwärts“ vom 6. Oktober die Behauptung, sein am 22. März mit gemachter Versuch sei ein

„Kriegsrat“ gewesen zu dem „einzigem Zweck“, die „gegen einen Feind zu wählende Taktik zu erörtern“. Was den „Kriegsrat“ betrifft — es giebt keine Möglichkeit, Herrn Harden zu hindern, die Unterhaltung eine noch willkürlichere Bezeichnung zu geben —, ist so viel richtig, daß wir über Wehrings Angriffe gegen uns und ihn sprachen und, wie er mit besonderem Nachdruck erzählt, recht lange. Daß es aber bei jener Unterhaltung sich nicht um die „Taktik gegen den Feind“ gehandelt haben kann, geht daraus hervor, daß ich nicht nur am 22. März, sondern bis zum 14. September die bestimmte Absicht hatte, gegen Wehring nicht öffentlich vorzugehen. Mehrere Parteigenossen, mit denen ich wirklich über die „Taktik gegen den Feind“ beratschlagt habe, können bezeugen, daß ich aus Gründen, die die Genossen billigen, noch bei Beginn des Parteitages den Standpunkt vertrat, wenn einer Auseinandersetzung mit Wehring nicht auszuweichen sein sollte, ich wahrseheinlich nicht an ihr teilnehmen werde. Auch jeder von den in Betracht kommenden Genossen hatte die Absicht, nur in einem unausweichlichen Falle gegen Wehring Front zu machen. Daß ich trotz meines Vortrages als Erster das Wort nahm, erklärt sich daraus, daß ich durch den auf dem Parteitag zur Verteilung gebrachten Artikel Wehrings in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. September direkt provoziert und zu einer Antwort gezwungen worden bin. Im Lichte dieser Darstellung erledigt sich, was Herr Harden über den „Kriegsrat“ sagt. — Nicht ich sprach ihm von meiner Absicht, gegen Wehring vorzugehen, sondern er mir von seiner. In der Unterhaltung war er, wie ich vermute, als einen Führer hin, daß er daran denke, in einem Artikel der „Zukunft“ Wehring zu kennzeichnen. Ich rief ihm davon ab, indem ich zu seinem drohlich sich ausprägenden Erstausen antwortete, ein Artikel gegen Wehring von ihm werde nicht die von ihm gewünschte Wirkung haben. Vom „Kriegsrat“ bleibt also ein Gespräch übrig, für das ich und meine Frau in der damaligen Situation — als gemeinsam mit ihm Angegriffene — Interesse zeigten, das aber einen von der Darstellung des Herrn Harden wesentlich verschiedenen Charakter hatte. Berlin, den 6. Oktober 1903.

Heinrich Braun.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ in Nr. 229 über die Versammlung im zweiten Berliner Wahlkreis sagte Genosse Wolderoth: „Timm hat mir erklärt, daß er das, was er auf dem Parteitage gesagt hat, von Taterow erfahren hatte.“

Demgegenüber erklärt Genosse Taterow in Nr. 230 des „Vorwärts“:

„Auf meine persönlichen Vorhaltungen auf Timms Anzählung erklärte mir derselbe, keineswegs dabei an mich gedacht zu haben und bestritt auch ferner irgend eine Äußerung über Auer meinerseits ihm gegenüber.“

Damit die Chronik der kleinen Ereignisse vor, auf und nach dem Parteitage in Dresden lückenlos dem künftigen Geschichtsschreiber unserer Parteibewegung vorliegt, sei mir gestattet, noch folgendes zur Klärung beizutragen:

Nach Schluß jener Sitzung, in welcher ich die Frage aufwarf, ob Bestrebungen vorhanden sind, den Genossen Auer aus dem Parteivorstand zu beseitigen, machte mir der Genosse Taterow — obwohl ich seinen Namen genannt hatte — den Vorwurf, ich hätte ein von ihm mit mir geführtes Gespräch über den Genossen Auer preisgegeben, da er seiner Erinnerung nach mir gesagt habe, Auer könne nicht wieder gewählt werden. Mir war dies neu und ich erklärte dem Genossen Taterow, daß er mir dazwischen nicht gesagt habe und daß ich deshalb auch bei Aufwerfung der Frage nicht an ihn gedacht habe.

Genosse Taterow erinnerte sich dann, daß er gelegentlich eines Zusammenkommens mit mir die Angelegenheit Auer ansprechen wollte, aber durch das Dazwischentreten eines andern Genossen — Böhre — daran verhindert wurde.

Dies der Sachverhalt, den ich gelegentlich eine Besprechung der Vorgänge auf dem Dresdener Parteitage dem Genossen Wolderoth als Beleg für das Bestreben der Beseitigung des Genossen Auer aus dem Parteivorstand unterbreitete.

Wolderoth hat also mit seiner Erklärung im zweiten Wahlkreise in der Sache recht, mir hat er nicht unterchieden, daß Genosse Taterow nicht seine Ansicht über das Verbleiben Auers im Parteivorstand nicht vor meiner Rede, sondern erst nachher kund gab.

Wenn übrigens Wert darauf gelegt wird, so kann ich hier erklären, daß bei den sämtlichen Delegierten meiner Umgebung besprochen wurde, die ganze Debatte laufe daraus hinaus, einzelne Personen, darunter auch Auer, hinauszubugieren. Mein Münchener Mitdelegierter, Genosse Kriemier, erzählte mir noch am Vormittag, daß auch er gehört habe, Auer solle als der Schlimmste von allen „Revisionslisten“ mit beseitigt werden. Debel und Singer seien damit einverstanden.

Nachdem vorher schon von mehreren Rednern in unklaren Wendungen davon gesprochen war, daß einzelnen Personen der Stuhl vor die Thür gesetzt werden muß und dergleichen mehr, so hielt ich allerdings die Zeit für gekommen, mit dem Vertuschen abzubrechen und auf den Kern der Sache einzugehen.

Die persönlichen Erklärungen brachten die nötige Klarheit. Wenn nun hinterher von Klatsch gesprochen wird, so tragen hierfür die Genossen die Verantwortung, die mit ihren wirklichen Absichten auf dem Parteitage zurückfielen.

München, den 4. Oktober 1903.

J. Timm.

Versammlungen.

Die Debatte über den Parteitag

wurde von den Charlottenburger Genossen am Montag in ihrem Wahlverein fortgesetzt, nachdem sie vorher die Berichte der Genossen Waale und Müller von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins entgegengenommen hatten. — Fleming bemerkte, indem er auf die Schriftsteller-Debatte einging, daß er nicht auf die Akademiker schimpfen wolle, aber feststellen müsse er doch, daß gerade in ihren Reihen eine ziemliche Disziplinlosigkeit herrsche, sonst hätte man schon nach den Vorgängen auf früheren Parteitagen die Mitarbeit an den „Socialistischen Monatsheften“ eingestellt. Auch arbeite an der Zeitschrift Brauns, die nichts mit der Partei zu thun habe, jetzt schon wieder liegen mit. Daran, daß Akademiker leicht in den Vordergrund kämen, seien indessen am meisten die Arbeiter selber Schuld. — Debel's große Rede lobt Redner, so weit sie die allgemeine Lage beleuchtete; den Wendungen, die sich auch gegen Böhre richteten, kann er jedoch nicht zustimmen, so weit dieser in Betracht komme. Böhre sei der Unschuldigste, sei ein Mensch von Charakter. Es sei traurig, daß gerade er niederkam, Braun könnte eher gehen. Uebrigens hätte die Litteratendebatte den Parteitag gar nicht beschäftigen brauchen; die ganze Sache hätte sachgemäß in kleineren Kreise, ohne erst an den Parteitag zu kommen, erledigt werden können. — Von der Vizepräsidentenfrage sei schon vor dem Parteitage in der Presse u. zw. viel Weisens gemacht worden. Wenn die Revisionslisten unser Programm durchbrechen wollten, dann wäre das energisch zurückzuweisen; wenn sie aber nur über den besten Weg zu unsern Zielen diskutierten, dann müsse man das gestatten. Meinungsfreiheit müsse herrschen; wenn wir sie hinderten, kämen wir auf den Stand der Centralisten. Dem Redner hat der Parteitag nicht gefallen, er sei kein Marxist in der Siegesgeschichte der Partei. Nach dem großen Wahlsiege hätte man es verdammt nötig gehabt, mancher schon vor dem Parteitag lebhaft diskutierten Frage ernst und gewissenhaft auf dem Parteitage näher zu treten, zum Beispiel der Frage des Generalstreiks. Mit schnoddrigen Redensarten, wie sie von Auer und Adolph Hoffmann zu der Frage gebraucht, komme man darüber nicht hinweg. — Paul Schmidt unterschreibt im großen und ganzen die Äußerungen Debel's auf

dem Parteitage. Er bekämpft die Ausführungen Dr. Alberts in der vorigen Versammlung und meint, wenn Socialdemokraten für die „Zukunft“ schreiben, hätten sie das doch für Geld. Wer hundert Stunden Flugblätter austrage, leiste mehr für die Partei, als ein Akademiker, der hundert Stunden für sie schreibe. Auf die Artikel Gardens verweisend, erklärt Redner, daß ein Gegenstück bestes zwischen seines Ausführungen auf dem Parteitag und seinen von Gardens veröffentlichten Briefen. Der Parteivorstand müsse jetzt energisch an die Erledigung der Personenfragen gehen. — Dittmar ist in keiner Weise mit dem Parteitag einverstanden. Solches Gezänke sei noch nie dagewesen. Man müsse aus den diesjährigen Verhandlungen die Lehre ziehen, daß künftig Streitigkeiten zwischen Parteigenossen auf andre Weise aus der Welt geschafft werden. — Den Genossen, die im Sinne der Socialdemokratie schreiben, sollte man gestatten, dies zu thun, wo sie wollten. Vebel habe auf dem Parteitag die Kerbe viel zu tief gebauen. Wenn Ausstragen von Meinungsverschiedenheiten nicht gleich Zeichen zu verzeichnen sein, wie es jetzt schon der Fall wäre. Redner tritt weiter für Meinungsfreiheit in der Partei ein. Wenn nur die von oben herab vorgeschriebene Meinung gelten sollte, dann läme man zu einem schönen Sababergedorf. — Vogel ist der Meinung, daß die größten Fehler schon vor dem Kongreß gemacht seien, und wendet sich gegen alle Geschäftsleitungen, besonders gegen die gegen die Akademiker. Jetzt heiße es, sich gegen die wirklichen Feinde der Socialdemokratie zu wenden. — P. K. Vebel habe aus dem Herzen aller Proletarier gesprochen. Auch Jubels aufstehen sei mit Freude zu begrüßen. Die ganze Gesellschaft, welche für bürgerliche Blätter schreibe, müsse rausgeschmissen werden. — Frig Jubel: Alberts sei noch zu jung in der Partei, um so über alle Genossen zu urteilen, wie er es in der letzten Versammlung gethan habe. Es sehe ihm schlecht an. Redner begrüßt es mit Freude, daß die Gebildeten uns zu Hilfe kämen. Was er aber stets bekämpft habe, sei, daß sie von dem Augenblick an, wo sie zu uns kämen, das Recht zu haben glaubten, eine andre Stellung einnehmen zu können, als die Arbeiter. Die Litteratendebatte ist nach Meinung des Redners auf dem Parteitag durchaus notwendig gewesen. Gerade vor aller Welt habe die Angelegenheit gründlich erörtert werden müssen. Die Parteigenossen, die jetzt meinen, der Parteitag sei die Kosten nicht wert, würden schon noch anderer Meinung werden. Er glaube nicht jedes Wort von Gardens, wenn aber auch nur die veröffentlichten Briefe unserer auf dem Parteitage schlecht weggekommenen Genossen richtig wiedergegeben seien, dann müsse man sich selbstverständlich die Frage vorlegen, was mit solchen Parteigenossen geschehen müsse. Redner wendet sich weiter gegen die Verteilung Gardens und der für bürgerliche Blätter thätig gewesenen Genossen durch Alberts und Conrad Schmidt. Letzterer habe es standlos gefunden, daß Vebel das Geld als Grund der Mitarbeit an der „Zukunft“ in den Vordergrund gestellt habe. Da sei doch aber zu bedenken, daß es für alle Artikel Geld gebe, und ob einer nun im Jahre ein oder zwei Artikel für die „Zukunft“ schreibe, sei gleichgültig. Nach alter Erfahrung zahlten solche Blätter auch gut. Nun, der Parteivorstand werde jetzt der Angelegenheit seine Aufmerksamkeit schenken, und er, Redner, habe zu ihm das Vertrauen, daß er sehr ernste Arbeit ver-

richten werde. Er wolle nicht mit seinem Urteil vorgehen, aber sei eine streche jetzt schlimmer da als an jenem Abend, wo ihn die Versammlung im dritten Wahlkreise von seiner „Seelequal“ befreite. Redner geht dann noch auf die Frage des Revisionismus ein. Wenn es ein sei der ehrlichste von allen, es gebe aber auch andre, die nach und nach, ohne daß sie es merke, die Arbeiterklasse in ein andres Fahrwasser hineintreiben wollen. — Die Breslauer Genossen würden sich jetzt in einer besonderen Versammlung mit ihren Redakteuren beschäftigen müssen. Und wenn man sich jetzt die Berichte des „Vorwärts“ über die Stellungnahme der Genossen im Reich zum Ergebnis des Parteitags betrachte und man sehe sich zum Beispiel das „Hamburger Echo“ und die „Leipziger Volkszeitung“ an, dann finde man im „Vorwärts“ manches anders. Man stoße im „Vorwärts“ unwillkürlich darauf, daß gewöhnlich die Teile der Berichte vorgezogen würden, die sich gegen Vebel wendeten; alles übrige wurde kurz gehalten. (Hört! hört! Sehr richtig!) Man komme zu sonderbaren Schlüssen. Die offiziell angestellten Schriftsteller und die im privaten Leben stehenden wählten sehr genau, welche außerordentliche Macht unsre Presse in der Bewegung ausübe. Als Beispiel außerordentlich tendenziöser Berichterstattung führt Jubel eine Nummer des „Armen Zeiter“ aus der Oberlausitz an. Zum Beweise für das Bestehen revisionistischer Gefahren verweist Redner auf eine Einsetzung des Vorstandes des „Handels- und Transportarbeiter-Verbandes“ an die „Vossische Zeitung“, die sich auf den Streit der Omnibusser bezieht und worin u. a. gelangt ist, daß die Bestrebungen des Verbandes nicht auf etwas hinausläufen, das den Zusammenbruch der Gesellschaft herbeiführen könne, daß man sich nicht im Vollenstadium der grauen Theorie verliere. Deutlicher könne nicht ausgesprochen werden, auf welchem Wege ein Teil der Gewerkschaftsführer sei. Um so höher sei Vebels Auftreten zu veranschlagen. Und wenn augenblicklich die Agitation auf dem Lande erschwert sei, so werde auch das überwunden werden. Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit einem Hinweis darauf, daß die Arbeiterklasse sich auf sich selbst verlassen müsse. — In der ferneren Debatte nahmen Spörer und Ewald für Vebel Partei, während Alberts seine Ausführungen von der vorigen Versammlung aufrecht erhielt und außerdem sagte: Wenn Jubel unter Revisionismus verstehe, daß jemand unter Aufgabe des Klassenstandpunktes sich an die bürgerlichen Parteien anlehne, dann wäre er mit Jubel vollkommen einig; einen solchen Revisionismus würde er auf schärfste Seite an Seite mit Jubel bekämpfen. Der Beweis für die Existenz eines solchen Revisionismus sei aber noch nicht geliefert. — Der Vorsitzende Curt Baake erwähnte die Genossen zur Brüderlichkeit im Zusammenwirken, auch wenn es gelte, Streitfragen zu entscheiden. Eingehend auf die Akademiker-Debatten, betont Redner, daß man sich hüten solle, durch den Ton in den Debatten der Partei eine wichtige Lebensquelle zu verschütten. Gewiß habe das Klassenbewußtsein größte Bedeutung, aber er erinnere an das Wort Lassalles: Die Wissenschaft und die Arbeiter die gehören zusammen! und sage: Die Akademiker und die Arbeiter gehören zusammen! (Lebhafter Beifall.) — Nachdem noch Eide und Vordardt ihren Standpunkt vertreten hatten, wurde von der Versammlung einstimmig über-

die vorliegenden, sich widersprechenden Resolutionen zur Tagesordnung übergegangen, weil die Versammlung der Meinung sei, daß die Entscheidung bereits auf der Generalversammlung des Central-Wahlvereins für Letztbeseitigung gefallen sei. Die Debatte wurde mit dieser Motivierung geschlossen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. Bezahl Berlin. Mittwochabend 9 Uhr in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 30: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Diskussion, 3. Verbandsliches, Anstellung eines Beamten — Zahlreichen Besuch erwartet. Der Bevollmächtigte.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedchaft Berlin). Heute abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Wendisch-Ruhleben, Königsgraben 14a.

Marktpreise von Berlin am 5. Oktober 1903
nach Ermittlungen des fgl. Volkspolizeiamts.

*Weizen, gut D.-Gr.	15,60	15,58	Kartoffeln, neue D.-Gr.	6,00	4,00
mittel	15,56	15,54	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20
gering	15,52	15,50	do. Rausch	1,50	1,10
*Roggen, gut	12,70	—	Schweinefleisch	1,80	1,20
mittel	—	—	Kalbsteisch	1,80	1,20
gering	—	—	Hammelfleisch	1,80	1,10
†Gerste, gut	14,50	13,40	Butter	2,60	2,00
mittel	13,30	12,20	Eier	60 Stück	5,00
gering	12,10	11,10	Kartoffeln	1 kg	2,20
†Hafer, gut	16,00	14,90	Kale	—	2,60
mittel	14,80	13,80	Kander	—	3,00
gering	13,70	12,70	Hedde	—	2,20
Richtstroh	4,16	3,82	Barche	—	1,80
Heu	7,00	5,00	Schleie	—	3,20
Erbsen	40,00	25,00	Ameise	—	1,40
Speisebohnen	50,00	25,00	Krebst	per Schof	18,00
Linzen	60,00	20,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 6. Oktober 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in °C	Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in °C
Stettin	749	SW	6	wollos	12	Haparanda	753	ND	4	bedeckt	0
Danzig	751	SW	6	wollos	12	Petersburg	748	SW	1	bedeckt	-1
Berlin	753	SW	5	bedeckt	13	St. Petersburg	745	S	2	Regen	14
Königsberg	760	S	2	bedeckt	15	Algerien	—	—	—	—	—
München	763	SW	7	bedeckt	17	Paris	763	SW	2	bedeckt	14
Wien	760	SW	2	bedeckt	19						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. Oktober 1903.
Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und lebhaften westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.
R. Briefträger. Berlin SW., Lindenstr. 44.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Theater.
Mittwoch, den 7. Oktober
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Simon und Dalka. Schauspielschauspielhaus. Maria Stuart. Deutsches. Donna Anna. Berliner. Ueber unsre Kraft. (Ezter Teil.)
Wesken. Der Troubadour. Festung. Auferstehung. Residenz. Sphinx. Das beste Mittel. Central. Bruder Straubinger. Thalia. Der Hochschiff. Carl Welh. Amor in Wids. Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Was ihr wollt.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Tallmann.
Neues. Der Kammerjäger. Salome. Alceus. Nachtigal. Puffen. Keleg im Frieden. Trianon. Die Liebeshaule. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Upollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten. Metrop. Neues! Erneuestes! Passage-Theater. Specialitäten. Reichshallen. Stettiner Säger. Casino. Tolle Rabetten. Specialitäten.
Palast. Geniehet das Leben. — Specialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49. Radmittags 4 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann. Abends 8 Uhr:
An den Seen Ober-Italiens.
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte.
Casino-Theater. Lotzringstr. 57. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Das vollste neue Oktober-Programm. Arnold-Wolpert-Marzelli. Die neue Fosse: „Die Diebesfalle“. Um 9 1/2 Uhr: Tolle Kadetten. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Unser Goldjunge.
Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen-Theater. Krieg im Frieden. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Das Räthchen von Heilbronn. Freitag: Die Jungfrau v. Orleans. Samstag: Wids und Soldat. Sonntagnachm.: Die Jungfrau von Orleans. Abends: Einer von unsere Reul.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Um 8 Uhr:
An den Seen Ober-Italiens.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Lebend!! Die zusammen-
gewachsenen Schwestern,
25 Jahre alt. Violinvirtuosinnen
Der Riese
Neu!!
Andries Venter
aus Transvaal, ehemal. Leib-
Gardist d. Präsidenten Krüger.
Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Pantes Theater), Köpckeplatz, 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Der Sensations-Erfolg
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n großen Teich
Geistere Bilder mit Bezug aus dem
Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte.
von Adolf Philipp.
Bildvorverkauf (ohne Gebühr) an der
Theaterkasse, Invalidendank, Künstler-
dank und in Wertheims Warenhäusern.
Residenz-Theater
Direktion G. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das beste Mittel.
Schauspiel in 3 Akten von A. Dillson.
Deutsch von B. Jacobsohn.
Vorher: Sphinx.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Lutti.
Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich-
und Invalidenstrasse.
Die Notbrücke.
In Vorbereitung: „Biscotte“.
Steidl-Theater.
Oranienb. Th. Lindenstr. 132.
Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Soirée der beliebten FRITZ
Steidl-Sänger
Entrée 50 J. (Vorverkauf 40 J.). Loge 1 A.
Sonntags u. Donnerstags n. d. Soirée:
TANZKRÄNZCHEN im Festsaal

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Tallmann.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen
von Ludwig Julda.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
CIRKUS SCHUMANN.
Heute, Mittwoch, den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Aussserordentlich grosse Vorstellung.
Vom Besten das Beste.
25 männl. Prachtlöwen
Die vier Jahreszeiten
Die Todesprünge der Barfolds-Hunde.
Lebs Wunderaffen, das Vollendeste der Dressur.
6 preisgekrönte ungarische Jucker mit den fahrenden Radfaben.
vorgeführt vom Direktor A. Schumann.
Die Gefangene, neuester Schläger des Clow Adolf.
IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Mittwoch, den 7. Oktober er.,
abends 7 1/2 Uhr:
Paul Münder, Sprung durch
den ganzen
Cirkus u. Schloßsicher ohne Strich.
Löwenbraut Miss Claire Hallot,
welche die hohe
Ehre hatte, sich am 13. September
vor Ihrer Majestät der Kaiserin
produzieren zu dürfen.
Herr Burkhardt-Footitt, Schul-
reiter,
auf Neapolitano Soja, echt Lippi-
zauer Hengst. — Zum Schluss:
Berliner Winterfreuden
Quomoch. Manoge-Schauspiel.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballette. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —
Carl Weiss-Theater.
Grote Frankfurter Straße 132.
Abends 7 1/2 Uhr:
Amor in Wids.
Morgen: Amor in Wids.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Die 7 Raben. Sonntag
3 Uhr: Die Schule des Lebens.
Apollo-Theater.
Zum erstenmal:
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten
von weiland Josef Strauss.
Im Blütenhochzeit.
3. Akt:
Ballett von Louis Gundlach.
Ferner: Die neuen Specialitäten
und Messers Biophon.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Don Cesar.
Don Cesar von Jann: Dir. Rob. Dill.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag:
Extra-Vorstellung.
Palast-Theater Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Riesen-Erfolg.
8 1/2 Uhr:
Geniehet das Leben.
Das grandiose Oktober-Programm.
Freitag, den 9. Oktober 1903:
Elite-Extravorstellung.
Der Goldbauer.
Schausp. in 5 Akte v. G. Dill-Weißer.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Reichshallen
Stettiner Säger
(Wesjel, Wietra, Britton,
Steidl, Böhme, Bod-
mann, Plätner,
Schrader u. Oberino.)
Anfang: 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Sanssouci.
Rottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Säger.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Außerdem ganz neues Programm.
Zum Schluss:
Die Angstschre.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Steinke
am 3. d. M. gestorben ist.
Seine letzten Stunden
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 7. Oktober er.,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Panlower Ge-
meinde-Friedhofes, Kommu-
nalkationsweg, aus statt. 122/18
Rege Betheiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Steinmelke.
Unserm Gesangsbrüder sowie
allen Freunden und Bekannten
die traurige Mitteilung, daß unser
Gesangsbrüder
Gustav Grieshammer
am 3. Oktober 1903 verstarb.
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 Uhr vom Leichen-
schauhaus aus statt. 22608

Dankagung.
Für die vielen Beweile untrüglicher
Teilnahme und für die vielen Blumen-
spenden beim Begräbnis meines
lieben Mannes, Vaters, Bruders,
Sohnes und Schwagers, des Farmers
Robert Siewert legen mir
allen Verwandten, Bekannten, ins-
besondere den Herren Chas. Haase
und Willard und allen seinen Kollegen
unsern herzlichsten Dank. 22508
Frau Martha Siewert und Kinder.

Blumen- und Kranzbinderei
Richard Engelke,
Reichenberger-Strasse 164,
Ecke Mariannenstr.
Specialität: Vereinskränze.

Antialkohol
Unsre alkoholfreien Fabrikate:
1. Kopfen-Malz-Getränk, Ersatz für Bier,
2. „Anti“, Ersatz für Süsswein,
sind jetzt in jeder unserer 350 Niederlagen in Berlin und
Vororten à Flasche 10 und 15 Pf. excl. zu haben.
Bestellungen auf 30 Flaschen frei Haus bitten
an uns direkt zu richten. 27581.
Hermann Meyer & Co., Berlin N., Watsstr. 11/12.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhmanns Vaudeville-Theater,
Eckenhauer Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Mittwoch, den 7. Oktober:
Erster Elite-Spielabend
der beliebten
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung, um 11 Uhr:
Grosser Extra-Ball.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr,
des Langes um 11 Uhr.
Eintree 30 Pf.
Diese Vorstellungen und Ball
finden jeden Sonntag und Mitt-
woch statt.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Mittwoch, den 7. Oktober 1903:
Arrix-Pyrix.
Poffe mit Gelang in 3 Akten (5 Bildern)
von Wilken und Nollmann.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Arrix-Pyrix.

WINTER-GARTEN
Neues Programm:
Saharet australische Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist,
assistiert v. Miss Jeane Franciola.
Goldin gab am 12. November 1902
in Sandringham eine Separat-
vorstellung vor Sr. Majestät
Kaiser Wilhelm II. und Sr. Ma-
jestät König Eduard VII.
Smith u. Doreto Excoentrics.
Theresa Ranz Schulreiterin.
Die drei Luppis Reckturner.
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agoua's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
Smaun der kleinste Akrobat.
Die Jahrmärktsprinzess Ballott.
Der Biograph

Etabl. Buggenhagen
Worringplatz.
Künstler-Ensemble
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Anf. 7 1/2 Uhr. Aufen-
schneidung 9 1/2 Uhr.
Eintree 50 Pf. Vorreit. 40
Pons hab. Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzfräulein.
Antere Gae: Praxaroffi-Monstet.

ELYSIUM
Landsberger Allee Nr. 40-41.
Jeden Mittwoch:
Sarburger Sänger.
Jeden Donnerstag:
Zimmermanns Sänger.
Sonntag, Mittwoch, Donnerstag:
BALL
Anfang 8 Uhr. — Vorzugsorten 10 Pf.
Saal zu Festlichkeiten und Veram-
mlungen unter coulanten Bedingungen
zu vergeben.
29322
Karl Eisermann.

Germania-Prachtsäle
Chausseest. 103b. Arnold Scholz.
Mittwoch, 7. Oktober 1903:
Sarburger Sänger
(Stoll, Wein)
Pickel und Puckel,
Wolfe von Bib. Wolf.
Anf. 8 Uhr. Eintree 30 Pf.
Vorzugsorten haben Gültigkeit.

Kredit. Monatlich
10 Mark
liefer Anzüge
Paletots
nach Maß.
Schneidewerk.
J. Tempowski, Prinzenstr. 53.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
Donnerstag, den 8. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VIII:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl zweier
Revisoren. 3. Anträge. 4. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Engel-Ufer 15. — Zimmer 35.
Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Die Beratung des Ortszuschlages für Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu
erscheinen. [177/16] Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Ansprechbar: Amt VII, 353.
Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Kirchhoffstr.
Hermannstraße 232: 122/17
Konferenz der Vertrauensleute für Rixdorf.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Maurer
Zahlstelle Charlottenburg.
Mittwoch, den 7. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Mitgliederversammlung
im großen Saale des Volkshauses, Kolonnenstraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Alberty über: „Die Aufgaben der
Gewerkschaften zu den Sonntagswahlen“. 2. Diskussion. 3. Nominierung
der Gewerkschafts-Bestiller. 4. Verbandsangelegenheiten. 144/12
NB. Biete Kollegen! Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tages-
ordnung ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht.
Es erwartet deshalb recht guten Besuch.
Mit kollegialem Gruß Die örtliche Verwaltung.
Mitgliedsbuch mitbringen, jeder Kollege erhält einen Ver-
sammlungstempel ins Buch.

Central-Verband der Glaser.
Zahlstelle Berlin.
Achtung! Achtung!
Glaser! Mitglieder!
Mittwoch, 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal I:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Endgültige Beschlußfassung unserer Organisation zu dem Antwort-
schreiben der Unternehmer.
Kollegen! Bei der folgenreichen Entscheidung, vor welcher wir
stehen, ist es unbedingt Pflicht jedes organisierten Kollegen, in dieser
Versammlung zu erscheinen. Wir ersuchen, das Verbandsbuch mit-
zubringen, da nur Organisierte Zutritt haben.
73/16 Die Ortsverwaltung.
J. H.: Jaha.

Gegen Monatsraten von 2 Mk.
an liefern wir

 Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechsel- baren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.	 Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.
 Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionieren- de Apparate von 20 Mk. aufwärts. Beispiele und unbespielte Walzen 12. Qualität.	 Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Gitarre-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Max Kliems Fest-Säle
Hasenheide 11-13. 29202
Jeden Mittwoch im neuen Saale:
Grosses Militär-Konzert.
Jeden Sonntag in allen Sälen: **Grosser Ball**
wogu ergebnis einlabet
Max Kliem.

In voriger Nacht hat man
die Preise nochmals herabgesetzt, wir verkaufen:
Getragene Herren-Hosen zu 1,50 bis 3,50 Mk.
Getragene Herren-Anzüge zu 5, 6 bis 8 Mk.
Getragene Herren-Paletots zu 4, 5 bis 9 Mk.
Getragene Kellner-Hosen und Fracks.
(Von feinsten Herrschaften, Reisenden und Kavalieren.)
„Blitz“, Reinigungs-Anstalt, Chausseest. 80.
NB. Von Herrschaften, die Garderobe verkaufen, wollen, erbitte Postkarte.

J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51
Bankgeschäft. Gegründet 1866. An- und Verkauf von
Reichsbank-Giro-Conto. Börseneffekten.

Ziehung 21. und 22. Oktober
zu Berlin im Kaiserhof.
Berliner Lose à 1 M.
der tochn. Kommission f. Trah-
rennen. 11 Lose 10 M., Porto
und Liste 20 Pf.
Pferde-Gew. in 70%, d. angegeb.
Wortes sofort verkauflich gegen
Bar-Geld.
6089 Gewinne im Gesamt-
Werte von M.
100 000
1 à 10 000
1 à 6 000
1 à 5 000
1 à 4 000
2 à 3 000 = 6 000
5 à 2 000 = 10 000
6 à 1 500 = 9 000
2 à 1 000 = 2 000
6 000 à 15, 10 u. 5 M. 44 000
20 Fahrräder = 4 000
Lose versendet d. General-Debit:
Eud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. Glücksmüller.
Telogr.-Adr.: Glücksmüller.

Möbelfabrik Hellmundt & Co.
BERLIN
Holzmarktstr. No. 11
Fabrikgebäude, Hof.
Der Einkauf direkt vom
Fabrikanten bürgert sich
immer mehr ein.
Der Preisunterschied
gegen 2881L
Magazin-Preise
ist auch sehr gross.
Coulante
Bedingungen.
Paneel-Sofa
Satteltaschen, Plüsch Mk. 110,-
Moderne Bettstellen
Matratzen und Kissen
Mk. 40,-, 60,-, 70,-, 80,- etc.
Kleiderspinde, Vertikos
Mk. 48-60-70-80.
Garnituren, Diwans
etc. etc.
Geöffnet bis 8 1/2 Uhr abends,
Sonntag 8-10 und 12-2.
Prachtkatalog kostenfrei.

Scheruchs Festsäle
Küdersdorferstraße Nr. 45.
Renoviert!!!
Säle von 50 bis 2000 Personen fassend
zu 29332
Volkerversammlungen,
Werktätigerversammlungen,
Vergnügungen, Hochzeiten etc.
Zonnabend und Sonntage
noch zu vergeben.

Wurm's MAGENDOCTOR
ist das Beste für den Magen
Land Hofe 2 M. Abzahlung,
840 gm 300 Pf. Bor-
art. Nur mündlich.
Herronimy, Blumenstr. 79.

Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Erweitert bis Prinzessinnenstr.
Höchste Leistungsfähigkeit
durch seine **Riesen-Lager**
und den **Riesen-Umsatz!**
Extra billig! Zurückgesetzte
Teppiche. Pracht-
Exemplare!
M. 3,75, 6, 10, 20-100 etc.
Gardinen, Portieren, Möbel-
stoffe, Steppdecken etc.
Sehr beachtenswert!
Meine ständige
Ausstellung
von Teppichen etc. etc.
in der **Linden-Galerie**
(zwischen Unter den Linden
und Behrenstrasse).
Pracht-Katalog
mit etwa 600 Abbildungen
in künstlerischer Ausstattung
auf Wunsch gratis u. franco.

Berufskleidung
kauft jedermann nur im Spezialgeschäft
von 28932
Adolf Wecker,
3. Mühlendamm 3, der Poststraße.
1. Ritterstrasse 1, Luisen-Ufer.

Kronleuchter-Fabrik
für Gas, Petro-
leum u. elektrisch
Licht 28152
Siegel & Co.,
Berlin, Prinzenstr. 33.
Grösste Auswahl.
Verkauf-Fabrikpreis.
an Private. Musterbuch franko.
Achtung! Keine!
Saal (ev. Bühne) bis 300 Per-
sonen ist zum Zonnabend den
1. November frei geworden.
29162 Neues Club-Haus,
Kommandantenstraße 72.

Dr. Pielicke,
Arzt für Haut- und Harnleiden,
bezogen nach 132/9
NW., Rathenower-Str. 3.
Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Harn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

Königsberger Geld-Lotterie.
6241 Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar von Mark:
200 000 | 50 000, 20 000, 10 000 Mk. etc. etc.
Hauptgewinne:
Originallose a 3 Mk. Porto und Liste 30 Pfennig extra.
Oskar Bräuer & Co. Nachf. G. m. b. H., Friedrichstr. 181.
Filialen: NW., Wilsnackerstr. 63. — O., Andreasstr. 46a. — SO., Oranienstr. 177.
Der Gewinner des am 30.9. in unserer Glückskollekte auf No. 451 879 gefallenen 2 Hauptgewinnes der Wohlfahrts-Lotterie im Betrage von 50 000 Mark wird gebeten, sich behufs
Empfangnahme des Gewinnes bald bei uns zu melden. 29311

**Kennen Sie
unser Rabatt-System?**

No. 348201.
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verahfolgen auf Wunsch bei Baarinkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Diese Marke klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit **1 Mark** in baar eingelöst.

Von d. Rabatt-Vergünstigungen sind wenige Artikel ausgenommen

Wer bei **Jandorf** kauft spart Geld!

Glas

- Compotteller gepresst, Stück 4 Pf.
Butterdosen gepresst, Stück 20 Pf.
Zuckerschalen gepresst, grosse Form, Stück 12 Pf.
Käseglocken gepresst, Stück 25 Pf. Bandmuster Stück 38 Pf.
Sturzflaschen farbig, Stück 17 Pf.
Compotschüsseln Satz 3 Stück 33 Pf.
Compotschüsseln Satz 6 Stück 1¹⁰/_{M.}
Citronenpressen Stück 10 Pf.

Weinglasgarnitur, Bandmuster

Rothweingläser Stück 20 Pf. Biertulpen Stück 23 Pf.
Portweingläser Stück 18 Pf. Wassergläser Stück 12 Pf.

Porzellan

- Tassen mit Untertassen, farbig Stück 10 Pf.
Tassen mit Goldband, Stück 15 Pf.
Milchtöpfe grosse Form, farbig, Stück 23 Pf.
Dessertteller bunt, Stück 15 Pf., goldstern, Stück 15 Pf.
Satz-Milchtöpfe decoriert Satz 6 Stück 95 Pf., 1¹⁰/_{M.}, 1²⁵/_{M.}
Kaffeeservice für 3 Personen, 5 teilig 1¹⁰/_{M.}
Kaffeeservice für 6 Personen, 8 teilig 1⁸⁵/_{M.}
Obertassen decoriert, diverse Formen, Stück 14 Pf.

Tafelservice für 6 Personen

Besonders preiswerth!
Decoriert, 23teilig, complet 11⁵⁰/_{Pf.}

Steingut

- Teller flach oder tief, blau Zwiebelmuster Stück 10 Pf.
Tassen Meissner Form, blau Zwiebelmuster Stück 12 Pf.
Salz- und Mehlmesten blau Zwiebelmuster Stück 43 Pf.
Kinderservice mit Bildern, 4 teilig Stück 45 Pf.
Salatiären weiss, Satz 6 Stück 68, 95 Pf.
Salatiären blau, Satz 6 Stück 1¹⁵/_{M.}
Vorrats-Tonnen blau Zwiebelmuster Stück 33 Pf.
Waschservice 5 teilig 1⁷⁵/_{M.}, 2⁷⁵/_{M.}, 3⁵⁰/_{M.}

Ein Posten Waschgarnituren

grosse Formen
Wert bis 13 M. jetzt 6²⁵/_{M.}

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

Von Mittwoch den 7. Oktober bis Mittwoch den 14. Oktober soweit der Vorrat reicht.

Eisenwaren

- Eiserne Gardinenstangen mit Osse
circa 100 120 140 160 180 cm
9, 10, 12, 15, 18 Pf.
Messingausziehstangen Stek. 12 Pf.
Rolleneisen für Zoggardinen Paar 12 Pf.
Verzinnete Ringe für eiserne Gardinenstangen Dutzend 2 Pf.
Porzellanringe 1 Loch Stück 1 Pf. 3 Loch Stück 2 Pf.

- Schnurhalter Stück 4 Pf.
Porzellanquasten Stück 4 Pf.
Gallerieeisen Paar 5 Pf.
Bildernägel circa $\frac{3}{4}$, 1, 1<sup>1}{2}, 2 Zoll Dutzend 3, 4, 5, 7 Pf.
Nägel sortiert, Karton 22 Pf.
Zollstöcke Stück 9, 15, 28 Pf.
Vorhangschlösser Stück 6, 10 Pf.</sup>

Bürstenwaren

- Teppichkehrmaschinen Stück 6.25 M.
Teppichbesen mit langem Stiel 38 Pf.
Besen Stück 45, 65, 85 Pf.
Handfeger Stück 25, 38, 45 Pf.
Rosshaarbesen Stück 95 Pf., 1.25, 1.75 M.
Rosshaarhandfeger Stück 48, 65, 85 Pf.
Schrubber Stück 15, 20, 28 Pf.
Scheuerbürsten Stück 8, 12, 18 Pf.
Teppichhandfeger Stück 28, 33, 38 Pf.
Möbelpinsel Stück 8, 12, 18 Pf.
Lampenputzer Stück 8, 10, 15 Pf.
Fensterleder Stück 42, 55, 85 Pf.

Holzwaren

- Kohlenkästen Stück 1.45, 1.65, 2.25 M.
Küchenrahmen mit Aufsatz und Kästen 2.75, 3.75, 4.75 M.
Küchenstühle roh Stück 1.45 M.
Küchenstühle gestrichen, Stück 1.95 M.
Küchentische gestrichen Stück 5.95 M.
Plättbretter bezogen, Stück 2.25 M.
Handtuchhalter Stück 85 Pf., 1.25, 1.65 M.
Putzkommoden Stück 2.50 M.
Lampenkonsole Stück 8 Pf.
Aufschnittbretter Stück 8 Pf.
Eimerschränke Stück 9.25 M.
Putz- und Wichskasten Stück 42 Pf.

Artikel für die Waschküche

- Zinkwaschfässer Stück 7.50, 9.50, 11.50 M.
Zinkzuber Stück 7.50, 9.75 M.
Waschtöpfe verzinkt, Pfund 42 Pf.
Kupferkessel mit Eisenhenkel, Pfund 1.00 M.

- Waschbretter Stück 42, 55, 65 Pf.
Wäscheleinen Stück 1.10, 1.65, 2.25 M.
Klammern Schock 10, 15 Pf.
Wringmaschinen Stück 8.50, 9.50 M.

Nickel- und Stahlwaren

- Bestecke Paar 25, 38, 42 Pf.
Esslöffel Britannia, Stück 10 Pf.
Theelöffel Britannia, Stück 5 Pf.
Esslöffel Alpaca, Stück 30 Pf.
Theelöffel Alpaca, Stück 15 Pf.
Aufsätze Stück 68, 85 Pf., 1.55 M.
Cabarets Stück 1.95 M.
Theeglashalter mit Glas 38 Pf.
Butterdosen Stück 38 Pf.
Brotkörbe Stück 48, 85 Pf.

Aussergewöhnlich preiswert!

- Ein Posten Butter-Dosen ff. vernickelt St. 95 Pf.
Ein Posten Brot-Körbe ff. vernickelt St. 95 Pf.
Ein Posten Brot-Körbe ff. vernickelt St. 1.45 M.

Blech- und Eisenwaren

- Kohleneimer Stück 38, 75, 85 Pf.
Kohlenkasten Stück 75, 90 Pf., 1.10 M.
Kohlenschuppen Stück 10, 13, 18 Pf.
Petroleumkannen Stück 33, 38 Pf.
Closetbürstenhalter Stück 42 Pf.
Sand, Seife, Soda, Garnitur 42 Pf.
Brotbüchsen Stück 48 Pf.
Stahlpähne Pack 16 Pf.
Feuerzeuge Stück 9 Pf.
Leuchter Stück 9 Pf.
Wirtschaftswagen Stück 1.55 M.
Ofenvorsetzer Stück 1.95 M.

Gaskocher in grosser Auswahl

Emaille

- Schmortöpfe 28, 35, 42, 55 Pf.
Kasserollen 25, 33, 38 Pf.
Ringtöpfe 48, 55, 65, 75 Pf.
Maschinentöpfe 10, 12, 15, 18 Pf.
Wasserkessel für Gas und Heerd 55, 75, 90 Pf., 1⁰⁵/_{M.}
Theekannen 22, 30, 38, 48 Pf.
Durchschläge 38, 48, 60 Pf.
Nachtgeschirre weiss oder blau 42, 48 Pf.
Nachtgeschirre decoriert 70, 85 Pf.

- Waschservice 3 teilig, decoriert 1⁹⁵/_{M.}
Brodkapsel 2 M., 2²⁰/_{M.}
Brühsiebe 38, 48 Pf.
Marktkörbe decoriert 2²⁵/_{M.}
Waschbecken mit Napf 38 Pf.
Reibeisen 38 Pf.
Salzmesten 48 Pf.
Spucknäpfe 20 Pf.
Kaffeebretter 10 Pf.
Müllschaufeln 30 Pf.
Eimer neublau 75 Pf.
Seifennapf für Wasserleitung 15 Pf.